



# Rheinland-Pfalz

## Statistische Monatshefte

Statistik  
nutzen

10 | 2005



Statistisches Landesamt

## Inhalt

kurz + aktuell	<b>583</b>
Bundestagswahl 2005 – regionale Parteihochburgen und ihre Strukturen	<b>593</b>
Vom Wohnungsmangel zu Wohnungsleerständen Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz seit 1950	<b>605</b>
Campingtourismus in Rheinland-Pfalz 2004	<b>616</b>
Daten zur Konjunktur	<b>621</b>
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	<b>643</b>
Neuerscheinungen	<b>653</b>

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
56128 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150  
E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)  
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

## Durchschnittlich 16 260 Euro zum Ausgeben und Sparen

## Höchstes Pro-Kopf-Einkommen im Landkreis Mainz-Bingen

Den Rheinland-Pfälzern stand im Jahr 2003 pro Kopf durchschnittlich ein Einkommen von gut 16 260 Euro für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung. Das waren 180 Euro mehr als im Jahr zuvor. Da sich die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz

jedoch durchschnittlich ebenfalls um 1,1% erhöhten, hatten die Einwohner effektiv nicht mehr Geld zur Verfügung. Im Bundesdurchschnitt lag das Pro-Kopf-Einkommen mit rund 16 840 Euro etwas höher, hier betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr 200 Euro.

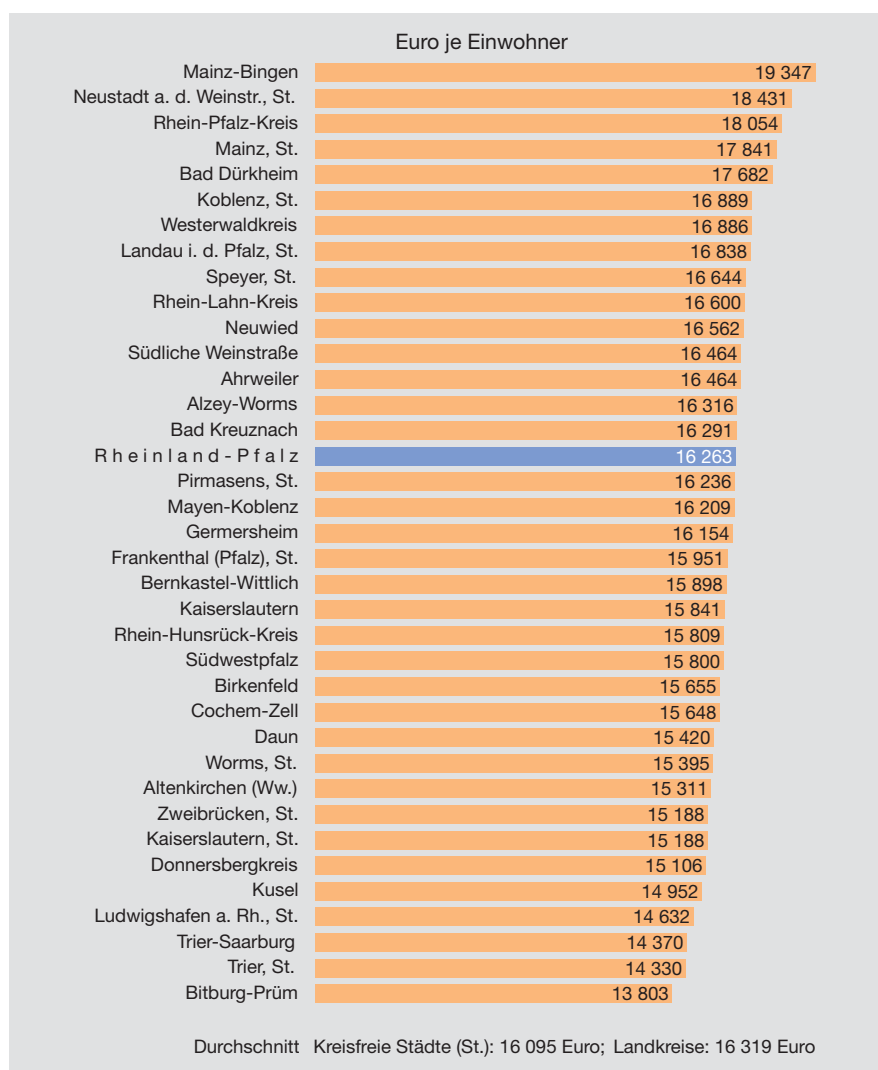
Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag im Durchschnitt der Landkreise um rund 220 Euro über dem der kreisfreien Städte. Zwischen

den einzelnen Verwaltungsbezirken zeigten sich jedoch erheblich größere Unterschiede: So standen den Einwohnern im Landkreis Bitburg-Prüm (13 800 Euro) durchschnittlich über 5 500 Euro weniger zur Verfügung als den Einwohnern des Kreises Mainz-Bingen (19 350 Euro). Auch im benachbarten Kreis Trier-Saargau und in der Stadt Trier lagen die Werte deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Zu den drei Bezirken mit den höchsten Pro-Kopf-Einkommen zählten dagegen noch Neustadt an der Weinstraße sowie der Rhein-Pfalz-Kreis.

Insgesamt betrug das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz knapp 66 Mrd. Euro – rund 31% mehr als im Jahr 1992. Der Anstieg des Pro-Kopf-Wertes fiel mit einem Plus von 24% etwas geringer aus, da in diesem Zeitraum auch die Zahl der Einwohner gewachsen ist. Dieser nominalen Zunahme stand allerdings eine Erhöhung der Verbraucherpreise in Deutschland – der Preisindex für Rheinland-Pfalz wird erst ab 1995 nachgewiesen – um durchschnittlich gut 21% entgegen. Am stärksten erhöhte sich das Einkommen je Einwohner im Kreis Bernkastel-Wittlich, am geringsten stieg der Pro-Kopf-Wert in Worms.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte beinhaltet sämtliche empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen einschließlich der empfangenen Übertragungen (wie Renten, Arbeitslosengeld usw.) und abzüglich der geleisteten Übertra-

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2003 nach Verwaltungsbezirken



gungen (vor allem direkte Steuern und Sozialbeiträge). Es entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der neu erschienene Statistische Bericht „Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2003“. Der Bericht kann kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet ([www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/p.html](http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/p.html)) heruntergeladen werden.

### Leichtes Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr

#### Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,5% gestiegen

Einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2005 in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 0,5% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Im Länderdurchschnitt erreichte der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt 0,6%, wobei die Entwicklung in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit +0,8% günstiger verlief als in den neuen Ländern (-0,1%, ebenfalls ohne Berlin). In jeweiligen Preisen bewertet stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland um 1,2%. Im Jahr

#### Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2005 nach Bundesländern

Land	Bruttoinlandsprodukt		Darunter Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 2004 in %			
Baden-Württemberg	1,7	1,1	4,2	2,7
Bayern	1,1	0,9	4,7	3,6
Berlin	-0,1	-0,6	0,5	-1,4
Brandenburg	0,0	-0,8	6,1	3,0
Bremen	1,2	0,6	3,0	0,4
Hamburg	1,5	0,7	4,0	1,1
Hessen	0,6	0,3	2,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	0,1	-0,1	10,4	9,2
Niedersachsen	1,0	0,4	4,5	2,6
Nordrhein-Westfalen	1,7	0,8	7,1	3,8
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>1,2</b>	<b>0,5</b>	<b>5,5</b>	<b>3,0</b>
Saarland	4,0	2,8	14,1	8,6
Sachsen	-0,6	-0,7	5,1	5,3
Sachsen-Anhalt	1,9	1,0	12,3	9,7
Schleswig-Holstein	1,0	1,0	4,1	3,0
Thüringen	1,0	0,7	6,7	5,8
Deutschland	1,2	0,6	5,2	3,2
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	1,3	0,8	5,1	3,0
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	0,3	-0,1	7,3	6,2

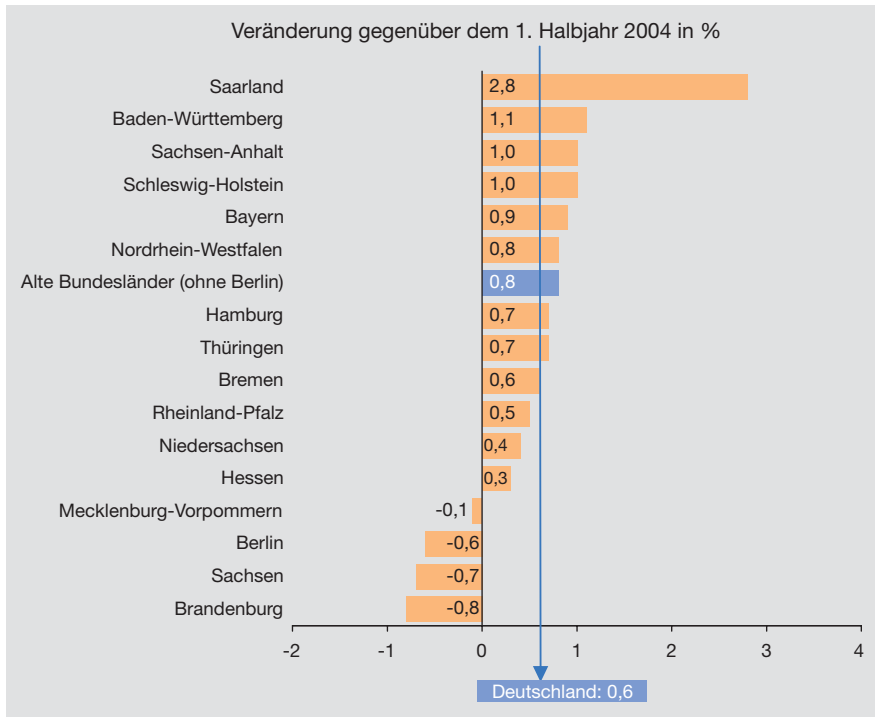
2004 war das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr real um 2% und damit etwas stärker als im Bundesdurchschnitt (+1,6%) gestiegen.

Ausschlaggebend für das gesamtwirtschaftliche Wachstum war vor allem das verarbeitende Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz knapp ein Viertel zur gesamten Wirtschaftsleistung beiträgt. Getragen insbesondere vom Auslandsgeschäft, erhöhte sich im Land die Bruttowertschöpfung preisbereinigt mit +3% im selben Maß wie im Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne Berlin). In den neuen Ländern war der Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe sogar noch stärker, jedoch ist der Beitrag

Das **Bruttoinlandsprodukt** zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode.

Die **Bruttowertschöpfung** zu Herstellungspreisen wird als Kennzahl für die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche errechnet. Aufgrund der Datenlage liegen Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung zum jetzigen Zeitpunkt nur für den Bereich des verarbeitenden Gewerbes vor. Das verarbeitende Gewerbe trägt in Rheinland-Pfalz knapp ein Viertel zur gesamten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche bei.

### Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2005 nach Bundesländern



des verarbeitenden Gewerbes für die Gesamtwirtschaft in Ostdeutschland nach wie vor deutlich niedriger als im Westen. Zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft haben auch die Dienstleistungsbranchen wieder beigetragen, vor allem die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Unternehmensnahe Dienstleister. Dagegen ging die Wirtschaftsleistung im Baugewerbe überdurchschnittlich zurück. Dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkte auch der Bereich Öffentliche Dienstleister, bedingt durch die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Die Ergebnisse basieren auf der Halbjahresrechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Juni stützt.

ungen der Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Juni stützt.

### Umsatz und Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Handwerk leicht rückläufig

Im zweiten Quartal 2005 waren im zulassungspflichtigen Handwerk 2% weniger Personen tätig als im gleichen Vorjahreszeitraum. Zugleich lagen die Umsätze der selbstständigen Handwerksunternehmen in diesen Gewerben ebenfalls um 2% unter denen des Vorjahresquartals. Im Vergleich dazu gab es auf Bundesebene im selben Zeitraum 3,5% weniger Beschäftigte. Dagegen stiegen dort die Umsätze in diesen Gewerben um 0,8% gegen-

über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Das zulassungspflichtige Handwerk umfasst 41 Handwerksberufe, bei denen eine Eintragung in die Handwerksrolle aufgrund einer Meisterprüfung oder eines anerkannten vergleichbaren Befähigungsnachweises erforderlich ist.

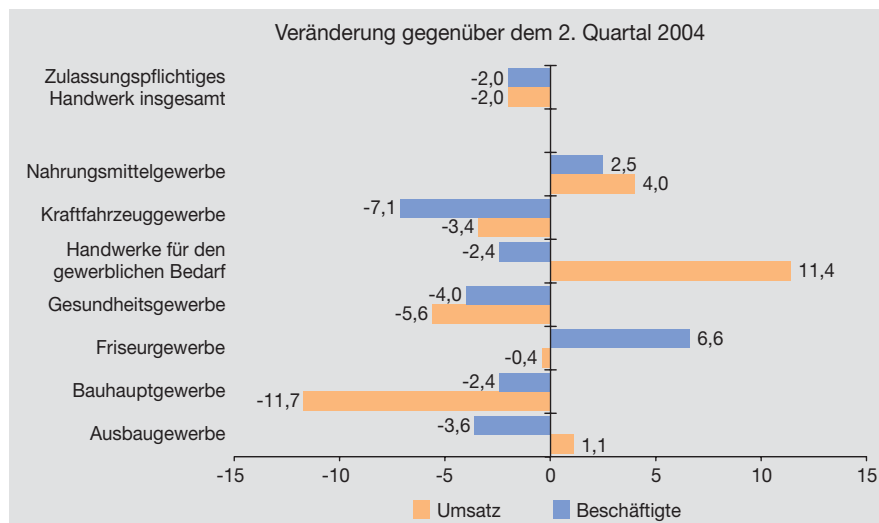
Weniger tätige Personen gab es in fünf der insgesamt sieben Gewerbegruppen des zulassungspflichtigen Handwerks. Mit einem Beschäftigungsrückgang von 7,1% war das Kraftfahrzeuggewerbe am stärksten betroffen. Deutliche Personalarückgänge verzeichneten auch das Gesundheitsgewerbe (-4%) und das Ausbaugewerbe (-3,6%). Einzig das Friseurgewerbe und das Nahrungsmittelgewerbe konnten die Zahl ihrer Beschäftigten steigern (+6,6 bzw. +2,5%).

Die Umsätze fielen im zweiten Quartal 2005 in vier der sieben Gewerbegruppen niedriger aus als im Vorjahresquartal. Den stärksten Umsatzrückgang musste mit -11,7% das Bauhauptgewerbe hinnehmen. Weiterhin rückläufig war die Umsatzentwicklung im Gesundheitsgewerbe mit einem Minus von 5,6%. Auch das Kraftfahrzeuggewerbe musste mit -3,4% Umsatzeinbußen hinnehmen. Deutliche Umsatzsteigerungen konnten lediglich die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (hierzu gehören beispielsweise Metallbauer und Feinwerkmechaniker) mit +11,4% und das Nahrungsmittelgewerbe mit +4% erwirtschaften.

Die vierteljährliche Handwerksberichterstattung dient der laufenden



### Beschäftigte und Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2005 nach Gewerbegruppen



Beobachtung der konjunkturellen Lage im Handwerk. Basis zur Berechnung der ausgewiesenen Messzahlen ist das Jahr 2003.

### Seit dem Jahr 2000 wurden im rheinland-pfälzischen Baugewerbe 11 300 Stellen abgebaut

Die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Baugewerbe ist im ersten Halbjahr 2005 weiter gesunken. Ende Juni waren in dieser Bran-

che rund 29 000 Menschen tätig, das waren rund 11 300 Personen weniger als im Juni 2000. Der baugewerbliche Umsatz lag in den ersten beiden Quartalen 2005 bei rund 1,34 Mrd. Euro und damit um knapp 500 Mill. Euro unter dem Wert des ersten Halbjahres 2000.

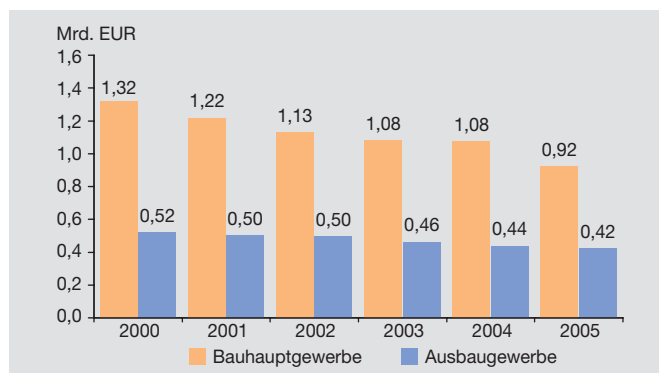
Rückgänge hat es sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe gegeben. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe

nahm von Juni 2000 bis Juni 2005 um etwa ein Drittel ab, auch die Umsätze im ersten Halbjahr lagen rund ein Drittel unter denen des ersten Halbjahres 2000. Im Ausbaugewerbe verringerte sich die Zahl der Beschäftigten zu denselben Stichtagen um rund ein Fünftel, im gleichen Maß lagen die Umsätze in den ersten sechs Monaten unter denen des ersten Halbjahres 2000.

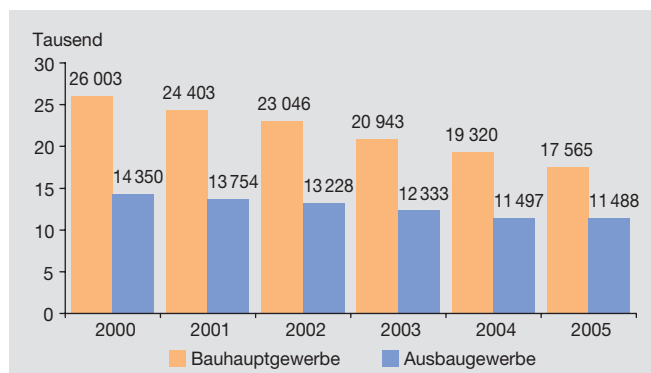
Im Juni 2005 waren im gesamten Bundesgebiet 640 495 Personen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe beschäftigt, das waren 39% weniger als im Juni 2000. Sie erwirtschafteten im ersten Halbjahr 2005 einen baugewerblichen Umsatz von 30 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Rückgang von etwa 33% gegenüber dem gleichen Zeitraum vor fünf Jahren.

Gegenüber Juni 2004 hat sich die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Baugewerbe um knapp 6% reduziert, die Umsätze lagen im ersten Halbjahr 2005 um mehr als 11% unter denen des gleichen Vorjahreszeitraums. Bundesweit ging die

### Umsätze im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe im 1. Halbjahr 2000–2005



### Beschäftigte im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe im 1. Halbjahr 2000–2005



Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe gegenüber Juni 2004 um 8% zurück, die Umsätze verringerten sich im ersten Halbjahr um rund 9%.

### Erdgas weiterhin bevorzugter Energieträger

#### Jedes 15. neu genehmigte Haus verfügt über eine Wärmepumpe

Auch im Jahr 2004 bevorzugten die rheinland-pfälzischen Bauherren wiederum Erdgas als Energieträger für die Beheizung ihrer neu genehmigten Wohnhäuser. Von den insgesamt 9 931 zum Bau freigegebenen Wohngebäuden sollen gut 70% (6 969) mit einer Erdgasheizung ausgestattet werden. Mit großem Abstand folgen 1 599 genehmigte Wohngebäude (16%), in die eine Ölheizung eingebaut werden soll. Die Beheizung mittels Wärmepumpe stellt inzwischen eine gute Alternative dar. Insgesamt werden 684 Gebäude oder rund 7% der im Jahr 2004 neu geplanten Wohnhäuser damit ausgestattet.

Mit Strom betriebene Heizungen (meist Nachtspeicher- bzw. Etagenheizungen) spielen mit einem Anteil von nur noch gut 1% in den neuen Wohngebäuden eine untergeordnete Rolle unter den verwendeten Energiearten, ebenso die Solarenergie (0,4%) und die kaum noch zur Beheizung von Wohnraum eingesetzte Kohle (0,2%). Die sonstigen Energieträger sowie die Fernwärme haben mit einem Genehmigungsanteil von jeweils rund 2,5% ebenfalls nur geringe Bedeutung.

Im Wohnbau ist die komfortable Zentralheizung mittlerweile Standard. 9 465 der im Jahr 2004 genehmigten Wohngebäude (95,3%) werden damit beheizt. Daneben werden 251 neue Gebäude mit Fernheizung, 138 mit Etagenheizung und 63 mit einer Ofenheizung ausgerüstet. 14 neue Wohnhäuser werden an Blockheizkraftwerke angeschlossen.

### Wohnungsbaugenehmigungen im ersten Halbjahr 2005 rückläufig

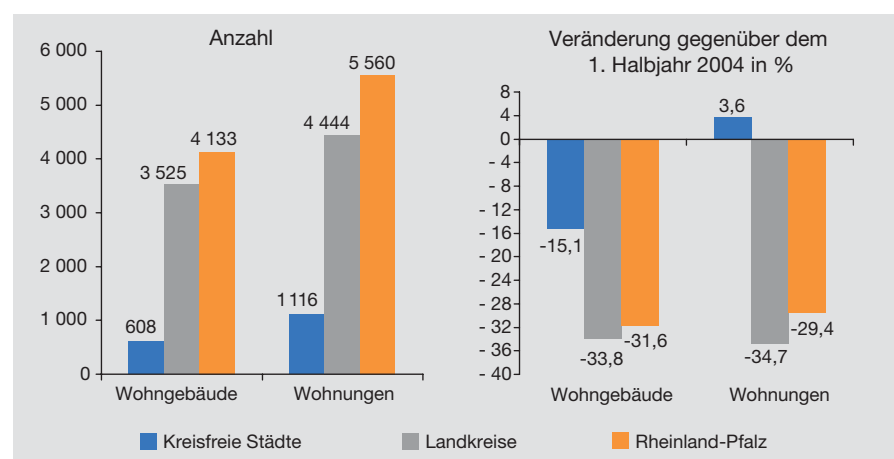
Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für neue Wohngebäude ging in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2005 deutlich zurück. Nach 6 043 in der ersten Hälfte des Vorjahres genehmigten Wohngebäuden wurde in den ersten sechs Monaten dieses Jahres von den Bauaufsichtsbehörden 4 133-mal „grünes Licht“ für den Baubeginn eines Wohnhauses erteilt (-31,6%). In den geplanten Wohngebäuden befinden sich insgesamt

5 560 Wohneinheiten. Das sind rund 2 300 genehmigte Einheiten weniger (-29,4%) als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (7 880).

Die Gründe für den deutlichen Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen im ersten Halbjahr 2005 dürften maßgeblich in vorgezogenen Bauentscheidungen der Bauherren aus den Jahren 2003 und 2004 zu suchen sein. In beiden Jahren war jeweils zu Beginn (erstes Quartal) eine überproportional hohe Zunahme der Nachfrage im Eigenheimbau zu beobachten, die durch die entstandene Planungsunsicherheit hinsichtlich Gewährung und Höhe der Eigenheimzulage ausgelöst worden war.

Der Rückgang der Wohnungsbaunachfrage wird sich in einer geringeren Bauproduktion niederschlagen. Die kalkulierten Investitionen der Bauherren lagen von Januar bis einschließlich Juni 2005 bei rund 911 Mill. Euro und damit um fast ein Drittel (-31%) unter den geplanten

### Genehmigte Wohngebäude (Neubau) und Wohnungen im 1. Halbjahr 2005





Investitionen des Vorjahreszeitraumes (1,32 Mrd. Euro). Die geplante Wohnfläche war mit 724 000 m<sup>2</sup> ebenfalls um fast 31% geringer als die des Vorjahreszeitraums (1,05 Mill. m<sup>2</sup>).

In den Landkreisen war die Zahl der erteilten Baufreigaben für neue Wohngebäude (3 525) bzw. Wohnungen (4 444) im ersten Halbjahr 2005 rückläufig (jeweils rund -34%),

und zwar durchweg in allen 24 Gebieten. In den kreisfreien Städten hingegen war eine unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Zwar ging auch hier die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohngebäude um 15% von 716 auf 608 zurück, in Städten wie Mainz (+6,5%), Trier (+18,3%), Landau (+86,4%) und Zweibrücken (+53,8%) wurden jedoch mehr Bau-

freigaben für Wohngebäude registriert als im ersten Halbjahr 2004. Bei der Zahl der Wohnungen (1 116) war in den Gebieten der kreisfreien Städte – bedingt durch einige örtliche Großprojekte im Mietwohnungs- und Wohnheimbau – insgesamt sogar ein leichter Zuwachs (+3,6%) gegenüber dem ersten Halbjahr 2004 (1 077) feststellbar.

Baugenehmigungen im Wohnungsbau (Neubau) im 1. Halbjahr 2005 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Wohngebäude		Wohnungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem 1. Hj. 2004	insgesamt	Veränderung gegenüber dem 1. Hj. 2004
	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	28	-12,5	60	71,4
Kaiserslautern, St.	60	-30,2	74	-37,3
Koblenz, St.	72	-20,0	143	-7,7
Landau i. d. Pfalz, St.	41	86,4	62	34,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	77	-3,8	88	-25,4
Mainz, St.	115	6,5	244	21,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	25	-32,4	45	-8,2
Pirmasens, St.	15	-44,4	17	-39,3
Speyer, St.	33	-66,7	47	-56,5
Trier, St.	71	18,3	254	122,8
Worms, St.	51	-17,7	60	-33,3
Zweibrücken, St.	20	53,8	22	46,7
Ahrweiler	118	-41,3	159	-42,0
Altenkirchen (Ww.)	163	-27,6	178	-37,1
Alzey-Worms	141	-25,4	186	-25,3
Bad Dürkheim	143	-20,1	201	-20,2
Bad Kreuznach	138	-41,5	166	-47,6
Bernkastel-Wittlich	134	-29,5	162	-29,6
Birkenfeld	66	-43,6	76	-45,7
Bitburg-Prüm	166	-34,1	204	-31,3
Cochem-Zell	79	-46,3	94	-54,6
Daun	77	-44,6	96	-41,1
Donnersbergkreis	79	-33,6	90	-36,2
Germersheim	154	-7,2	203	-6,0
Kaiserslautern	124	-56,6	175	-51,0
Kusel	96	-37,3	107	-43,7
Mainz-Bingen	233	-34,2	300	-33,9
Mayen-Koblenz	306	-19,0	404	-18,1
Neuwied	140	-41,7	168	-43,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	173	-20,3	226	-21,8
Rhein-Lahn-Kreis	89	-50,6	113	-48,2
Rhein-Pfalz-Kreis	176	-25,1	236	-29,3
Südliche Weinstraße	110	-36,0	141	-42,7
Südwestpfalz	98	-48,7	121	-44,5
Trier-Saarburg	232	-25,6	286	-26,7
Westerwaldkreis	290	-35,4	352	-35,8

### Schlachtmenge im ersten Halbjahr 2005 niedriger

### Mehr Schweine und Schafe, aber weniger Rinder

Die Schlachtmenge für Schweine, Rinder und Schafe belief sich in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2005 auf rund 63 700 t, das waren 1,1% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Rund drei Viertel der Schlachtmenge entfielen auf Schweinefleisch, Rindfleisch hatte einen Anteil von 24%.

Insgesamt wurden 525 000 Schweine, 50 500 Rinder und 28 800 Schafe geschlachtet. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2004 nahm die Zahl der geschlachteten Schweine um 1% zu, die der geschlachteten Schafe stieg um mehr als 9%. Die Reduzierung der Schlachtmenge resultiert aus der Tatsache, dass die Zahl der geschlachteten Rinder um 5% niedriger lag. Die Schlachtungen der übrigen Nutztierarten (Pferde, Ziegen, Kälber und Geflügel) sind unbedeutend.

Bei den Rinderschlachtungen blieb die Zahl der geschlachteten Kühe mit 25 400 gegenüber dem Vorjahres-

zeitraum nahezu konstant, während die Bullenschlachtungen um über 6% auf 17 800 zurückgingen. Dies könnte eine Folge des Wegfalls der Schlachtpremien für männliche Rinder sein.

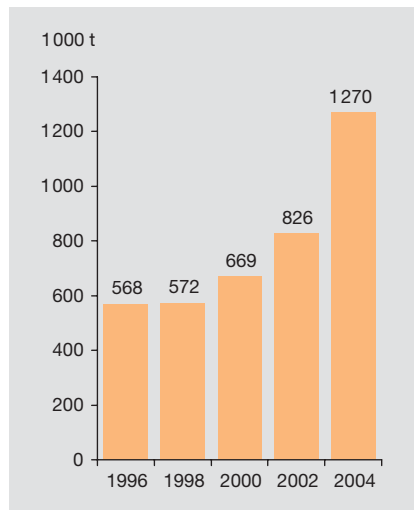
Von der bundesweit im ersten Halbjahr erzeugten Schlachtmenge für Schafe stammten 5% aus Schlachtungen in rheinland-pfälzischen Schlachtstätten. Bei Rindern belief sich der Anteil auf 3%, bei Schweinefleisch lag er bei 2,2%. Der rheinland-pfälzische Anteil an den bundesweiten Viehbeständen beläuft sich bei Schafen auf etwa 4,7%, bei Schweinen auf 1,3% und bei Rindern auf 3%.

### Mehr Altpapier wiederverwertet

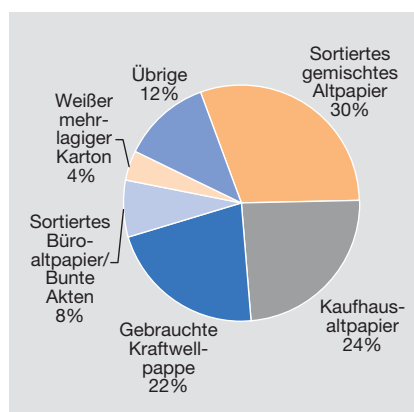
Rund 1,27 Mill. t Altpapier wurden im Jahr 2004 von elf Betrieben der rheinland-pfälzischen Papier- und Pappeherstellung wiederverwertet. Dies stellt einen Anstieg von mehr als 50% innerhalb von zwei Jahren dar, wobei die Zunahme zumindest teilweise auf die Inbetriebnahme einer neuen Papierfabrik zurückzuführen sein dürfte.

Bei der Verwertung des Altpapiers wurden überwiegend drei Sorten eingesetzt. Mit rund 30% stellte hierbei sortiertes gemischtes Altpapier den größten Anteil; 24% bestanden aus Kaufhausaltpapier (Papier- und Kartonverpackungen) sowie 22% aus gebrauchter Wellpappe. Papierfabriken bezogen fast 9 von 10 t des Altpapiers aus der Abfalleinsammlung/-sortierung oder vom Altpa-

**Im Produktionsprozess eingesetztes Altpapier 1996–2004**



**Im Produktionsprozess verwendete Altpapier-sorten 2004**



pierhandel. Ein erheblicher Teil des wiederverwerteten Papiers stammte aus anderen Bundesländern.

Die Angaben über die Wiederverwertung von Altpapier wurden letztmalig ermittelt. Die Erhebung wurde – mit dem Ziel, die Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten zu entlasten – im Rahmen der Novellierung des Umweltstatistikgesetzes gestrichen.

### Im Juli gab es auf rheinland-pfälzischen Straßen mehr Unfälle

Im Juli 2005 waren auf den Straßen in Rheinland-Pfalz mehr Unfälle zu verzeichnen als im Vorjahr. Die Polizeidienststellen registrierten 10 602 Unfälle, dies entspricht einem Plus von 244 Unfällen gegenüber Juli 2004. Dabei verloren 40 Menschen ihr Leben, neun mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Auch die Zahl der Verletzten lag mit 2 393 um 144 höher als vor einem Jahr.

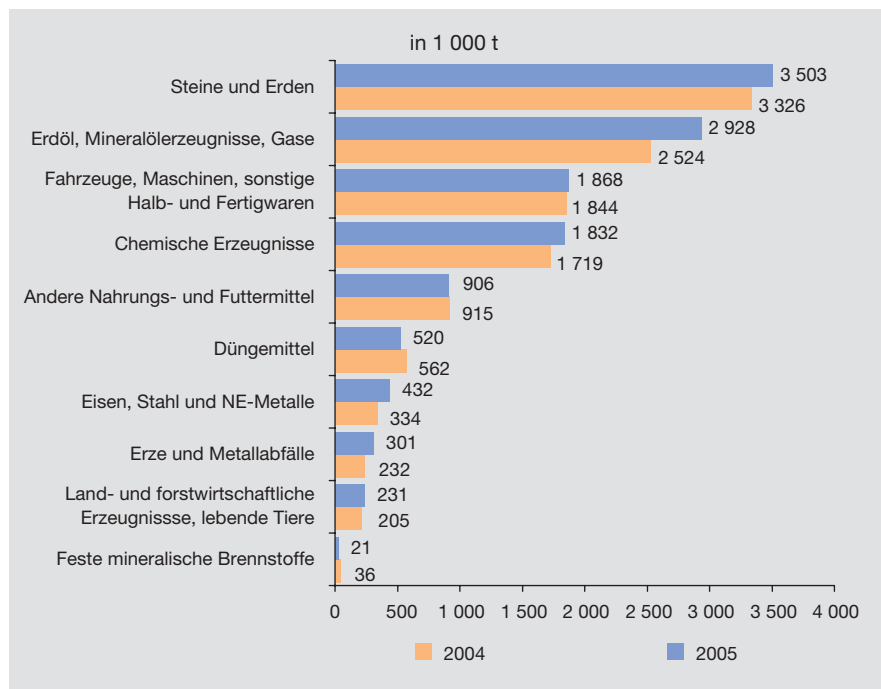
In den ersten sieben Monaten des Jahres 2005 wurden insgesamt 70 315 Unfälle polizeilich aufgenommen und damit 1 047 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Hierbei wurden 12 905 Menschen verletzt (+22) und 167 getötet (–2). Die Zahl der Sachschadensunfälle stieg um 1 125 auf 60 459.

### Steigende Umschlagszahlen in der Binnenschifffahrt

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen belief sich im ersten Halbjahr 2005 auf 12,5 Mill. t. Das sind 7,2% mehr als im Vorjahr. Der Güterversand erhöhte sich um 9,3% auf 5,2 Mill. t, der Empfang um 5,8% auf 7,3 Mill. t.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Umschlag von Erdöl, Mineralölzeugnissen und Gasen am stärksten, und zwar um 404 000 t. Damit entfiel fast die Hälfte der Gesamtzunahme des Warenumschlages (843 000 t) auf

### Güterumschlag in der Binnenschifffahrt im 1. Halbjahr 2005 nach Güterabteilungen



diese Produkte. Auch für die meisten anderen Güterabteilungen errechneten sich Steigerungen. Lediglich Düngemittel, feste mineralische Brennstoffe sowie andere Nahrungs- und Futtermittel erzielten nicht mehr das Umschlagsvolumen des Vorjahreszeitraums.

Im Rahmen der Binnenschifffahrtsstatistik werden monatlich, unabhängig von der Nationalität des Binnenschifffahrtsunternehmens und der Flagge des Schiffes, sämtliche Ankünfte und Abgänge von Güterschiffen sowie deren Ein- und Ausladungen in rheinland-pfälzischen Häfen erfasst. Bei der Darstellung des Güterumschlags wird der Güterempfang und -versand (Einladungen plus Ausladungen) in jedem rheinland-pfälzischen Hafen zugrunde gelegt.

### Knapp 33 000 BAföG-Empfänger in Rheinland-Pfalz

#### Prozentual höherer Anstieg als im Bundesgebiet

Die Zahl der BAföG-Empfänger ist im vergangenen Jahr im Land stärker gestiegen als im Bundesgebiet. Im Verlauf des Jahres 2004 erhielten in Rheinland-Pfalz 32 835 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Das waren 1 764 Empfänger oder 5,7% mehr als im Vorjahr. Demgegenüber wurde auf Bundesebene lediglich ein Anstieg von 4,3% registriert.

Der Anstieg ist zu Teilen noch auf das Ausbildungsförderungsreformgesetz aus dem Jahr 2001 zurückzuführen. In der Folge dieser Reform, bei der

unter anderem die Bedarfssätze und Freigrenzen angehoben wurden, hat die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Der Anstieg fiel im Jahr 2004 aber schon geringer aus als in den Vorjahren.

Die Zahl der geförderten Studierenden stieg in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr um 1 184 (+5,5%), die der geförderten Schülerinnen und Schüler um 580 (+6%). Gut zwei Drittel der im Jahr 2004 Geförderten waren Studierende. Von ihnen befanden sich 13 956 (+6,7%) an wissenschaftlichen Hochschulen und 8 520 (+3,7%) an Fachhochschulen.

Die Unterstützung erstreckte sich nicht bei allen Geförderten über das ganze Jahr. Im Monatsdurchschnitt wurden knapp 21 000 Personen (14 900 Studierende sowie 6 100 Schülerinnen und Schüler) und damit gut 6% mehr als im Jahr 2003 gefördert.

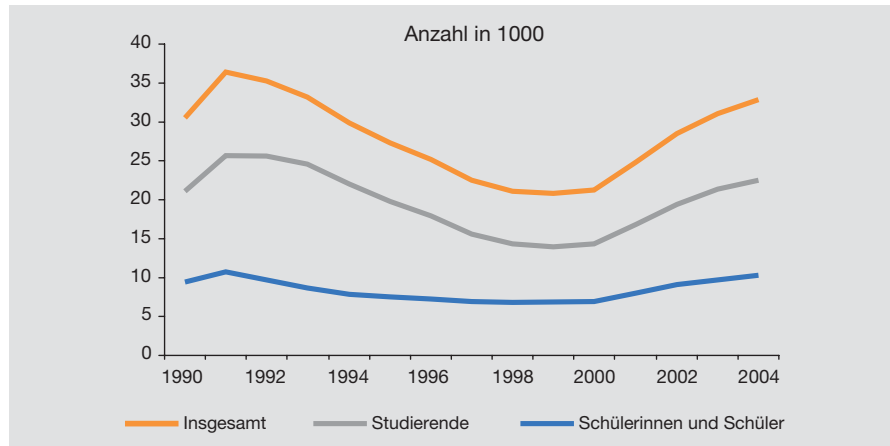
Insgesamt wurden für die Ausbildungsförderung 86 Mill. Euro aufgewendet, 4,3 Mill. Euro oder 5,3% mehr als 2003. An Zuschüssen wurden 54,1 Mill. Euro (63%) und an Darlehen 31,9 Mill. Euro (37%) gewährt. Für die Studentenförderung wurden 64,8 Mill. Euro und für die Schülerförderung 21,2 Mill. Euro bereitgestellt.

Im Durchschnitt entfiel auf jeden BAföG-Empfänger ein Monatsbetrag von 341 Euro. Die geförderten Schülerinnen und Schüler erhielten

durchschnittlich 288 Euro je Monat, die geförderten Studierenden 363 Euro.

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der neu erschienene Statistische Bericht „Ausbildungsförderung 2004“. Der Bericht kann kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden ([www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/k.html](http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/k.html)).

#### Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 1990–2004



#### Über uns

##### Statistische Ämter von Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg vereinbaren zentrale IT-Aufbereitung der Baustatistiken

Mit der im Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik angestrebten „Optimierten Kooperation“ setzen sich die statistischen Ämter der Länder und des Bundes das ehrgeizige Ziel, durch eine engere Zusammenarbeit – insbesondere im IT-Bereich – die Statistikproduktion noch effizienter und wirtschaftlicher durchzuführen als bisher. Nach verschiedenen Pilotprojekten, bei denen die technische Machbarkeit und die wirtschaftlichen Potenziale untersucht wurden, konnten jetzt die ersten Verträge unterzeichnet werden.

Danach haben die Statistischen Landesämter Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg eine enge Zusammenarbeit bei der Aufbereitung der Baustatistiken verein-

bart. Ab November 2005 werden die IT-Aufbereitung für die Baugewerbe- und Bautätigkeitsstatistiken sowie die Softwareentwicklung und -pflege zentral vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg durchgeführt. Dies bedeutet, dass die für diese Erhebungen benötigten Programme und Datenbanken nur mehr in einem und nicht mehr in jedem Landesamt installiert und gepflegt werden. Die Art und Qualität der Leistungen werden in einer Verwaltungsvereinbarung geregelt. Erstmals findet damit auch innerhalb der statistischen Ämter eine Leistungsverrechnung gegen Entgelt statt. Damit sparen sich die Statistischen Landesämter Rheinland-Pfalz und Hessen zukünftig die Pflege und Wartung der Software für die insgesamt zwölf Statistiken im Baubereich. Auch der Support wird durch die Experten aus Baden-Württemberg erfolgen. Die in den Statistischen Landesämtern Rheinland-Pfalz und Hessen frei werdenden Potenziale

können damit für neue statistische Zwecke genutzt werden.

Mit dieser Kooperation tragen die Statistischen Landesämter Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg entscheidend zu dem im Masterplan der amtlichen Statistik formulierten Ziel bei, die Wirtschaftlichkeit des statistischen Systems zu verbessern. Die Präsidenten Jörg Berres (Rheinland-Pfalz) und Eckart Hohmann (Hessen) sowie die Präsidentin Dr. Gisela Meister-Scheufelen (Baden-Württemberg) hoffen, dass sich weitere statistische Landesämter an diesem zukunftsweisenden Kooperationsmodell beteiligen werden. Im Gegenzug könnten sich die anderen statistischen Ämter auf andere Statistikbereiche konzentrieren, sich hier zu Kompetenzzentren entwickeln und anderen Ämtern ihre Dienste anbieten.

Aus der Arbeit der Forschungsdatenzentren

**Amtliche Mikrodaten – Gewährleistung von Datenschutz und Informationsgehalt**

Die in den letzten Jahren eingerichteten Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter (FDZ) ermöglichen, unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen, Einzeldaten der amtlichen Statistik für eigene Auswertungen zu nutzen. Als Datenproduzent und Informationsdienstleister verarbeitet die amtliche Statistik ein umfangreiches Potenzial an Informationen, das auf diesem Weg in breitem Ausmaß zugänglich gemacht wird. Mit dem Zugang zu Einzeldaten (synonym auch Mikrodaten) hat die Wissenschaft die Möglichkeit, Fragestellungen aus den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft mit Hilfe tief gegliederter Originaldaten zu untersuchen.

Bei der Weitergabe der Daten werden die Ansprüche an die statistische Geheimhaltung maßgeblich durch das Bundesstatistikgesetz geregelt (§16 Abs. 6). Danach müssen Einzeldaten soweit anonymisiert sein, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand einer Erhebungseinheit (z.B. Betrieb, Person, Haushalt) zugeordnet werden können. Durch die so genannte faktische Anonymisierung der Daten wird gewährleistet, dass der Nutzen, der aus einer Deanonymisierung hervorgehen könnte, in keinem sinnvollen Verhältnis zu dem für eine Deanonymisierung nötigen Aufwand steht.

Um die faktische Anonymisierung sicherzustellen, werden in den FDZ unterschiedliche Methoden angewandt. Durch Weglassen von Merkmalen bzw. Merkmalsträgern oder die Gruppierung von Merkmals-

ausprägungen, beispielsweise zu Größenklassen, wird die Möglichkeit verringert, einzelne Personen, Haushalte oder Unternehmen anhand eindeutiger Merkmalsausprägungen zu identifizieren. Mit der Methode der Stichprobenziehung, die beispielsweise bei Vollerhebungen möglich ist, wird die Unsicherheit erzeugt, ob eine befragte Einheit im Datenmaterial enthalten ist oder nicht. Alle Methoden zielen darauf ab, Informationen, mit denen eine Re-Identifikation möglich ist, zu unterdrücken. Eine Veränderung der Originaldaten findet hierbei nicht statt.

Im Gegensatz hierzu können zur Anonymisierung von Einzeldaten auch Methoden Anwendung finden, bei denen „neue“ Werte generiert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Mikroaggregation, bei der ähnliche Werte eines Merkmals etwa durch einen gemeinsamen Durchschnittswert ersetzt werden. Ein anderes Beispiel ist die zufällige Überlagerung von Merkmalsausprägungen.

Die Gemeinsamkeit aller Anonymisierungsmethoden ist, dass jedes Verfahren unweigerlich zu einem Verlust an Information führt. Art und Umfang der Anonymisierungsmethoden können dabei von der jeweiligen Statistik und ihren Merkmalen sowie vom Datenzugang abhängig sein. Die FDZ bieten deshalb unterschiedliche Zugangswege an, mit denen der Informationsverlust, je nach für die wissenschaftliche Fragestellung gegebener Notwendigkeit, unterschiedlich gering gehalten werden kann. Für die Auswertung von Daten

am eigenen Arbeitsplatz können Wissenschaftlern so genannte standardisierte Scientific Use Files zur Verfügung gestellt werden. Da eine Datenanalyse hierbei außerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik durchgeführt wird, muss der Anonymisierungsgrad verhältnismäßig hoch sein. Deutlich geringer ist der Grad der Anonymisierung sowie ein damit verbundener Informationsverlust bei Datenanalysen in einem statistischen Amt. Die hier eingerichteten Gastwissenschaftlerarbeitsplätze sind so konzipiert, dass eine Zusammenführung der Daten mit Zusatzinformationen zur Deanonymisierung unmöglich ist. Eine dritte Variante des Datenzugangs stellt die kontrollierte Datenfernverarbeitung dar. Hierbei hat der Wissenschaftler keinen direkten Kontakt mit den Einzeldaten, sondern stellt lediglich eine Auswertungssyntax für gängige Analyseprogramme bereit. Die Maßgabe der faktischen Anonymität der Mikrodaten wird hierbei dadurch erfüllt, dass der Wissenschaftler nur Analyseergebnisse erhält. Diese Ergebnisse werden vor ihrer Weitergabe an den Wissenschaftler auf Anonymität geprüft.

Mit den Forschungsdatenzentren kann die amtliche Statistik somit ihrer Aufgabe als Informationsdienstleister gegenüber der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung gerecht werden.



## Bundestagswahl 2005 – regionale Parteihochburgen und ihre Strukturen



Von Thomas Kirschey

Am 18. September 2005 haben die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ihre Stimmen zur Wahl des 16. Deutschen Bundestages abgegeben. Die CDU erhielt 36,9%, die SPD 34,6%, die FDP 11,7%, die GRÜNEN 7,3% und die Linkspartei 5,6% der gültigen Zweitstimmen; die sonstigen Parteien kamen auf 3,9%. Die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz belief sich auf 78,7%.

Zum zweiten Mal hat das Statistische Landesamt noch in der Wahlnacht zu einer Bundestagswahl eine Wahlanalyse erstellt. Neben einer Beschreibung und Kommentierung der Wahlergebnisse auf Landes-, Wahlkreis- und Kreisebene gibt diese Analyse Auskunft über den Einfluss demographischer, sozialer und ökonomischer Merkmale auf das Wahlverhalten sowie über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die regionalen Hochburgen.

### Die Parteihochburgen

Als „Hochburgen“ werden allgemein die Gebiete bezeichnet, in denen eine Partei über einen längeren Zeitraum besonders hohe Stimmenanteile erhält. Eine Analyse der Hochburgen verfolgt zwei Ziele: Zum einen wird aufgezeigt, wie das aktuelle Wahlergebnis in diesen Gebieten ausgefallen ist und ob bzw. welche Abweichungen zum Landesergebnis eingetreten sind. Zum anderen wird der Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis einer Partei und den demographischen, sozialen und ökonomischen Strukturen untersucht.

Um die Hochburgenanalyse durchführen zu können, wurden im Vorfeld des aktu-

ellen Wahlgangs unter den 212 kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden diejenigen ermittelt, in denen die jeweilige Partei bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen einen Zweitstimmenanteil erringen konnte, der um mindestens 20% über ihrem Landesergebnis lag (siehe auch Kasten „Hochburgen-Definition“ auf der nächsten Seite).

Würde zur Abgrenzung der Parteihochburgen die Bundestagswahl 2005 herangezogen, so ergäben sich zwangsläufig die Gebiete, in denen die Parteien aktuell besonders gute Ergebnisse erzielt haben. Damit ließe sich die Frage, wie die Parteien in ihren bisherigen Stammregionen abgeschnitten haben, nicht beantworten.

Die Abgrenzung der Parteihochburgen erfolgt auf der Basis bisheriger Wahlergebnisse



## Hochburgen-Definition

Als Hochburgen bei Bundestagswahlen werden diejenigen kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bezeichnet, in denen eine Partei in der Vergangenheit besonders herausragende Stimmenanteile erzielen konnte. Zur Abgrenzung der Parteihochburgen werden die beiden vorausgegangenen Bundestagswahlen herangezogen. Um zu den Hochburgen gezählt zu werden, muss in einem Gebiet bei beiden Wahlen der Zweitstimmenanteil um mindestens 20% über dem Landesdurchschnitt der jeweiligen Partei liegen.

Für die Betrachtung der Parteihochburgen der Bundestagswahl 2005 bedeutet dies, dass die Ergebnisse dort sowohl bei der Bundestagswahl 2002 als auch bei der Bundestagswahl 1998 um 20% über dem Landesdurchschnitt der jeweiligen Partei liegen mussten.

Mit den Ergebnissen der Bundestagswahl 2005 können bereits jetzt die künftigen Parteihochburgen bei Bundestagswahlen festgelegt werden. Aufgrund der gewählten Definition werden dann entsprechend die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 2005 und 2002 herangezogen. Die Gebiete, in denen die Zweitstimmenanteile der Parteien bei diesen beiden Wahlen um mindestens 20% über dem Landesdurchschnitt lagen, gelten bei der nächsten Bundestagswahl als Hochburgen.

Die Betrachtung der so abgegrenzten Hochburgen lässt strukturelle Bedingungen erkennen, die sich auf das Abschneiden einer Partei günstig auswirken. Die Entwicklung in den Hochburgen kann zusätzlich Informationen zur Beantwortung der Frage liefern, wie sich längerfristige Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft auswirken.

Es muss erwähnt werden, dass, anders als CDU und SPD, die in ihren Hochburgen als jeweils stärkste Partei Stimmenanteile von rund 50% erzielen, die kleineren Parteien auch in den für sie günstigen Verbandsgemeinden und Städten maximal drittstärkste Partei sind.

Neben den Hochburgen zeigen die Übersichtskarten auf den Seiten 596, 597 sowie 600 und 601 weitere regionale Schwerpunkte der Wählerpräferenzen für die einzelnen Parteien. Dies sind die Regionen, in denen die jeweilige Partei bei den Bundestagswahlen 2002 und 1998 einen überdurchschnittlichen Zweitstimmenanteil erzielen konnte.

Da die PDS, die bei der Darstellung der Wahlergebnisse für Vergleiche mit der Linkspartei bei vorausgegangenen Bundestagswahlen herangezogen wurde, sowohl 2002 als auch 1998 landesweit lediglich 1% der gültigen Stimmen auf sich vereinen konnte, wurde in diesem Fall auf eine Abgrenzung der Parteihochburgen verzichtet. Die Betrachtung der Hochburgen beschränkt sich demnach auf die vier auch im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien.

## CDU-Hochburgen

Die 28 CDU-Hochburgen lagen im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 vor allem im linksrheinischen nördlichen Rheinland-Pfalz entlang der Landesgrenze nach Belgien und Nordrhein-Westfalen. Die Hälfte der Hochburgen findet sich in den Landkreisen Cochem-Zell (6), Ahrweiler und Daun (jeweils 4). Daneben zählten aber auch 4 Gebiete im rechtsrheinischen Norden sowie 6 Gebiete in der südlichen Pfalz zu den CDU-Hochburgen.

Die CDU-Hochburgen weisen mit weniger als 100 Einwohnern je Quadratkilometer eine nur halb so hohe Bevölkerungsdichte wie Rheinland-Pfalz im Durchschnitt auf. Wegen der großen Zahl an Hochburgen leben dort allerdings fast 10% der gesamten Bevölke-

Keine Hochburgen für die Linkspartei abgegrenzt

Vor allem im Norden des Landes

Ländlich strukturierte CDU-Hochburgen haben einen hohen Katholikenanteil

rung des Landes. Der Ausländeranteil liegt mit etwa 4% deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Auffallend ist der mit fast 73% besonders hohe Katholikenanteil.

Niedrigster Arbeitslosenanteil und viele Beschäftigte in Kleinbetrieben

Im Vergleich zu den Hochburgen der anderen Parteien ist in den CDU-Hochburgen der Arbeitslosenanteil am niedrigsten. Der Anteil der Arbeiter und der Beamten ist leicht überdurchschnittlich, der Angestelltenanteil dagegen niedriger als im Land. Der Anteil der Beschäftigten in Kleinbetrieben ist im Vergleich der Hochburgen am höchsten.

Künftig eine CDU-Hochburg weniger

Durch die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl sinkt die Zahl der CDU-Hochburgen auf 27, da wegen der zugrunde gelegten Hochburgen-Definition für künftige Untersuchungen die Ergebnisse von 2005 und 2002 um mehr als 20% über dem Landeswert liegen müssen. Die CDU hat die drei Verbandsgemeinden Dahner Felsenland, Rülzheim und Gerolstein bei dieser

als Hochburgen verloren. Neu gewonnene Hochburgen sind die beiden Verbandsgemeinden Wirges und Wissen.

SPD-Hochburgen

Die 15 SPD-Hochburgen lagen gemessen an den Ergebnissen der Wahlen 1998 und 2002 in der nördlichen Westpfalz, in der Region Rheinhessen-Nahe sowie in einigen rechtsrheinischen Verbandsgemeinden. Besonders stark war mit 6 Hochburgen der Zuspruch für die Sozialdemokraten im Landkreis Kusel und mit 3 Hochburgen im angrenzenden Landkreis Bad Kreuznach.

Vor allem im Landkreis Kusel

In den SPD-Hochburgen leben nur 4% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Der Grund dafür ist die geringe Hochburgenzahl in Verbindung mit der unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte in diesen Regionen. Mit über 61% liegt der Anteil der Protestanten sehr deutlich über dem Landesdurchschnitt.

61% der Bevölkerung in SPD-Hochburgen sind evangelisch

T1

Demographische und soziale Strukturen in den Parteihochburgen von Rheinland-Pfalz

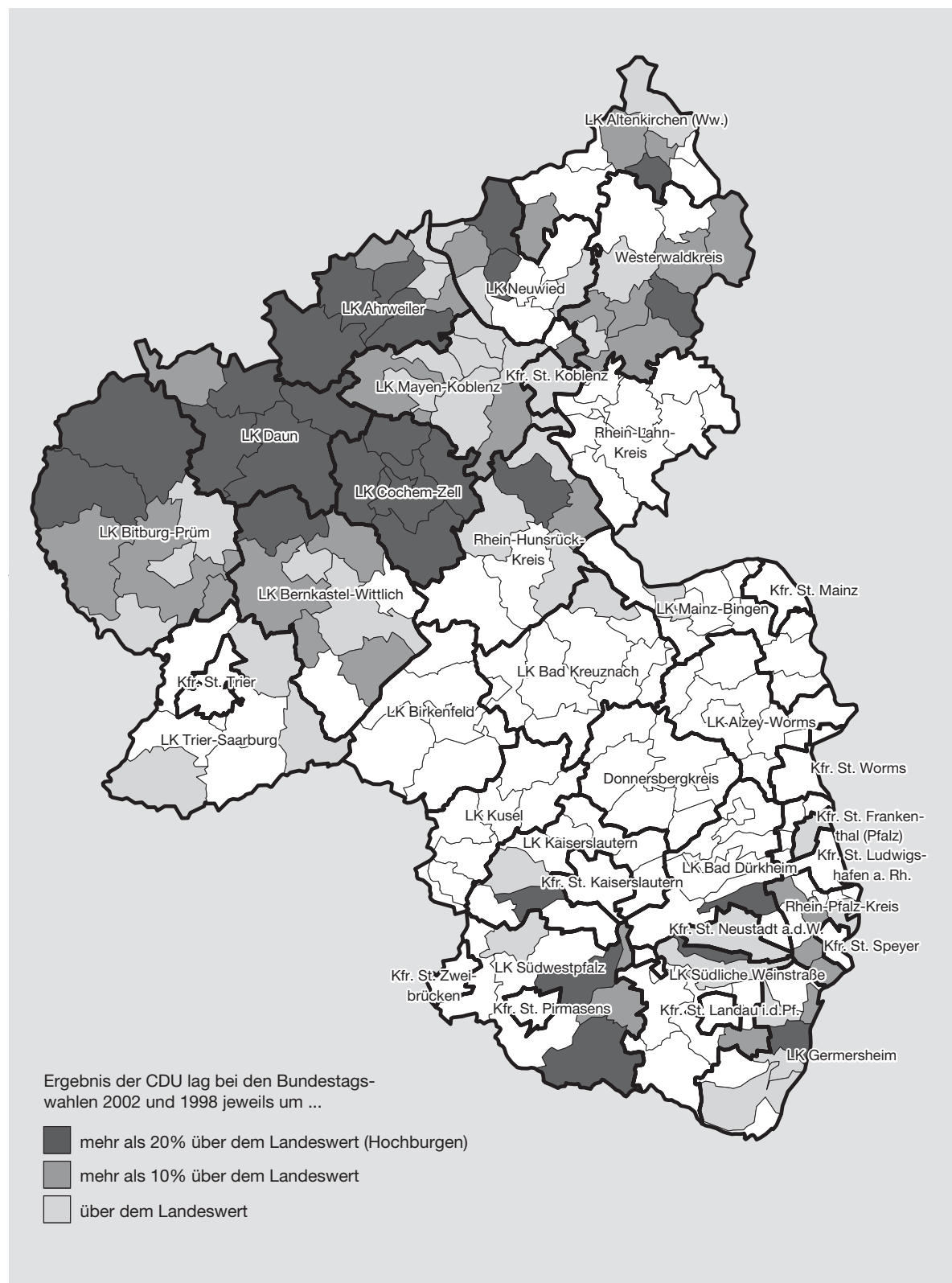
	Einheit	Parteihochburgen				Rheinland-Pfalz
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	
Bevölkerung						
Einwohner je km² (Bevölkerungsdichte)	Anzahl	97,9	140,1	147,5	653,8	204,6
Anteil an der Bevölkerung im Land	%	9,6	4,0	6,5	13,7	100
Anteil an der jeweiligen Bevölkerung						
Katholiken	%	72,5	20,4	44,0	45,5	46,6
Protestanten	%	14,2	61,2	36,7	26,5	31,9
Ausländer	%	4,3	4,8	5,4	11,2	7,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte						
Mit Hauptschul- oder Realschulabschluss	%	80,2	82,8	75,5	64,5	76,2
Mit Abitur bzw. Hochschulabschluss	%	9,4	8,3	13,8	22,4	12,8

Höchster Arbeitslosenanteil und viele Beschäftigte im produzierenden Gewerbe

Die höchsten Arbeitslosenanteile zeigen sich in den Hochburgen der SPD. Dort liegt der Anteil mit 7% über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (6,5%). Die Beschäftigten sind häufiger als in anderen Gebieten im produzierenden Gewerbe tätig und weisen daher auch einen hohen Arbeiteranteil auf.

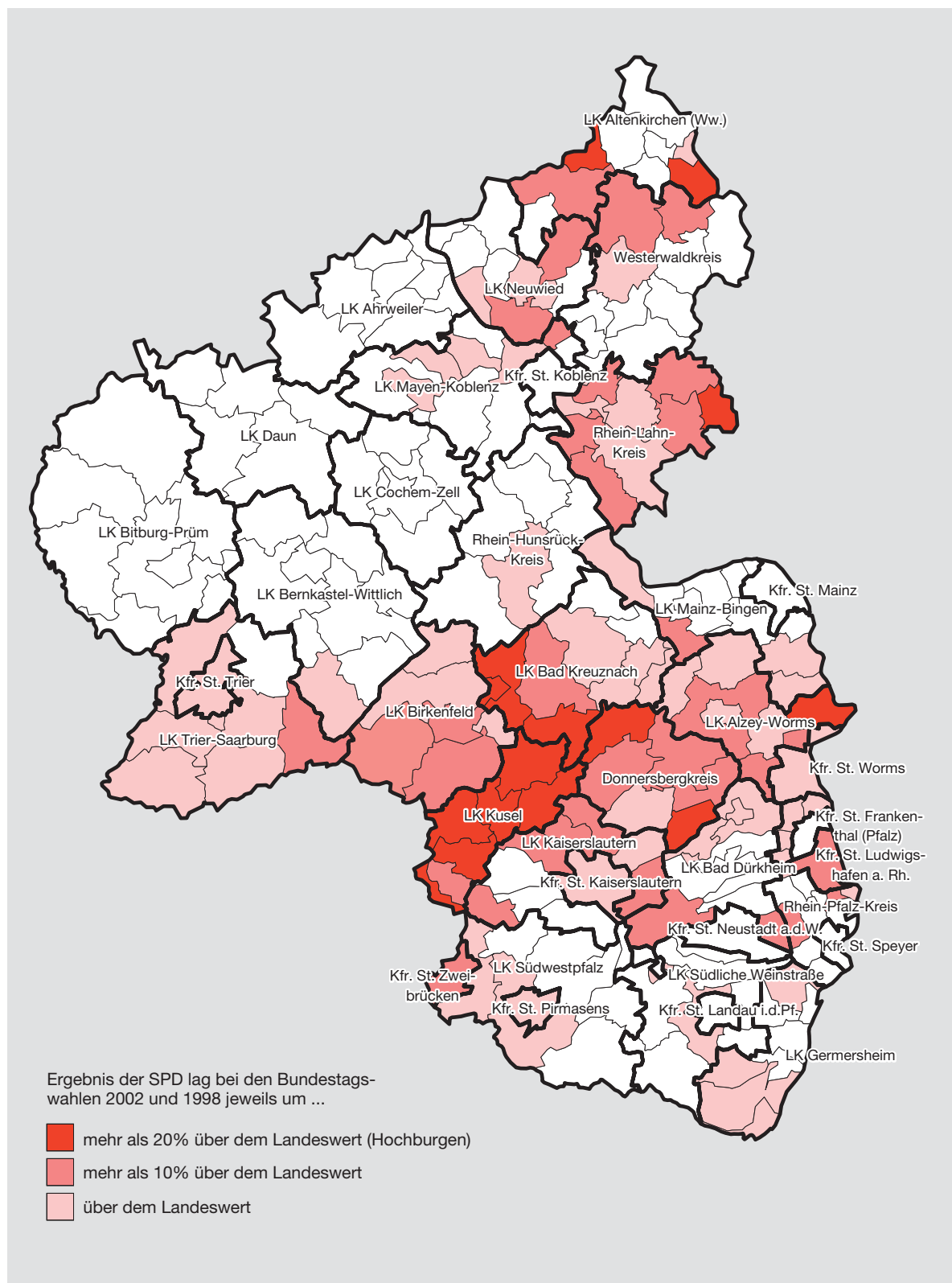
Die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl lassen die Zahl der SPD-Hochburgen künftig auf 14 sinken. Nicht mehr zu den SPD-Hochburgen zählen demnach für die Analyse bei der nächsten Bundestagswahl die Verbandsgemeinden Hahnstätten und Waldmohr. Als Hochburg neu gewonnen wurde die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim.

Künftig eine SPD-Hochburg weniger



S2

Hochburgen und überdurchschnittliche Zweitstimmenanteile der SPD



## FDP-Hochburgen

Insbesondere in der Mitte des Landes

Die 18 FDP-Hochburgen lagen im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 hauptsächlich in der Mitte des Landes entlang der Mosel, im Hunsrück sowie in der Region Rheinhessen-Nahe. Allein 4 Hochburgen gehörten zum Landkreis Bernkastel-Wittlich. Zudem waren jeweils 2 Hochburgen im Rhein-Hunsrück-Kreis und in den Landkreisen Bad Kreuznach und Mainz-Bingen zu finden. Aber auch im Norden (Landkreis Ahrweiler) und in der Rheinpfalz (Landkreis Bad Dürkheim) hatten die Liberalen jeweils 2 Hochburgen in einem Landkreis.

Strukturen in den FDP-Hochburgen weisen gegenüber dem Landeswert geringe Unterschiede auf

Die demographischen, sozialen und ökonomischen Strukturen zeigen in den FDP-Hochburgen nicht so große Abweichungen von den jeweiligen Durchschnittswerten der Merkmale auf Landesebene wie in den übrigen Parteihochburgen. Eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte und der höchste Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Landwirtschaft lassen, ebenso wie der hohe Anteil an Beschäftigten in Kleinbetrieben, auf eher ländliche Strukturen schließen. Der Anteil der Arbeitslosen liegt in den FDP-Hochburgen mit 5% deutlich unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt von 6,5%.

Trotz landesweiter Gewinne verliert die FDP 5 Parteihochburgen

Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2005 sinkt die Zahl der FDP-Hochburgen um 5 auf 13. Bei der Bundestagswahl 2005 lagen zwar 21 Gebiete um mehr als 20% über dem Landeswert der Liberalen. Von diesen erfüllen aber 8 nicht die Hochburg-Definition, da die Ergebnisse 2002 dort im Vergleich zum Landeswert um weniger als 20% über dem Durchschnitt lagen.

So kommt es zu der vordergründig überraschenden Aussage, dass die FDP trotz

T2

## Ökonomische Strukturen in den Parteihochburgen von Rheinland-Pfalz

Merkmal	Parteihochburgen				Rheinland-Pfalz
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	
Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in %					
Arbeitslose	4,9	7,0	5,0	6,4	6,5
Angestellte	26,8	24,9	29,3	32,0	28,0
Arbeiter	22,0	24,5	19,9	15,8	20,3
Beamte	5,0	3,6	4,3	4,7	4,3
Sozialversicherungs-					
pfl ichtig Beschäftigte ...					
in der Landwirtschaft	0,6	0,4	0,8	0,4	0,5
im produzierenden Gewerbe	17,4	21,2	17,0	12,1	16,8
in Handel, Gastgewerbe					
und Verkehr	11,2	9,9	11,5	11,3	11,1
im sonstigen Dienstleistungs-					
bereich	19,5	17,9	19,9	24,1	20,0
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den					
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im jeweiligen Gebiet in %					
In Kleinbetrieben <sup>1)</sup>	22,5	19,3	21,1	17,2	19,4
In Großbetrieben <sup>2)</sup>	39,1	44,9	42,5	51,0	45,5

1) Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. – 2) Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten.

ihrer landesweiten Zugewinns von 2,4 Prozentpunkten bei den Zweitstimmenanteilen 5 Hochburgen – und zwar die Verbandsgemeinden Bad Kreuznach, Daaden, Landau-Land, Langenlonsheim sowie Sprendlingen-Gensingen – verloren und keine neu hinzugewonnen hat.

## GRÜNE-Hochburgen

Die 14 GRÜNE-Hochburgen befanden sich vor der Bundestagswahl 2005 in erster Linie in Rheinhessen mit dem Zentrum Mainz. Außerdem gehörten allein 6 Hochburgen dem Landkreis Mainz-Bingen an. Mit den Universitätsstädten Trier und Landau sowie Neustadt an der Weinstraße, Sinzig und Wittlich gab es weitere städtische Hochburgen der GRÜNEN.

Die Hälfte der GRÜNE-Hochburgen liegt in Rheinhessen

Strukturmerkmale verdeutlichen den städtischen Charakter der GRÜNE-Hochburgen

In den wenigen Hochburgen der GRÜNEN leben aufgrund der mit Abstand höchsten Bevölkerungsdichte von über 650 Einwohnern je Quadratkilometer fast 14% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Dies unterstreicht ebenso wie der hohe Ausländeranteil und die überdurchschnittlichen Anteile an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit höheren Bildungsabschlüssen den städtischen Charakter der GRÜNE-Hochburgen.

Viele Beschäftigte im Dienstleistungsbereich und in Großbetrieben

Der Arbeitslosenanteil liegt leicht unter dem Landeswert. Auffallend sind der deutlich überdurchschnittliche Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungssektor und der damit verbundene höhere Angestelltenanteil. Außerdem arbeiten in den Hochburgen der GRÜNEN mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten.

Künftig eine GRÜNE-Hochburg mehr

Durch die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl steigt die Zahl der GRÜNE-Hochburgen auf 15. Die verbandsfreien Gemeinden Sinzig und Wittlich zählen künftig nicht mehr zu den GRÜNE-Hochburgen. Dagegen erhöht sich deren Zahl durch die neu hinzugewonnenen kreisfreien Städte Kaiserslautern und Speyer sowie die verbandsfreie Gemeinde Altrip.

### Der Vergleich: Wahlverhalten im Land und in den Parteihochburgen

CDU kam landesweit auf 36,9%, sie verlor 3,3 Prozentpunkte

Die CDU erzielte in Rheinland-Pfalz 36,9% der gültigen Zweitstimmen und verlor damit 3,3 Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 2002. Die höchsten Stimmenanteile für die Christdemokraten gab es in den Verbandsgemeinden Adenau (53,9%)

und Altenahr (53,8%) den niedrigsten in der Verbandsgemeinde Altenglan (21,7%). In allen 212 kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz musste die CDU Verluste hinnehmen. Die Spanne reichte von –0,6 Prozentpunkten in Grünstadt bis –8,9 Prozentpunkte in Germersheim.

In ihren eigenen Hochburgen musste die CDU überdurchschnittliche Verluste von 4,7 Prozentpunkten hinnehmen und kam damit auf einen Stimmenanteil von 47,6%. Die Wahlbeteiligung lag mit 80,9% um 2,2 Prozentpunkte aber über der von Rheinland-Pfalz insgesamt.

Die Christdemokraten verloren auch in den Hochburgen aller anderen Parteien. Sie errangen mit 37,4% in den FDP-Hochburgen ihr bestes Ergebnis. Dort waren mit 2,5 Prozentpunkten auch die geringsten Verluste zu verzeichnen. Das niedrigste Ergebnis gab es für die Christdemokraten mit 27,2% in den Hochburgen der SPD, wo der Rückgang mit 3 Prozentpunkten aber etwas schwächer ausfiel als im Land insgesamt.

Die Ergebnisse der anderen Parteien waren – mit Ausnahme der FDP (12,8%) – in den CDU-Hochburgen niedriger als im Landesdurchschnitt. Die SPD erreichte ein Ergebnis von 26,6%, die GRÜNEN kamen auf 5,3% und die Linkspartei auf 4,6% der gültigen Zweitstimmen. Nur die FDP und Die Linke konnten in den CDU-Hochburgen Zuwächse erzielen.

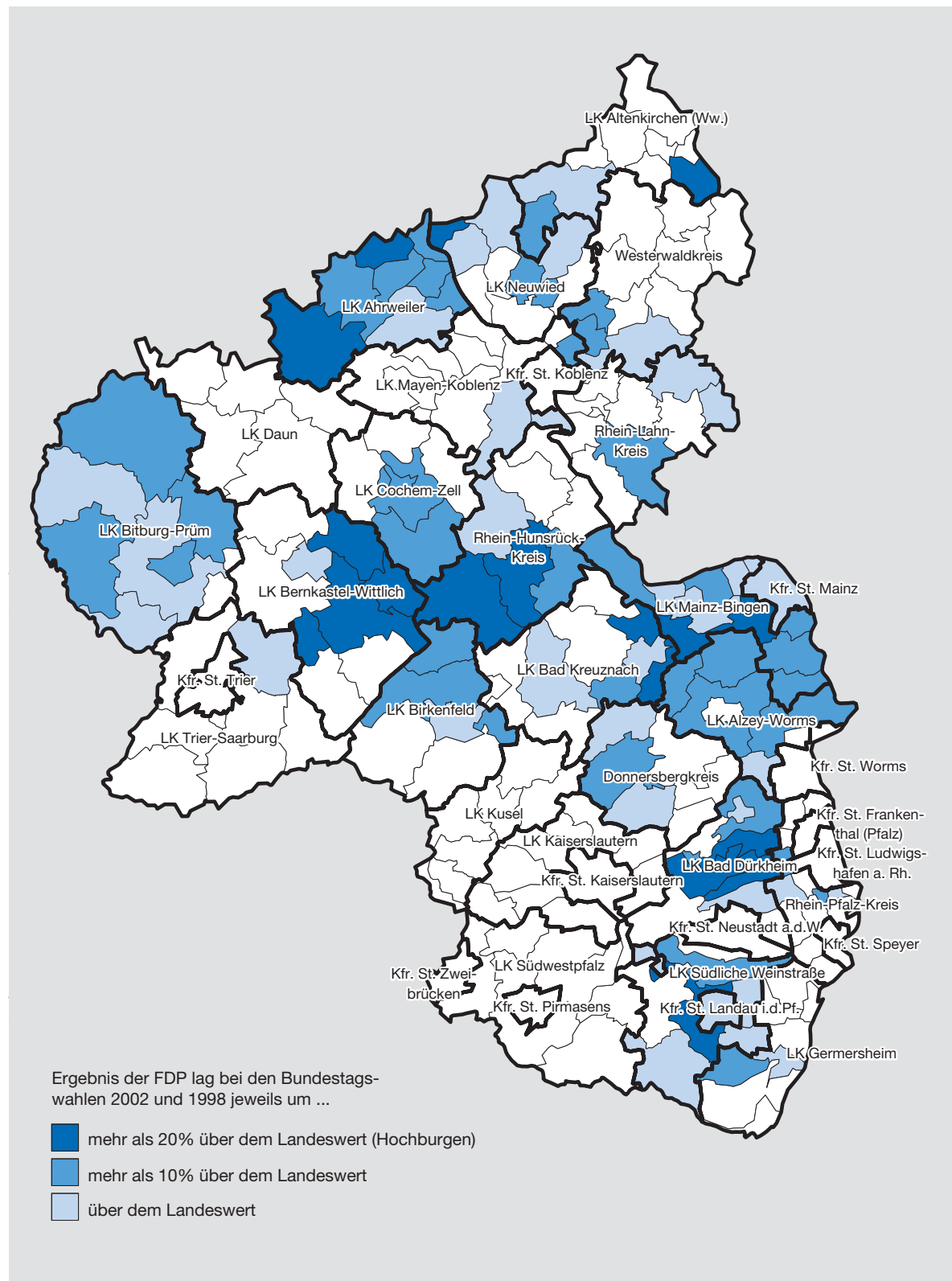
Die SPD vereinigte landesweit 34,6% der gültigen Zweitstimmen auf sich und verlor damit 3,6 Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 2002. Die höchsten Stimmenanteile erzielten die Sozialdemokraten

CDU-Verluste in eigenen Hochburgen bei 4,7 Prozentpunkten

Ergebnisse der anderen Parteien in CDU-Hochburgen

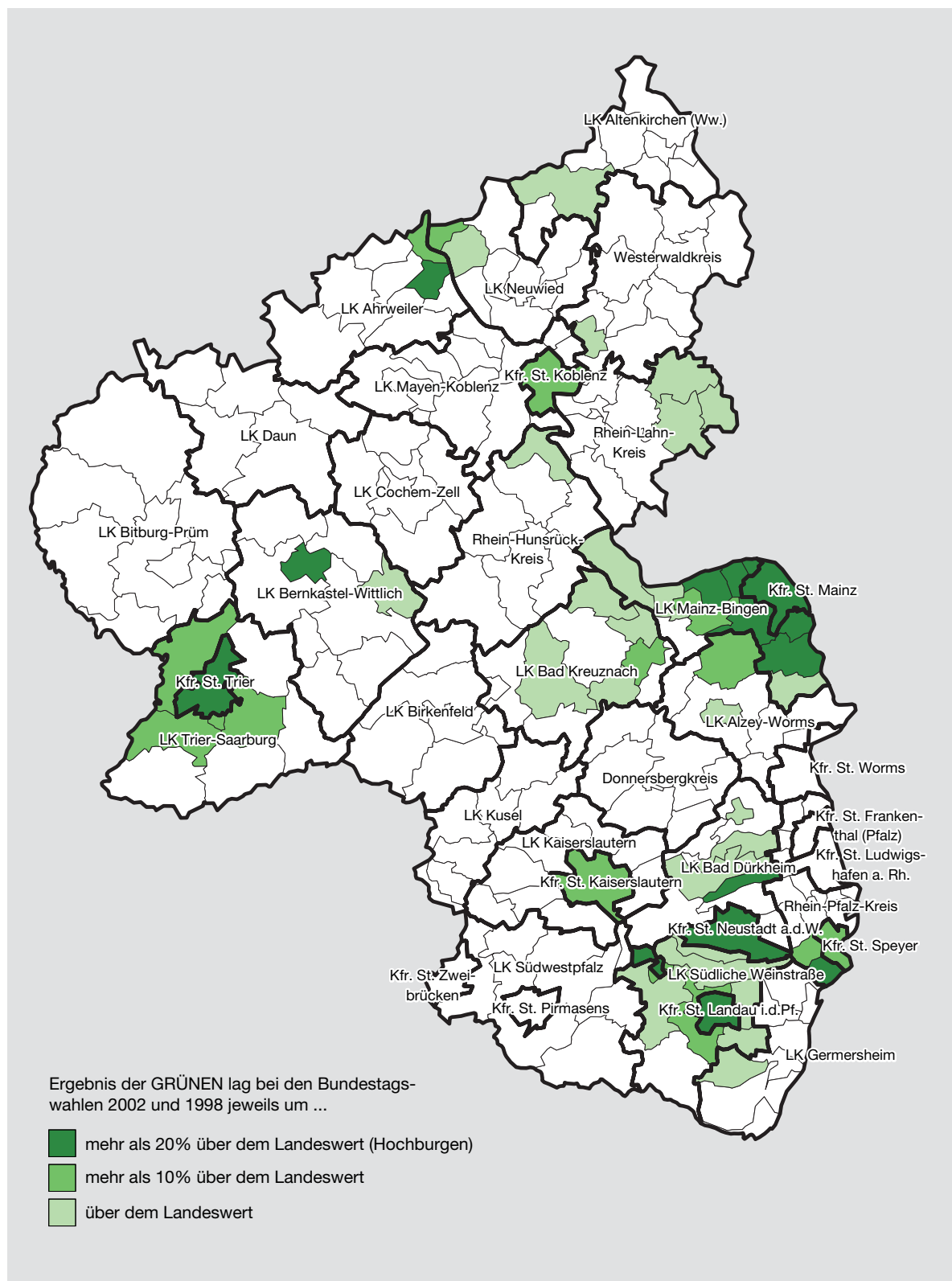
SPD erzielte landesweit 34,6% und verlor damit 3,6 Prozentpunkte





S4

## Hochburgen und überdurchschnittliche Zweitstimmenanteile der GRÜNEN



in den Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler (47,7%), Kirn-Land (47,6%) und Altenglan (47,5%), den niedrigsten in der Verbandsgemeinde Adenau (21%). Ebenso wie für die CDU gab es in allen 212 Verwaltungsbezirken, die der Hochburgenanalyse zugrunde liegen, für die SPD Verluste. Die Spanne reichte von –0,2 Prozentpunkten in Germersheim bis –9,1 Prozentpunkte in der Verbandsgemeinde Wolfstein.

Verluste der SPD in eigenen Hochburgen bei 5,7 Prozentpunkten

Die SPD musste in ihren eigenen Hochburgen deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Verluste von 5,7 Prozentpunkten hinnehmen und kam nur noch auf einen Stimmenanteil von 43,7%. Die Wahlbeteiligung war hier um 1,5 Prozentpunkte niedriger als im Land und betrug 77,2%.

In den Hochburgen aller anderen Parteien verloren die Sozialdemokraten Zweitstimmenanteile, jedoch weniger als in ihren eigenen Hochburgen. Mit 33,4% erzielten sie in den GRÜNE-Hochburgen das beste Ergebnis (–3,5 Prozentpunkte). Den niedrigsten Zweitstimmenanteil erreichte die SPD mit 26,6% in den Hochburgen der CDU, wo sie mit –2,2 Prozentpunkten aber auch den geringsten Rückgang zu verzeichnen hatte.

Ergebnisse der anderen Parteien in SPD-Hochburgen

Die Ergebnisse der anderen Parteien waren – mit Ausnahme der Linkspartei, die mit 8,2% deutlich über ihrem Landeswert lag – in den SPD-Hochburgen niedriger als im Landesdurchschnitt. Die Linke. konnte in den SPD-Hochburgen deutliche, die FDP leichte Zugewinne verbuchen.

FDP kam in Rheinland-Pfalz auf 11,7% und erzielte Gewinne von 2,4 Prozentpunkten

Die FDP kam in Rheinland-Pfalz auf 11,7% der gültigen Zweitstimmen und verbesserte damit ihr Ergebnis gegenüber 2002 um 2,4 Prozentpunkte. Ihre besten Ergebnisse erzielte die FDP in den Verbandsgemeinden Kirchberg (Hunsrück) mit 15,9%, Wachen-

**T3** Zweitstimmenanteile der Parteien in den Parteihochburgen von Rheinland-Pfalz bei der Bundestagswahl 2005

Region	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke.	Sonstige
Zweistimmenanteile in %						
CDU-Hochburgen	47,6	26,6	12,8	5,3	4,6	3,2
SPD-Hochburgen	27,2	43,7	9,9	5,9	8,2	5,1
FDP-Hochburgen	37,4	33,0	14,4	7,4	4,6	3,3
GRÜNE-Hochburgen	34,5	33,4	12,4	11,6	4,8	3,2
Rheinland-Pfalz	36,9	34,6	11,7	7,3	5,6	3,9
Veränderung gegenüber der Bundestagswahl 2002 in Prozentpunkten						
CDU-Hochburgen	-4,7	-2,2	3,3	-0,8	3,9	0,6
SPD-Hochburgen	-3,0	-5,7	1,1	-0,5	7,2	0,8
FDP-Hochburgen	-2,5	-2,9	2,2	-0,7	3,7	0,4
GRÜNE-Hochburgen	-2,6	-3,5	2,9	-0,8	3,5	0,3
Rheinland-Pfalz	-3,3	-3,6	2,4	-0,6	4,6	0,6

heim an der Weinstraße (15,8%) und Kröv-Bausendorf (15,7%), das schlechteste in der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler (7%). Lediglich in der Verbandsgemeinde Hamm (Sieg) gab es mit –0,6 Prozentpunkten einen Verlust von Stimmenanteilen. Das Ergebnis in der Verbandsgemeinde Bad Breisig blieb unverändert. In den übrigen 210 kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz konnten die Liberalen zulegen; die höchsten Gewinne waren mit 4,7 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Hillesheim zu verzeichnen.

Die FDP gewann in ihren eigenen Hochburgen 2,2 Prozentpunkte hinzu. Hier erzielten die Liberalen einen Stimmenanteil von 14,4%. Die Wahlbeteiligung lag mit 81% um 2,3 Prozentpunkte über der Beteiligung in Rheinland-Pfalz insgesamt.

FDP gewann in eigenen Hochburgen 2,2 Prozentpunkte

Die Liberalen konnten sich in den Hochburgen aller anderen Parteien gegenüber 2002 verbessern. Die höchsten Zuwächse

erzielten sie in den CDU-Hochburgen, wo sie auf 12,8% der Zweitstimmen kamen. Die niedrigsten Ergebnisse verzeichneten sie mit 9,9% in den Hochburgen der SPD. Dort ergaben sich mit 1,1 Prozentpunkten auch die geringsten Gewinne.

Ergebnisse der anderen Parteien in FDP-Hochburgen

Von den anderen Parteien konnte nur Die Linke. Zuwächse in den FDP-Hochburgen erzielen. Die CDU und die GRÜNEN schnitten mit 37,4% bzw. 7,4% der gültigen Zweitstimmen etwas günstiger ab als im Land insgesamt. Die Sozialdemokraten (33%) und auch die Linkspartei (4,6%) lagen dagegen unter ihrem Landesdurchschnitt. CDU und SPD verloren weniger als in Rheinland-Pfalz insgesamt.

GRÜNE erzielten landesweit 7,3%, sie verloren 0,6 Prozentpunkte

Die GRÜNEN erzielten in Rheinland-Pfalz 7,3% der gültigen Stimmen und verloren damit 0,6 Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 2002. Die höchsten Stimmenanteile erzielten die GRÜNEN in den kreisfreien Städten Mainz (14,1%), Trier (12,2%) und Landau (11,3%), den niedrigsten in der Verbandsgemeinde Wallhalben (3%). In 182 Gebieten gab es Verluste für die GRÜNEN; die höchsten in Grünstadt (-2,3 Prozentpunkte). In 6 Gebieten ergab sich keine Änderung beim Zweitstimmenanteil und 24-mal waren Zuwächse zu verzeichnen, die stärksten mit +1,1 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Nastätten.

Verluste der GRÜNEN in eigenen Hochburgen bei 0,8 Prozentpunkten

Die GRÜNEN mussten auch in ihren eigenen Hochburgen einen Rückgang des Zweitstimmenanteils um 0,8 Prozentpunkte hinnehmen und kamen auf 11,6%. Die Wahlbeteiligung war hier um 0,5 Prozentpunkte höher als im Land und betrug 79,2%.

In den FDP-Hochburgen erzielten die GRÜNEN mit 7,4% ein knapp über ihrem Landeswert liegendes Ergebnis. Die nied-

rigsten Ergebnisse gab es mit 5,3% in den CDU-Hochburgen. Das Abschneiden in den SPD-Hochburgen war mit 5,9% der Zweitstimmen etwas besser. Die Verluste der GRÜNEN gegenüber 2002 lagen in allen Parteihochburgen etwa im Landestrend.

Ergebnisse der anderen Parteien in GRÜNE-Hochburgen

Von den anderen Parteien konnten in den GRÜNE-Hochburgen Die Linke. und die FDP Zuwächse beim Zweitstimmenanteil erzielen. Die FDP verbuchte dort mit 12,4% sogar ein höheres Ergebnis als die GRÜNEN selbst. Die CDU schnitt mit 34,5% der gültigen Stimmen besser ab als die SPD (33,4%). Die Linkspartei kam auf einen Stimmenanteil von 4,8%.

### Das Wahlverhalten im Land in Abhängigkeit von demographischen, sozialen und ökonomischen Merkmalen

Zur Untersuchung der Parteihochburgen wurden die Gebiete abgegrenzt, in denen eine Partei in der Vergangenheit herausragende Stimmenanteile erzielen konnte. Ändert man den Blickwinkel und stellt die Analyse des Einflusses der demographischen, sozialen und ökonomischen Merkmale auf das Wahlverhalten den Ergebnissen der Hochburgenanalyse gegenüber, so zeigen sich deutliche Parallelen:

Die CDU erzielte ihre besten Wahlergebnisse nach wie vor in Regionen mit einem hohen Katholikenanteil. Gute Ergebnisse erreichte die Union darüber hinaus in Regionen mit einem hohen Beamtenanteil sowie einem hohen Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Landwirtschaft. Unterdurchschnittliche Wahlergebnisse muss die CDU traditionell in Regionen mit einem hohen Protestantenanteil hinnehmen.

Zweitstimmenanteile der CDU

Schwach fiel das Wahlergebnis der Union darüber hinaus in städtisch geprägten Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte (und hohem Ausländeranteil) sowie in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit aus.

Zweitstimmen-  
anteile  
der SPD

Die SPD verzeichnete ihre besten Wahlergebnisse in den Gebieten mit einem hohen Anteil an Protestanten. Gute Wahlergebnisse konnte die Partei darüber hinaus in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen Beschäftigten in Großbetrieben erzielen. Das schwächste Ergebnis musste die SPD auch bei dieser Wahl in den Landesteilen mit hohem Katholikenanteil hinnehmen. Unterdurchschnittlich blieben die Sozialdemokraten in der Wählergunst darüber hinaus auch dort, wo der Anteil an Beamten und an Beschäftigten in Kleinbetrieben hoch ist.

Zweitstimmen-  
anteile  
der FDP

Die FDP verbuchte bei dieser Bundestagswahl überdurchschnittliche Wahlergebnisse in Gebieten mit einem hohen Anteil an Angestellten, an Beamten und an Beschäftigten in der Landwirtschaft. Die statistischen Zusammenhänge zum Wahlergebnis der FDP sind bei allen Merkmalen allerdings nicht sehr stark ausgeprägt. Die Wahlergebnisse der FDP blieben unterdurchschnittlich in

Gebieten mit höherer Arbeitslosigkeit, mit einem hohen Anteil an Arbeitern und einem hohen Anteil an Beschäftigten in Großbetrieben.

Die GRÜNEN erzielten gute Wahlergebnisse in Gebieten mit einem hohen Anteil an Beschäftigten mit Abitur bzw. Hochschulabschluss, mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und mit hoher Bevölkerungsdichte. Diese Merkmale sind charakteristisch für städtische Regionen – insbesondere auch für Hochschulstandorte, wo die Partei besonders gut abschnitt. Deutlich unterdurchschnittliche Wahlergebnisse mussten die GRÜNEN in Gebieten mit einem hohen Anteil an Haupt- und Realschulabsolventen, an Arbeitern und an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe hinnehmen.

Zweitstimmen-  
anteile der  
GRÜNEN

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist im Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten als Referent tätig.

## Info

Die Wahlnachtanalyse des Statistischen Landesamtes „Bundestagswahl am 18. September 2005 in Rheinland-Pfalz – Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse in der Wahlnacht“ steht als kostenfreier Download im Internet zur Verfügung:

<http://www.statistik.rlp.de/analysen/wahlen/wahlnachtanalyse.pdf>

# Vom Wohnungsmangel zu Wohnungsleerständen

## Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz seit 1950



Von Dr. Stefan Weil

Die Wohnungsversorgung lässt sich mit verschiedenen Indikatoren messen. Diese Kennzahlen sagen etwas darüber aus, mit wieviel Wohnraum die Bevölkerung ausgestattet ist. Der Blickwinkel, aus dem man die Wohnungsversorgung betrachtet und analysiert, hat sich dabei in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert: Während in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg rein quantitative Überlegungen im Vordergrund standen, so rückten zuletzt vermehrt qualitative Gesichtspunkte oder die Frage der Wohneigentumsquote in den Fokus von Wohnungsmarktanalysen. Quantitative Analysen konzentrieren sich zumeist auf das Problem regionaler Wohnungsleerstände oder neuerdings auf die Frage einer angemessenen Wohnungsversorgung der am Wohnungsmarkt benachteiligten Gruppen („Wohnungsnotfälle“). Dieser Beitrag befasst sich mit der Entwicklung der quantitativen Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz seit 1950.

### Wer benötigt Informationen über die Wohnungsversorgung?

Informationen über die Wohnungsversorgung bilden eine wesentliche Grundlage für wohnungswirtschaftliche und wohnungs(bau)politische Entscheidungen.

Die Unternehmen für Standortentscheidungen

Darüber hinaus haben aber auch Unternehmen ein Interesse an Informationen über den Standortfaktor Wohnungsversorgung in der Region. Insbesondere bei Neugründungen oder der Umsiedlung einer größeren Betriebsstätte kann ausreichender und

adäquater Wohnraum für die Beschäftigten ein wichtiger Faktor sein.

Wenn auch indirekt, fließen in die Entscheidungsprozesse der Wohnungswirtschaft Informationen über die Wohnungsversorgung und einen etwaigen zusätzlichen Wohnungsbedarf ein. Das Informationsbedürfnis erstreckt sich dabei auch auf vorgelagerte Märkte (Kapital-, Boden- und Baumarkt). Dabei sind für ökonomische Entscheidungen natürlich vorrangig zukunftsgerichtete Informationen von Bedeutung. Dem ist das Statistische Landesamt – zumindest zum Teil – mit seinen Veröffentlichungen zur Bevölkerungsentwicklung und ihren Auswirkungen nachgekommen.<sup>1)</sup>

Die Wohnungswirtschaft

1) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050. Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen. – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Bad Ems 2004, S. 235 ff.



## Datenquellen und Definitionen

### Datenquellen

Um den Grad der Wohnungsversorgung zu ermitteln, werden Daten zum Wohnungsbestand und zu den Haushalten benötigt. Bevölkerungszahlen werden hilfsweise herangezogen. Aufgrund der Datenlage ist eine detaillierte und durchgängige Betrachtung der Tendenzen der Wohnungsversorgung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts jedoch nur eingeschränkt möglich.

Prinzipiell können zuverlässige Daten über den Wohnungsbestand lediglich im Rahmen von Gebäude- und/oder Wohnungszählungen erfasst werden. Solche Totalerhebungen fanden seit 1950 mehrfach statt. Allerdings wird die Vergleichbarkeit der Daten durch unterschiedliche Definitions- bzw. Abgrenzungskonzepte eingeschränkt. So wurde beispielsweise bei der ersten Wohnungszählung nach dem Zweiten Weltkrieg (1950) noch zwischen so genannten „Normalwohnungen“ und „Notwohnungen“ unterschieden. Diese Unterscheidung wurde 1961 aufgegeben. Seither gibt es Wohnungen und (sonstige) Wohngelegenheiten bzw. Wohneinheiten.

Wegen des hohen Aufwands für Vollerhebungen wurden in Zwischenjahren sowie nach der bisher letzten Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) von 1987 Stichprobenerhebungen durchgeführt. Weitere Quellen für Daten über den Wohnungsbestand zwischen den Totalzählungen sind die Bautätigkeitsstatistik und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes.

Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik sind Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Hochbau, der Bauüberhang am Jahresende sowie Bauabgänge von Hochbauten. Allerdings ist anzumerken, dass im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik nur genehmigungspflichtige oder ihnen gleichgestellte Baumaßnahmen, bei denen Wohn- oder Nutzraum geschaffen bzw. verändert wird, erfasst werden. Demzufolge ist eine vollständige Abbildung aller Bestandsbewegungen nicht möglich. Zum anderen haben die baurechtlichen Rahmenbedingungen einen erheblichen Einfluss auf den Umfang der zu erfassenden Vorgänge.

In Rheinland-Pfalz erfolgte die letzte wesentliche Änderung im Jahr 1999. In jenem Jahr wurde die Zahl der genehmigungspflichtigen Abgänge reduziert und gleichzeitig das Baugenehmigungsverfahren vereinfacht (Kenntnisgabeverfahren). Während die erstgenannte Änderung sich deutlich in den erfassten Abgängen niederschlägt, ist die Wirkung der zweiten Änderung auf die erfassten Zugänge nicht so klar ersichtlich. Sie dürfte zu vernachlässigen sein.

Die Genauigkeit der Fortschreibung, deren Grundlage gegenwärtig immer noch die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 ist, hängt damit im Wesentlichen von der erreichten Erfassungsquote, also von dem Anteil der periodisch erfassten an den tatsächlich stattgefundenen Bestandsveränderungen,

ab. Einen Hinweis auf die Genauigkeit der Fortschreibung erhält man mittels eines Vergleichs der Fortschreibungsergebnisse mit den letzten drei Stichprobenerhebungen (siehe Tabelle 1).

Daten zur Zahl und zur Größenstruktur der Haushalte wurden bisher im Rahmen von Total- und Stichprobenerhebungen erfasst. Erstmals nach dem Krieg erfolgte eine Totalerfassung im Rahmen der Volkszählung 1950, weitere folgten im Rahmen der Gebäudezählung 1961 sowie der Volkszählungen 1970 und 1987. Des Weiteren wurde die Zahl der Haushalte im Rahmen der Wohnungs- und Gebäudestichprobe 1993 sowie regelmäßig jährlich seit 1957 im Rahmen des Mikrozensus (1%-Stichprobe) erhoben.

### Definitionen

- **Wohnungen:** Eine Wohnung besteht aus nach außen abgeschlossen, zu Wohnzwecken bestimmten, in der Regel zusammenliegenden Räumen (einschließlich Küche oder Kochnische) in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. In Statistiken der ersten Nachkriegszeit wurden Wohnungen auch als „Normalwohnungen“ bezeichnet.
- **Wohnräume:** Zu den Wohnräumen zählen alle Räume einer Wohneinheit, die für Wohnzwecke bestimmt sind und mindestens eine Wohnfläche von sechs Quadratmetern haben. Zu den Wohnräumen zählen daher sowohl Zimmer als auch Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume, wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer, Toiletten, sowie Kleinwohnräume unter sechs Quadratmetern Wohnfläche.
- **Wohnfläche:** Hierzu gehören alle anrechenbaren Grundflächen der Räume, die ausschließlich zu einer Wohnung gehören. Nicht dazu gehört die Grundfläche von so genannten Zubehörräumen wie Keller oder Dachräume, von Räumen, die den Anforderungen des Bauordnungsrechts nicht genügen, sowie von Geschäfts- und Wirtschaftsräumen. Bei der Ermittlung der Wohnfläche werden die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens zwei Metern voll, mit einer lichten Höhe zwischen ein und zwei Metern zur Hälfte und mit einer lichten Höhe von weniger als einem Meter nicht angerechnet. Zum Wohnbereich zählende Balkone, Loggien oder Terrassen können mit der Hälfte ihrer Fläche der Gesamtwohnfläche zugerechnet werden.
- **Wohnungsnotfälle:** Hiermit sind Personen oder Haushalte gemeint, die von Wohnungsverlust bedroht oder bereits betroffen, obdachlos, ohne eigene Wohnung, notdürftig untergebracht oder privat vorübergehend untergekommen sind, oder die unzumutbaren Wohnverhältnissen und Mietbelastungen ausgesetzt sind.

Die kommunale Stadtentwicklung

Für die Wohnungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen besteht unterschiedlicher Informationsbedarf. So benötigen beispielsweise die Kommunen Informationen darüber, wo – und gegebenenfalls wann – Neubauförderung (Ausweis von Baugebieten, Stadterneuerung) sowie Erhaltung und Modernisierung oder etwa der Rückbau des Wohnungsbestandes und der zugehörigen Infrastruktur notwendig sind. Moderne Stadtentwicklung steht in engem Kontext mit anderen Standortfaktoren. Deshalb werden – in Zukunft verstärkt – die Wohnverhältnisse und die urbanen Infrastrukturen im überregionalen Wettbewerb der Städte und Regionen als Wirtschafts- und Wohnstandorte eine zentrale Rolle spielen.

Die Wohnungspolitik auf Bundesebene

Die Wohnungspolitik auf Bundesebene hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit über den Markt eine angemessene Wohnungsversorgung der Bevölkerung flächendeckend sichergestellt werden kann. In Zeiten eines – aufgrund der demographischen Entwicklung – nachhaltig rückläufigen Bedarfs schließt dies auch die Förderung des Rückbaus ein.

Wohnungspolitik beinhaltet zudem sozialpolitische Elemente: Ausreichend Wohnraum sollte am Wohnungsmarkt auch für Haushalte zur Verfügung stehen, die der direkten Unterstützung bedürfen. Das sind insbesondere so genannte „Wohnungsnotfälle“. Da die faktische Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt vom Besitz einer Wohnung abhängt, führt die räumliche Konzentration von Armut und Benachteiligung zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und zu sozialräumlichen Problemen („soziale Brennpunkte“). Diese wiederum können andere „Standortfaktoren“ negativ beeinflussen.

## Gibt es einen Gradmesser für die Wohnungsversorgung?

Um den Grad der Wohnungsversorgung bestimmen zu können, bedarf es sozusagen eines „Idealmaßes“ als Referenz. Ein solches Maß gibt es allerdings nicht. Vielmehr muss ein politischer Konsens darüber hergestellt werden, was man etwa als „angemessene Wohnungsversorgung“ ansehen will. Die Festlegung kann nicht auf objektiver Grundlage geschehen, sondern muss normativ erfolgen. Gegenwärtig wird aus wohnungspolitischer Sicht eine Wohnungsversorgungsquote von eins angestrebt. Das heißt, dass – bezogen auf eine abgegrenzte regionale Einheit – für jeden Haushalt eine Wohnung mit Küche und für jedes Haushaltsmitglied ein Raum verfügbar sein sollte. In diesem Sinne ist ein Fünfpersonenhaushalt mit einer Wohnung, bestehend aus fünf Räumen und einer Küche, adäquat versorgt. Aufgrund der Abgrenzung der verfügbaren statistischen Daten wird für eine adäquate Versorgung eines solchen Haushalts eine Wohnung mit fünf Räumen (gegebenenfalls einschließlich einer Küche; siehe hierzu Definition „Wohnräume“ im Kasten auf nebenstehenden Seite ) als ausreichend definiert.

Derzeitiges Maß: Wohnungsversorgungsquote von „eins“

## Wie wird die Wohnungsversorgung ermittelt?

Die Entwicklung der Wohnungsversorgung kann auf verschiedenen Wegen analysiert werden:

Am aussagekräftigsten ist der Bezug der Zahl der Wohnungen auf die Zahl der Privathaushalte. Die Zahl der Haushalte wird jedoch nur bei Totalerhebungen bis auf die

Erstens: Bezug auf die Zahl der Haushalte

Gemeindeebene herunter genau erfasst. Stichprobenerhebungen, die allerdings unterhalb der Landesebene nur für regionale Aggregate, nicht jedoch für einzelne Kreise repräsentativ sind, erfolgen jährlich im Rahmen des Mikrozensus. Somit ist man bei der Ermittlung zuverlässiger Werte über die Wohnungsversorgung auf jene Jahre beschränkt, in denen sowohl eine Vollerhebung des Wohnungsbestandes als auch eine Vollerhebung der Haushalte stattgefunden hat. Das trifft lediglich für die Jahre 1950 und 1987 zu. In diesen Jahren fand sowohl eine Volkszählung als auch eine Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) statt. Will man die Entwicklung im Zeitablauf betrachten, ist man auf die hochgerechneten Ergebnisse aus dem Mikrozensus angewiesen.

Zweitens: Bezugnahme auf die Bevölkerungszahl

Aufgrund der unbefriedigenden Datenlage versucht man daher, die Wohnungsversorgung hilfsweise bzw. ergänzend unter Rückgriff auf die Bevölkerungszahl zu messen.

Dabei finden verschiedene Maßzahlen Verwendung: Neben der Wohnfläche pro Person wird vor allem die Zahl der Wohnungen pro Einwohner und die Zahl der verfügbaren Räume pro Person als Indikator verwandt.<sup>2)</sup> Das ermöglicht es, langfristige Entwicklungen auf der Basis von Zeitreihen aus der Fortschreibung des Wohnungsbestandes und der Bevölkerung nachvollziehen zu können, ohne auf Voll- oder Stichprobenerhebungen angewiesen zu sein, die in der Regel nur in längeren zeitlichen Abständen durchgeführt werden (können).

2) Oft wird auch der Kehrwert, hier beispielsweise die Zahl der Personen pro Raum („Wohndichte“), verwendet. In der Regel werden die Kennzahlen mit einem Faktor multipliziert, um auf größere Zahlenwerte zu kommen (z. B. Wohnungen pro 1 000 Einwohner, Wohnungen pro 100 Haushalte).

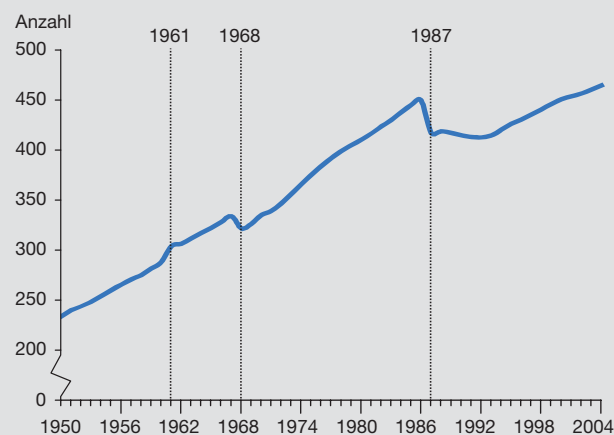
## Wie hat sich die Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz seit 1950 entwickelt?

Die Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz hat sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts deutlich verbessert. Aufgrund der kriegsbedingten Zerstörungen und des Zustroms von Flüchtlingen war in den ersten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges Wohnraum äußerst knapp. Eine adäquate Versorgung im heutigen Sinn war deshalb von sekundärer Bedeutung. Mittlerweile hat sich jedoch der Anspruch, für jeden Haushalt eine Wohnung und für jede Person einen Raum zur Verfügung zu haben, zu einer Quasi-Norm entwickelt. Hierüber besteht in der wohnungspolitischen Diskussion weitgehend Konsens. So hat sich auch der Wohnungsbedarf drastisch geändert: War ein Haushalt in den Nachkriegsjahren froh, überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben (gleichgültig, wie groß die Wohnung war), so definiert sich heute der Woh-

Wohnungsversorgung deutlich verbessert

S 1

Wohnungen<sup>1)</sup> je 1 000 Einwohner 1950–2004



1) 1961: Wohnungsbestandskorrektur durch die Gebäudezählung; 1968 und 1987: Korrekturen durch die Gebäude- und Wohnungszählung.

nungsbedarf spezifisch nach der Größe des Haushalts. Rein rechnerisch genügt es daher nicht mehr, einfach die Zahl der verfügbaren Wohnungen der Gesamtzahl der Haushalte gegenüberzustellen. Vielmehr definiert sich der Wohnungsbedarf einer Region oder eines Landes nunmehr auch aus dem Grad der größtenstrukturellen Übereinstimmung der Bestandsstrukturen von Haushalten und Wohnungen.

Zahl der Wohnungen je 1 000 Einwohner seit 1950 verdoppelt

Betrachtet man die Entwicklung des Wohnungsbestandes zunächst in Relation zur Entwicklung der Bevölkerung, so zeigt sich, dass der Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz zwischen 1950 und 2004 stärker angestiegen ist als die Bevölkerungszahl. Bezüglich dieses Indikators hat sich insgesamt die Wohnungsversorgung deutlich verbessert. Die Zahl der pro 1 000 Einwohner vorhandenen Wohnungen stieg von 234 auf 465 und hat sich damit fast verdoppelt.

Im Schnitt mehr als zwei Räume pro Einwohner

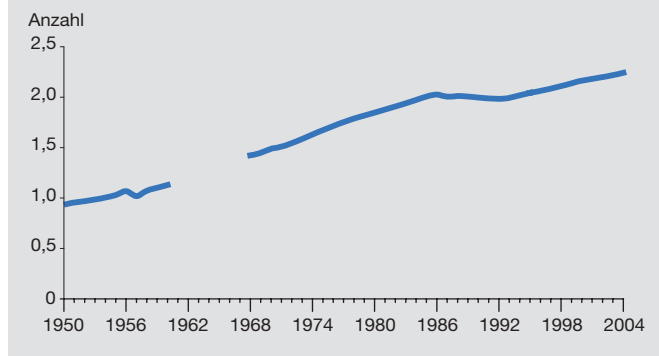
Diese Entwicklung spiegelt sich in der Versorgung mit Wohnraum bzw. der Wohndichte wider. Hatte 1950 jeder Rheinland-Pfälzer im Durchschnitt nicht einmal einen ganzen Raum zur Verfügung, waren es im Jahr 2000 bereits mehr als zwei. Ähnlich erhöhte sich auch die pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche in diesem Zeitraum deutlich (um rund 30% seit 1968). Dabei nahm auch die Wohnungsgröße zu.

Die Analyse der Entwicklung des Wohnungsbestandes in Relation zur Entwicklung der Zahl der Haushalte zeigt folgendes Bild:

Die Zahl der rheinland-pfälzischen Haushalte erhöhte sich von rund 922 000 im Jahr 1950 auf rund 1 870 000 im Jahr

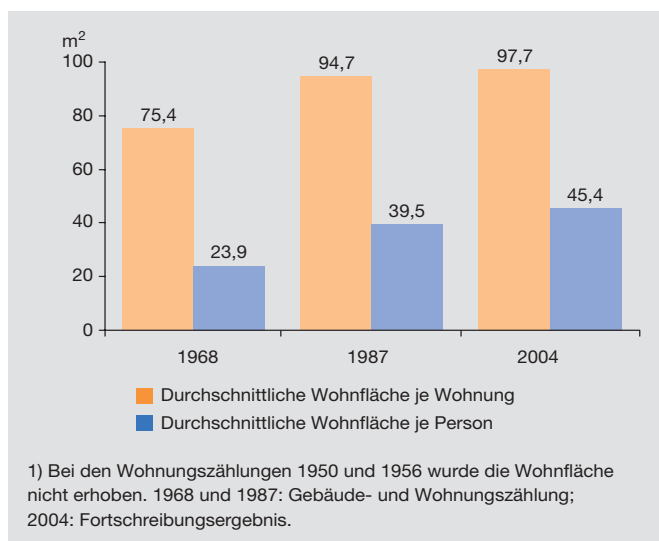
## S 2

### Wohnräume je Person 1950–2004



## S 3

### Durchschnittliche Wohnfläche 1968–2004



2003. Damit hat sie sich innerhalb von 53 Jahren mehr als verdoppelt. Da der Wohnungsbestand in demselben Zeitraum deutlich stärker anstieg, verbesserte sich die Relation von Wohnungen und Haushalten erheblich.

100 Haushalten standen 1950 etwa 76 Wohnungen gegenüber – ein Viertel der Haushalte verfügte also über keine eigene Wohnung. In den 1970er- und weitgehend auch in den 1980er-Jahren gab es rechnerisch ausreichend Wohnungen, um alle

Heute kommen auf 100 Haushalte 100 Wohnungen

Haushalte mit Wohnraum zu versorgen. Der Höchststand wurde mit 110 Wohnungen je 100 Haushalte in den Jahren 1980 bis 1982 erreicht. Nach einer deutlichen Verschlechterung der Wohnungsversorgung bis zur Mitte der 1990er-Jahre war der Wohnungsmarkt bis zur Jahrhundertwende wieder in etwa ausgeglichen. Im Jahr 2001 kamen 101 Wohnungen auf 100 Haushalte. Seither hat sich die Wohnungsversorgung rechnerisch wieder geringfügig verschlechtert.

Obwohl die Analyse mittels dieser Kennzahl schon deutlich präziser und damit aussagekräftiger ist als anhand des Verhältnisses von Wohnungsbestand und Bevölkerung, müssen die Ergebnisse der Betrachtung, die insofern eine hinreichende Wohnungsversorgung suggerieren, in verschiedener Hinsicht relativiert bzw. weiter präzisiert werden.

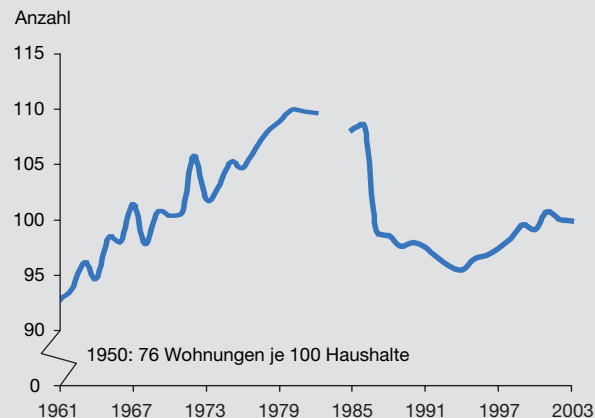
## Präzisierung der rechnerisch ermittelten Versorgungsquote erforderlich

Fortschreibungsfehler beim Wohnungsbestand

Der Wohnungsbestand kann zu hoch ausgewiesen sein, wie die Bestandskorrekturen zeigen, die anlässlich der Gebäude- und Wohnungszählungen (GWZ) von 1968

S 4

Wohnungen je 100 Haushalte 1950–2003



1) Haushaltszahlen sind nach 1950 (Volkszählung) erst ab 1961 (außer 1983 und 1984) durchgängig verfügbar.

und 1987 vorgenommen werden mussten. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich der Fortschreibungsfehler tendenziell vergrößert, je länger die letzte GWZ zurückliegt. Allerdings hält sich dieser Fehler – wie Kontrollrechnungen zeigen (siehe Tabelle 1) – gegenwärtig in Grenzen. Trotzdem kann angenommen werden, dass die Versorgungsquote eher nach unten als nach oben zu korrigieren ist.

Zu beachten ist zudem, dass – wie bereits erwähnt – die ausgewiesenen Haushaltszahlen mit wenigen Ausnahmen (Volkszählungsjahre) aus einer Stichprobe hochgerechnete Werte sind. Obwohl diese Stichprobe repräsentativ ist, verbleibt eine gewisse Fehlermarge.

Haushaltszahlen basieren auf einer Stichprobe

Ein bestimmter, empirisch jedoch nur schwer abzuschätzender Teil des Wohnungsbestandes ist wegen Unbewohnbarkeit faktisch dem Wohnungsmarkt entzogen.

Unbewohnbarer Wohnungsbestand schwer abschätzbar

Wohnungsmarktextperten gehen des Weiteren davon aus, dass für einen „funktionie-

T 1

Wohnungen<sup>1)</sup> 1993, 1998 und 2002  
Vergleich der Zählungsergebnisse aus Stichproben und Fortschreibungen

Zählung/ Fortschreibung	Einheit	1993 <sup>2)</sup>	1998 <sup>3)</sup>	2002 <sup>3)</sup>
Stichprobenerhebung	Anzahl	1 595 100	1 749 000	1 857 000
Fortschreibung des Wohnungsbestandes <sup>4)</sup>	Anzahl	1 644 028	1 760 541	1 845 181
Abweichung	%	3,1	0,7	-0,6

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – 2) Gebäude- und Wohnungsstichprobe (30. September). – 3) Mikrozensus-Zusatzerhebung (jeweils April). – 4) Arithmetisches Mittel aus den Beständen vom 31. 12. des Vorjahres und vom 31. 12. des laufenden Jahres.



Fluktuationsreserve wegen Doppelbelegungen, z. B. durch Umzüge, erforderlich

renden“ Wohnungsmarkt eine so genannte Fluktuations- oder Mobilitätsreserve in Höhe von 1 bis 3% des Wohnungsbestandes notwendig ist, um die vorübergehende doppelte Belegung, z. B. durch Renovierungsarbeiten im Zuge von Wohnungswechseln, aufzufangen. Dies einbeziehend, ergibt sich ein rechnerisch ausgeglichener Wohnungsmarkt bei einem Verhältnis von 101 bis 103 Wohnungen auf 100 Haushalte. Neuerdings werden auch höhere Ansätze für gerechtfertigt gehalten. So muss nach Berechnungen des Instituts für Städtebau (ifs) für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt die Zahl der Wohnungen um 6 bis 8% über der Zahl der Haushalte liegen.

Haushalte ohne Wohnungsbedarf

Die Haushalte sind zwar prinzipiell die Träger des Wohnungsbedarfs. Allerdings äußern diesen nicht alle Haushalte tatsächlich. So gibt es Haushalte, deren Mitglieder in Wohnungen anderer Haushalte leben (Untermieterhaushalte), ohne das Bedürfnis nach einer eigenen Wohnung zu haben und/oder über die finanziellen Ressourcen zu verfügen, um sich eine eigene Wohnung mieten oder kaufen zu können. Der Anteil solcher Untermieterhaushalte ohne Wohnungsbedarf – das sind zumeist Einpersonenhaushalte<sup>3)</sup> – ist empirisch kaum zu fassen.

Grad der Größenstrukturellen Übereinstimmung der Wohnungs- und Haushaltsbestände

Schließlich erfordert eine adäquate Wohnungsversorgung eine Übereinstimmung der entsprechenden Größenstrukturen. So ist sicherlich ein Einpersonenhaushalt mit einer Fünzimmerwohnung (mehr als) adäquat versorgt, nicht jedoch ein Fünfperso-

nenhaushalt mit einer Einzimmerwohnung. Eine präzise Analyse der Wohnungsversorgung und ihrer Entwicklung muss demnach stets berücksichtigen, inwiefern die Strukturen des Angebots und der Nachfrage zusammenpassen. Mit anderen Worten: Eine rechnerisch ermittelte Versorgungsquote von 100 Wohnungen (oder 103 Wohnungen) je 100 Haushalte sagt nichts darüber aus, ob diese Haushalte auch adäquat versorgt sind. Es können strukturelle Diskrepanzen bestehen, insbesondere in der Hinsicht, dass für bestimmte Haushaltsegmente ein Wohnungsdefizit existiert, das nicht durch eine entsprechende Zahl (überschüssiger) größerer Wohnungen kompensiert werden kann.

Diese Problematik bedingt, dass die Wohnungsversorgung im Prinzip für jede Haushaltsgröße gesondert ermittelt werden muss. Eine solchermaßen angelegte Analyse soll im Folgenden durchgeführt werden.

## Analyse der Wohnungsversorgung nach Haushaltsgrößen ist genauer

Die Entwicklung des Wohnungsbestandes in den einzelnen Segmenten war in den vergangenen Jahrzehnten recht unterschiedlich. Sie spiegelt in langfristiger Sicht die strukturellen Veränderungen in der Wohnungsnachfrage wider, die sich insbesondere aufgrund der demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen ergeben haben.

Schaubild 5 zeigt deutlich eine Tendenz zu größeren Wohnungen. Hatte 1950 noch etwa jede sechste Wohnung nur einen Raum oder zwei Räume (einschließlich Küche oder Kochnische) und etwas mehr als jede vierte Wohnung drei Räume, so halbierte sich der

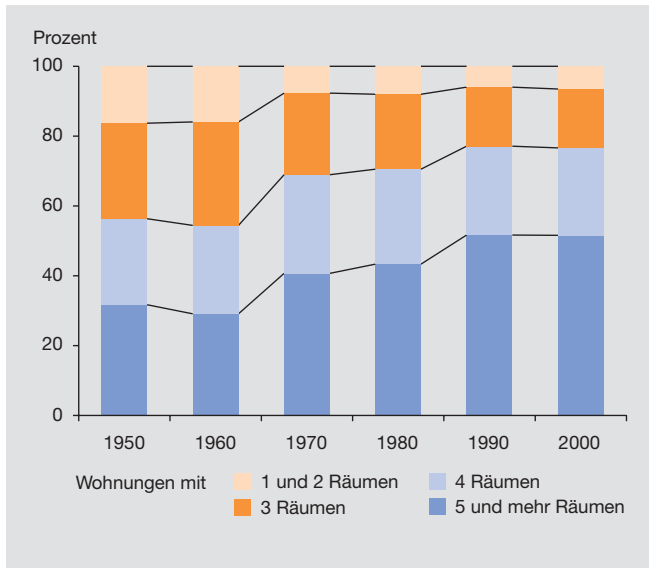
Deutliche Tendenz zu größeren Wohnungen setzt Maßstäbe

3) Der Wunsch, in einer eigenständigen Wohnung zu leben, ist bei Einpersonenhaushalten u. a. vom Lebenskonzept abhängig. So ist der vorübergehende, oft beruflich oder durch eine Ausbildung bedingte Status eines Einpersonenhaushalts von einem solchen zu unterscheiden, der dauerhaft akzeptiert oder gar gewollt ist (Singlehaushalt).



S 5

## Wohnungsbestand 1950–2000 nach der Zahl der Räume

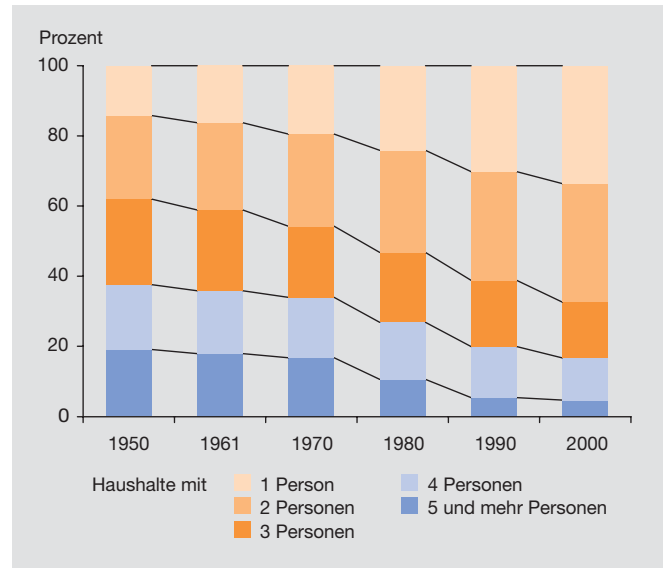


Anteil der Kleinstwohnungen bis zur Gebäude- und Wohnungszählung 1987 auf etwa 6%. Seither ist er wieder leicht gestiegen. Der Anteil der Wohnungen mit drei Räumen ging bis 1987 um 10 Prozentpunkte auf 17% zurück und blieb danach stabil. Der Anteil der Wohnungen mit vier Räumen war relativ konstant. Er schwankte von 1950 bis 2000 zwischen etwa 24 und 28%. Im Jahr 2000 war er mit 25% genau so hoch wie im Jahr 1950. Auffällig ist dagegen der starke Anstieg des Anteils großer Wohnungen: Zählte 1950 ein knappes Drittel zur Kategorie der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, so waren es bei den nächsten Zählungen 1968 bereits 40% und 1987 mehr als die Hälfte. Seither blieb der Anteil fast konstant.

Die Gegenüberstellung der Bestandsstrukturen von Wohnungen und Haushalten zeigt eine gegenläufige Entwicklung: Seit 1950

S 6

## Privathaushalte 1950–2000 nach der Zahl der Haushaltsmitglieder



wurden deutlich mehr große Wohnungen gebaut als kleine. Andererseits nahm die Zahl der großen Haushalte immer mehr ab, während insbesondere die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte stark anstieg. Wesentliche Ursachen hierfür liegen im gesellschaftlichen Wandel und in der demographischen Entwicklung.<sup>4)</sup>

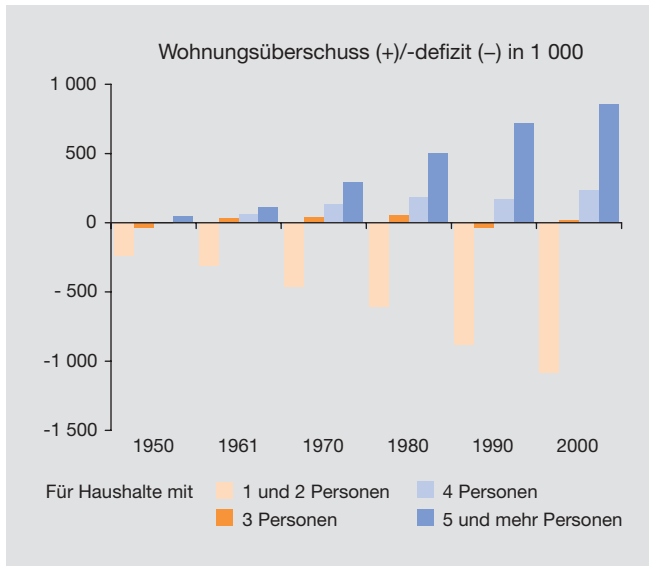
Der Wohnungsmarkt polarisierte sich zunehmend in seinen Segmenten. Während sich die Wohnungsversorgung der Großhaushalte stetig verbesserte und sogar Wohnungsüberschüsse bei den Segmenten der großen Wohnungen einsetzten, zeigte sich bei der Wohnungsversorgung der Kleinhaushalte ein entgegengesetzter Trend. Das Angebot konnte in diesem Teil des Wohnungsmarktes mit der Entwicklung bei den Haushalten nicht mithalten. Der Ausgleich am Markt wird dadurch realisiert, dass kleine Haushalte große Wohnungen belegen, unabhängig davon, ob dies ihren Präferenzen entspricht oder nicht.

Gegenläufige Entwicklung der Bestandsstrukturen von Haushalten und Wohnungen ...

4) Vgl. dazu ausführlicher Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050. Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Bad Ems 2004, S. 205 ff.

S 7

## Wohnungsüberschüsse (+)/-defizite (-) 1950–2000



...führt zur Belegung von großen Wohnungen durch kleine Haushalte oder zu Leerständen

Diese unzureichende größenstrukturelle Übereinstimmung von Wohnungen und Haushalten hat folgende Konsequenzen: Erstens generiert sie einen Anpassungsbedarf in dem Ausmaß, wie Haushalte keine ihrer Größe und/oder ihren Präferenzen entsprechenden Wohnungen vorfinden. Zweitens kann es zu Leerständen kommen, weil bestimmte Wohnungstypen nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang nachgefragt werden. Mit anderen Worten: Wohnungsmangel und Wohnungsüberschüsse (Leerstände) können gleichzeitig und an denselben Orten auftreten. Das Problem verschärft sich tendenziell, soweit für die Haushalte neben der Größe auch andere, qualitative Aspekte bei der Auswahl des Wohnraums eine Rolle spielen.

Es zeichnete sich in den vergangenen Jahren bereits ab, dass zukünftig am

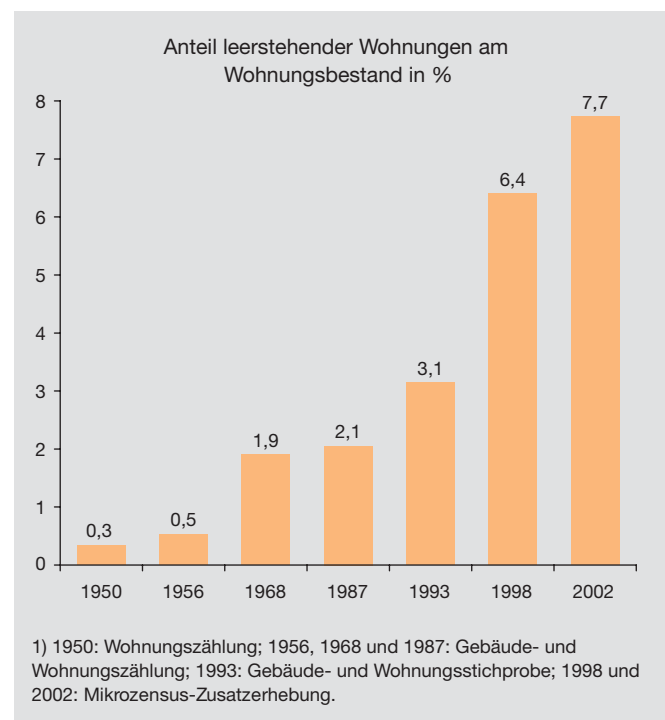
Wohnungsmarkt trotz eines zahlenmäßig ausreichenden Wohnungsangebots die haushaltadäquaten Wohnungstypen kaum in ausreichendem Umfang vorzufinden sind. Nach Expertenmeinung ist die typische Familienwohnung mit fünf oder noch mehr Räumen ein „Auslaufmodell“. Der Haushalt der Zukunft ist eher klein (Ein-Kind-Familien, allein erziehende Elternteile, Singlehaushalte) und fragt eine flexibel nutzbare, unter Umständen hochwertige Kleinwohnung nach.

Typische Familienwohnung gilt als „Auslaufmodell“

Das heißt wiederum: Die Leerstände, die verstärkt festzustellen sind (siehe Schaubild 8)<sup>5)</sup>, verkörpern nicht nur lokale Überangebote. Oft liegen sie eher in qualitativen Ursachen begründet: Der Wohnraum ist nicht mehr akzeptabel nutzbar oder ökonomisch rentabel bewohnbar zu machen.

S 8

## Wohnungsleerstände 1950–2002<sup>1)</sup>



5) Neuere Untersuchungen lassen allerdings vermuten, dass insbesondere die Ergebnisse der Mikrozensus-Erhebungen den Umfang der Wohnungsleerstände deutlich überschätzen.

## T 1

### Wohnungsüberschuss (+)/-defizit (-) 2003 bei Berücksichtigung unterschiedlicher Wohnraumreserven

Zahl der Räume bzw. Haushalts- mitglieder	Wohnungen	Haushalte	Wohnungsüberschuss (+)/-defizit (-)			
			ohne Fluktuations-/ Wohnraum- reserve	mit Fluktuations-/Wohnraumreserve von ...		
				1%	3%	6%
1 und 2	121 218	1 241 491	-1 120 273	-1 121 486	-1 123 910	-1 127 547
3	312 413	278 200	34 213	31 089	24 841	15 468
4	462 495	227 700	234 795	230 170	220 920	207 045
5 und mehr	972 793	82 000	890 793	881 065	861 609	832 425
Insgesamt	1 868 919	1 829 391	39 528	20 838	- 16 540	- 72 608

### Wie gut ist die Wohnungsversorgung wirklich?

Die – vor allem von den Erfahrungen in den neuen Bundesländern geprägte – Debatte um Wohnungsleerstände wirft natürlich die Frage auf, ob es gegenwärtig (und zukünftig) in Rheinland-Pfalz überhaupt noch einen Bedarf für zusätzliche Wohnungen gibt.

Abgesehen davon, dass die Bedürfnisse der Haushalte hinsichtlich des Wohnens auch in der Zukunft einem Wandel unterliegen dürften, ergibt sich auch gegenwärtig, unter anderem aufgrund der geschilderten strukturellen Diskrepanzen, ein „Nachholbedarf“. Dieser kann sich in Zukunft – gegebenenfalls noch über einen Mehrbedarf durch eine Zunahme der Zahl der Haushalte hinaus – in eine Wohnungsnachfrage manifestieren, soweit es die Kaufkraft der Haushalte zulässt.<sup>6)</sup>

Wie hoch dieser Nachholbedarf ausfällt, hängt im Wesentlichen auch davon ab, welche Wohnraumreserven man für notwendig hält, um den Wohnungsmarkt funktionsfähig zu halten. Dementsprechend kann sich der rechnerisch für das Jahr 2003 ermittelte Wohnungsüberschuss von rund 39 500 Wohnungen in ein Defizit in Höhe von 72 600 Wohnungen verwandeln (siehe Schaubild 9).<sup>7)</sup>

Derzeit:  
Defizit nur bei  
höher ange-  
setzter Wohn-  
raumreserve

### Angestrebte Verbesserung der Wohnungsversorgung seit 1950 praktisch erreicht

Gleichgültig, welchen Indikator man als Maßstab heranzieht: Die Wohnungsversorgung hat sich in Rheinland-Pfalz seit 1950 deutlich verbessert. Die angestrebte Versorgungsquote ist praktisch erreicht. Dennoch wird leicht übersehen, dass nicht nur in einigen Teilsegmenten des „offiziellen“ Wohnungsmarkts ein gewisser Anpassungsbedarf gegeben ist (Kleinhaushalte). Vielmehr bleibt in der Regel eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Trägern des Wohnungsbedarfs aus der Betrachtung ausgeblendet, weil sie als Haushalte statistisch nicht greifbar sind. Gemeint sind die Obdachlosen und Nichtsesshaften, denen natürlich auch

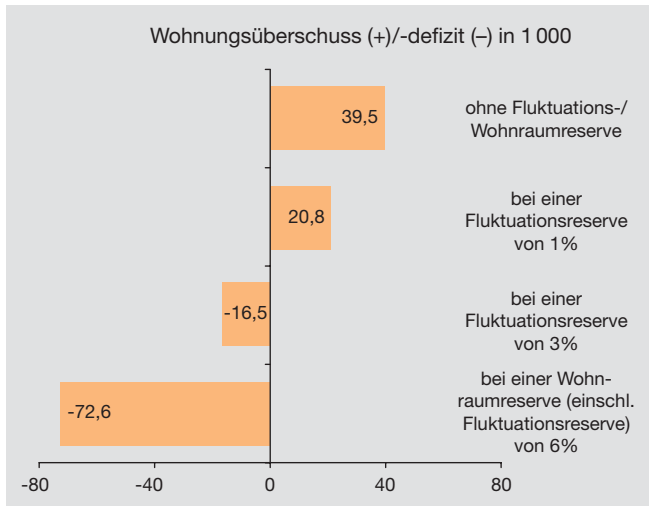
Wohnungslose  
statistisch  
nicht berück-  
sichtigt

6) Zum zukünftigen Wohnungsbedarf in Rheinland-Pfalz siehe ausführlich Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050. Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Bad Ems 2004, S. 235 ff.

7) Wohnungsbestand (eventuell abzüglich einer Fluktuations-/Wohnraumreserve) minus der Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf (das ist die Gesamtzahl der Privathaushalte abzüglich der Einpersonen-Untermieterhaushalte ohne Wohnungsbedarf). Dabei wurde eine (aus Ergebnissen der Volkszählung 1987 ermittelte) Untermieterquote von 6,9% berücksichtigt. Ferner wurde unterstellt, dass nur 10% dieser Einpersonen-Untermieterhaushalte einen Wohnungsbedarf haben.

S 9

## Wohnungsüberschuss (+)/-defizit (-) 2003 bei Berücksichtigung unterschiedlicher Wohnraumreserven



eine Wohnung zugebilligt werden muss, soweit sie denn überhaupt in einer solchen zu wohnen wünschen.

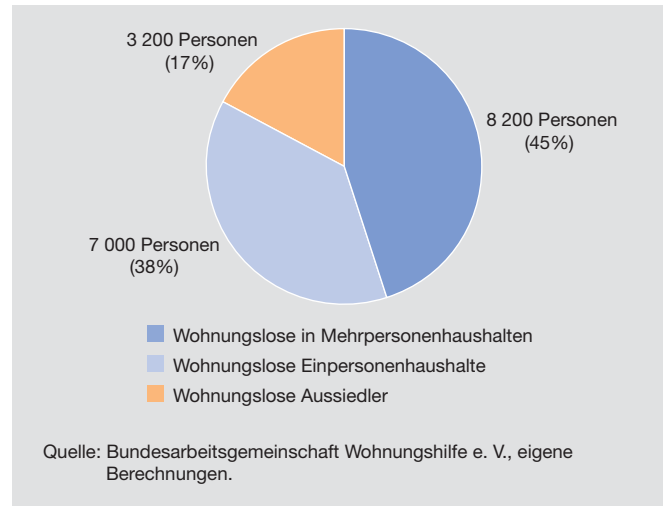
Über das Ausmaß der Wohnungslosigkeit ist wenig bekannt. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAGW) in Bielefeld gab es – nach stark rückläufigen Zahlen in den vergangenen Jahren – im Jahr 2003 bundesweit etwa 375 000 wohnungslose Personen. Bricht man diese Zahl auf Rheinland-Pfalz herunter (entsprechend dem Anteil der rheinland-pfälzischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Deutschlands), so ergibt sich eine Zahl von etwa 18 400 Wohnungslosen.<sup>8)</sup>

8) Nach Auskunft der BAGW liegen keine regionalisierten Daten vor. Bei den ausgewiesenen Zahlen handelt es sich um globale Schätzungen.

9) Wie hoch der Anteil derjenigen ist, die wirklich in der Lage sind, selbständig einen Haushalt zu führen, und bei denen daher tatsächlich ein Wohnungsbedarf entsteht, ist nicht bekannt. Viele Obdachlose bedürfen aber möglicherweise eher einer Heimunterbringung. Von daher wäre es plausibel, diesen Zusatzbedarf tendenziell nach unten zu korrigieren.

S 10

## Wohnungslose Personen in Rheinland-Pfalz 2003



Dies ändert zwar nichts am grundsätzlichen Ergebnis (die oben genannten Wohnungsbedarfszahlen würden sich schätzungsweise in der Größenordnung von 10 000 erhöhen<sup>9)</sup>), weist jedoch – neben den Leerstandszahlen – auf einen weiteren Punkt hin, an dem die „amtlich“ ermittelten Zahlen korrigiert werden müssen.

Alles in allem zeigt sich, dass die Datenlage zur Beurteilung der Wohnungsversorgung nicht optimal ist. Die letzten Vollerhebungen des Wohnungsbestandes und der Haushalte liegen mittlerweile 18 Jahre zurück. Fortschreibungen und Stichprobenerhebungen können eine solche Vollerhebung nicht dauerhaft ersetzen.

Dr. Stefan Weil ist Referent im Referat Analysen und Prognosen, Forschungsdaten.

Anm. der Redaktion:

Literaturhinweise und Quellennachweise zu diesem Beitrag können beim Autor (stefan.weil@statistik.rlp.de, Telefon 02603 71-1510) erfragt werden.

## Campingtourismus in Rheinland-Pfalz 2004



Von Wolfgang Ellermeyer

Dem Tourismus kommt in Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung zu. Im Jahr 2004 konnten die Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe des Landes mehr als 8 Mill. Gäste aus dem In- und Ausland begrüßen. Das waren 2,6% mehr als im Jahr zuvor. Das Übernachtungsvolumen lag mit 25,6 Mill. knapp unter dem Niveau des Jahres 2003. Der Teilbereich des Campingtourismus (der in Rheinland-Pfalz auch die Dauercamper einschließt) hat dabei mit seinen rund 250 statistisch erfassten Plätzen einen hohen Stellenwert. Mit einem Aufkommen von etwa 4,5 Mill. Übernachtungen, das entspricht einem Anteil von 17%, liegt er noch vor den Privatquartieren (13%). Höhere Übernachtungszahlen verzeichnen in Rheinland-Pfalz nur die Hotels (30%).

### Rheinland-Pfalz im Ländervergleich auf Rang 6

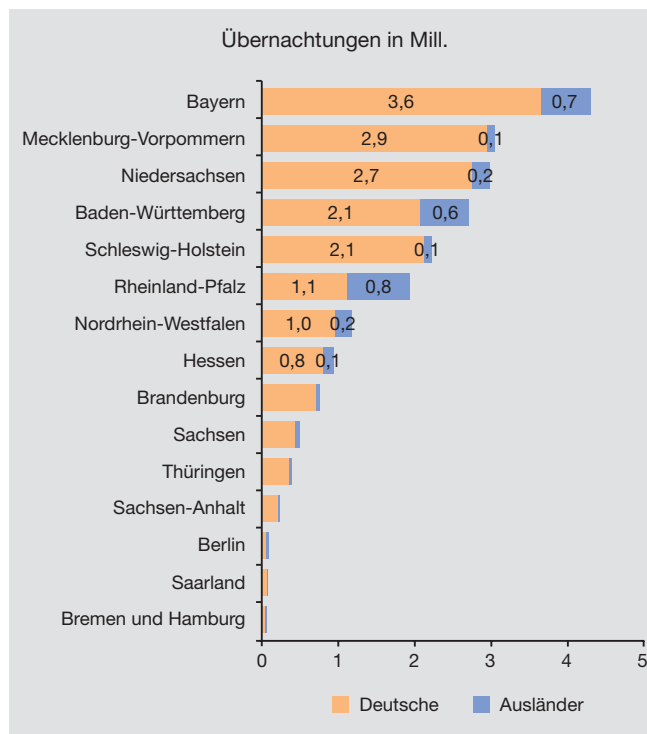
Fast 10% der Übernachtungen auf deutschen Campingplätzen entfallen auf Rheinland-Pfalz

Im vergangenen Jahr wurden auf fast 2400 Campingplätzen bundesweit 21,4 Mill. Übernachtungen von Urlaubscampern gezählt, das heißt von Gästen, die im Gegensatz zu den Dauercampers höchstens zwei Monate auf einem Platz gecamppt hatten. In der Rangfolge der Länder steht Rheinland-Pfalz gemessen an der Zahl der Übernachtungen hinter Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein auf Platz 6. Auf diese sechs Länder entfielen vier Fünftel der Übernachtungen von kürzer verweilenden Campinggästen.

Der wesentliche Grund für die schwerpunktmäßige Verteilung auf die genannten wenigen Länder dürfte darin liegen, dass sich der Campingtourismus überwiegend

S 1

### Urlaubscamping von Deutschen und Ausländern 2004 nach Bundesländern



auf Regionen konzentriert, die landschaftlich besonders reizvoll sind. Die Möglichkeit, die Natur intensiv zu erleben, gehört sicherlich mit zu den wichtigsten Motiven beim Urlaub auf Campingplätzen. 42 % der Campingübernachtungen wurden so in den im Süden Deutschlands gelegenen Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verzeichnet, die mit ihren Gebirgs- bzw. Mittelgebirgslandschaften zum Wandern einladen. Weitere 38 % entfielen auf Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die Länder mit den Küstenregionen an Nord- und Ostsee.

Während die Gästezahlen im vergangenen Jahr bundesweit um 9 % zurückgegangen sind, war in Rheinland-Pfalz ein leichter Zuwachs von 0,4 % zu verzeichnen. In den meisten anderen Bundesländern hat die Zahl der Campingurlauber zum Teil deutlich abgenommen; eine Ausnahme bildeten neben Rheinland-Pfalz nur Sachsen (+5,3 %) und Nordrhein-Westfalen (+18,2 %).

Gegen den Bundestrend: In Rheinland-Pfalz leichte Zunahme der Gästezahlen

### Besonders hoher Anteil von Ausländern unter den Urlaubscampers in Rheinland-Pfalz

43 % der Übernachtungen von Urlaubscampers in Rheinland-Pfalz entfallen auf Ausländer. Mit diesem Anteil rangiert das Land an der Spitze aller Bundesländer. Begünstigend für Rheinland-Pfalz als Urlaubsland

## Datenbasis

### Bundesstatistik erfasst „Urlaubscamper“

#### Statistik auf Landesebene berücksichtigt auch „Dauercamper“

Die bundeseinheitliche Rechtsgrundlage zur Erfassung der monatlichen Zahl der Gäste und Übernachtungen auf Campingplätzen ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsgesetz).

Aufgrund der Zielsetzung des Gesetzes werden nur Reisende berücksichtigt, die sich vorübergehend an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. In den Bundesergebnissen für den Campingtourismus wird deshalb nur das kurzzeitige Urlaubs- bzw. Reiseverkehrscamping berücksichtigt, das heißt die Unterbringung von Personen, die vorübergehend bis zu zwei Monate an einem anderen Ort verbleiben.

Abweichend von dieser Regelung werden in Rheinland-Pfalz zusätzlich monatlich auch die Angaben für das längerfristige Dauercamping erfasst. Hierunter ist die Anmietung eines Stellplatzes in der Regel für länger als zwei Monate gegen ein pauschales Entgelt zu verstehen. Die Ermittlung der Gäste- und Übernachtungszahlen für das Dauercamping erfolgt auf freiwilliger Basis bei den Campingplatzhaltern. Eine Differenzierung nach dem Herkunftsland der Gäste wird dabei nicht vorgenommen.

## T 1

### Urlaubscamping 2004 nach Bundesländern

Land	Camping- plätze <sup>1)</sup>	Stell- plätze <sup>2)</sup>	Übernachtungen	
			insgesamt	Aus- länder- anteil
		Anzahl		
Baden-Württemberg	261	20 060	2 697 272	23,5
Bayern	406	35 118	4 295 834	15,2
Berlin	6	720	88 721	37,2
Brandenburg	176	11 150	755 198	6,4
Bremen und Hamburg	5	283	67 197	22,6
Hessen	170	13 453	942 975	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	170	22 945	3 044 207	3,3
Niedersachsen	285	25 517	2 985 238	8,2
Nordrhein-Westfalen	198	13 129	1 168 049	18,1
Rheinland-Pfalz	252	19 719	1 933 982	42,8
Saarland	28	1 315	87 388	13,7
Sachsen	97	6 938	488 846	10,8
Sachsen-Anhalt	61	4 654	241 799	9,4
Schleswig-Holstein	217	16 984	2 220 139	4,6
Thüringen	54	3 932	394 498	8,3
Deutschland	2 386	195 917	21 411 343	14,6

1) Plätze für Urlaubscamping; Stand Juli 2004. - 2) Angebotene Stellplätze für Urlaubscamping; Stand Juli 2004.



dürfte in diesem Zusammenhang seine zentrale Lage im Herzen Europas sein.

Niederländer stellen die größte Besuchergruppe

Unter den im Jahr 2004 fast 827 000 Übernachtungen von Urlaubscampern aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland hatten die Niederländer den mit Abstand größten Anteil (81,5%). Auf sie entfielen drei Viertel des gesamten Gästeaufkommens aus dem Ausland. Gegenüber dem Jahr 2003 ist die Zahl der niederländischen Gäste jedoch um 1,2% und die Zahl ihrer Übernachtungen um 2,2% zurückgegangen. An zweiter Stelle folgten die Belgier mit 6,5% der Übernachtungen ausländischer Urlaubscamper. Das Gästeaufkommen aus diesem Nachbarland hat um fast 10% zugenommen. Die Übernachtungszahlen der Belgier konnten gegenüber 2003 um 7% ausgeweitet werden. Camper aus Großbritannien stellten gemessen an den Übernachtungszahlen das drittgrößte Kontingent (4,3%), gefolgt von Dänen (2,4%). Zweistellige Zuwachsraten sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen waren bei Campingtouristen aus Österreich, aus der Schweiz sowie aus Australien und Neuseeland zu beobachten. Der Anteil dieser Nationalitäten am gesamten rheinland-pfälzischen Campingtourismus ist jedoch gering.

Gäste- und Übernachtungszahlen der Niederländer rückläufig, Belgien legt zu

## 2004 Rekordergebnis in Rheinland-Pfalz: Die meisten Gäste seit 1995

In Rheinland-Pfalz sind derzeit in der amtlichen Statistik 252 genehmigungspflichtige Campingplätze berücksichtigt. Ein Campingplatz ist dabei als abgegrenztes Gelände definiert, das jedermann zum Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Wohnmobilen oder Zelten zugänglich ist. Nach

T 2

## Campingtourismus<sup>1)</sup> in Rheinland-Pfalz 1995–2004

Jahr	Campingplätze	Gäste			Übernachtungen		
		insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Anteil der Dauercamper	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Anteil der Dauercamper
		Anzahl	%		Anzahl	%	
1995	246	931 871	-4,6	45,1	4 553 572	0,5	57,5
1996	246	909 454	-2,4	46,4	4 462 667	-2,0	59,3
1997	246	878 152	-3,4	44,3	4 549 786	2,0	60,1
1998	251	873 219	-0,6	44,3	4 551 992	0,0	61,2
1999	251	864 738	-1,0	43,2	4 557 441	0,1	60,9
2000	251	863 364	-0,2	42,2	4 503 731	-1,2	59,8
2001	250	863 151	0,0	43,5	4 485 178	-0,4	59,7
2002	250	907 406	5,1	43,9	4 523 680	0,9	59,0
2003	248	937 287	3,3	40,6	4 494 852	-0,6	56,8
2004	252	949 948	1,4	41,2	4 456 535	-0,9	56,6

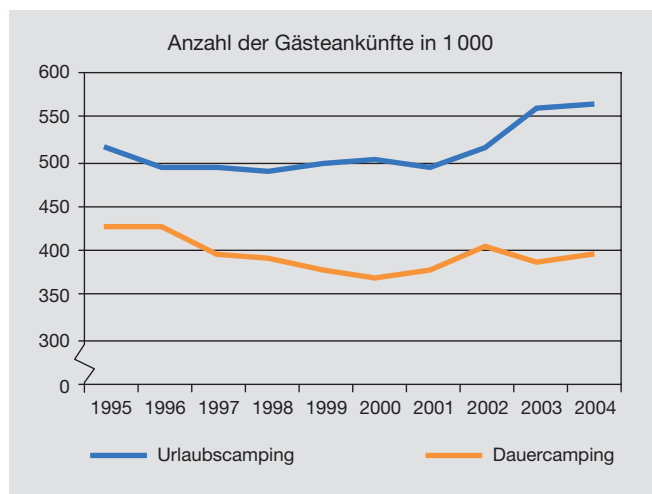
1) Urlaubs- und Dauercamping.

kontinuierlichen Rückgängen in den Jahren 1995 bis 2000 ist seit dem Jahr 2002 wieder ein Anstieg der Gästezahlen im rheinland-pfälzischen Campingtourismus zu beobachten. Mit insgesamt fast 950 000 Gästen – Urlaubs- und Dauercampern – wurde im Jahr 2004 ein Rekordergebnis erzielt. Dies gilt auch für die in dieser Zahl enthaltenen 558 800 Urlaubscamper.

Daneben umfasst die Gesamtzahl der Gäste annähernd 400 000 bzw. rund 41% so genannte Dauercamper. Neben dem kurzzeitigen Urlaubscamping wird im Rahmen der rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik auch das längerfristige Dauercamping erfasst. Hierunter ist die Anmietung eines Stellplatzes in der Regel für länger als zwei Monate gegen ein pauschales Entgelt zu verstehen (siehe hierzu auch Kasten Datenbasis). Die Zahl der Dauercamper hat auch 2004 die hohen Werte der Jahre 1995 und 1996 nicht wieder erreichen können.

In Rheinland-Pfalz spielt das Dauercamping eine bedeutende Rolle

## S 2

Urlaubs- und Dauercamper  
in Rheinland-Pfalz 1995–2004

Rückgang der durchschnittlichen Verweildauer im Camping-tourismus

Die Übernachtungszahlen auf den Campingplätzen bewegen sich seit Jahren ziemlich konstant in einer Größenordnung um 4,5 Mill., wobei mehr als die Hälfte der Übernachtungen auf das längerfristige Dauercamping entfällt. Mit einer Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer von 4,8 auf 4,7 Tage ging in den Jahren 2003 und 2004 ein leichter Rückgang der Übernachtungen um 0,6 bzw. 0,9% einher.

## T 3

Campingtourismus<sup>1)</sup> 2004 nach  
Fremdenverkehrsgebieten

Fremdenverkehrs- gebiet	Cam- ping- plätze	Gäste		Übernachtungen	
		insgesamt	Verän- derung zum Vorjahr	insgesamt	Verän- derung zum Vorjahr
		Anzahl	%	Anzahl	%
Rheintal	24	115 144	4,1	454 331	-6,1
Eifel/Ahr	57	209 314	-2,3	929 364	-0,7
Mosel/Saar	55	195 009	6,1	836 568	1,7
Westerwald/Lahn/Taunus	54	176 599	-4,0	1 079 751	-4,2
Pfalz	37	138 245	5,6	717 938	7,6
Rheinhessen und Hunsrück/Nahe/Glan	25	115 637	1,7	438 583	-4,2
Rheinland-Pfalz	252	949 948	1,4	4 456 535	-0,9

1) Urlaubs- und Dauercamping.

Bei der Interpretation der vorgenannten Zahlen sollte jedoch berücksichtigt werden, dass die genaue Ermittlung der Dauercampinggäste und ihrer Übernachtungen für die Campingplatzbetreiber häufig mit Problemen verbunden ist, da sich dieser Personenkreis in der Regel bei der Anreise nicht an- bzw. bei der Abreise nicht abmeldet. In den übermittelten Zahlen dürften daher Schätzanteile enthalten sein.

Region Westerwald/Lahn/Taunus mit  
den meisten Übernachtungen

Ein Viertel der Übernachtungen entfiel im vergangenen Jahr auf die 54 Campingplätze im Fremdenverkehrsgebiet Westerwald/Lahn/Taunus, wo neben Natur insbesondere Freizeitaktivitäten wie Wandern, Töpfern, Reiten oder Segeln angeboten werden. In der Region Eifel/Ahr mit ihren Maaren vulkanischen Ursprungs und den Themenparks zum Vulkanismus wurden 20% der Übernachtungen verzeichnet. 57 Plätze bieten hier Möglichkeiten für den Erholungs-, Aktiv- und Sporturlauber. Wassersport und Radwandern entlang der beiden Flüsse laden zum Aufenthalt auf den 55 Plätzen der Fremdenverkehrsregion Mosel/Saar ein. Mit über 800 000 Übernachtungen erreichte diese Region einen Anteil von 19%. Fast zwei Drittel der Übernachtungen entfielen damit auf die vorgenannten drei Fremdenverkehrsgebiete. In der südlichsten Ferienregion des Landes, der Pfalz, wurden auf 37 Plätzen fast 718 000 Übernachtungen gezählt (Anteil: 16%). Ein Fünftel der Übernachtungen entfiel auf die drei übrigen Gebiete Rheintal, Rheinhessen und Hunsrück/Nahe/Glan.

Auf drei Fremdenverkehrsgebiete entfallen fast zwei Drittel der Übernachtungen

## T 4

Campingtourismus 2004 nach Gebietskörperschaften und ausgewählten Landkreisen<sup>1)</sup>

Kreisfreie Städte Landkreise	Camping- plätze	Gäste		Übernachtungen	
		insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr
		Anzahl	%	Anzahl	%
Kreisfreie Städte	5	39 608	7,1	79 982	-2,4
Landkreise	247	910 340	1,1	4 376 553	-0,8
darunter					
Ahrweiler	19	121 987	-4,1	498 307	-9,2
Westerwaldkreis	15	84 058	0,0	401 477	-6,0
Bitburg-Prüm	29	70 638	-2,9	392 590	2,2
Trier-Saarburg	21	71 306	0,1	340 514	-3,0
Neuwied	22	38 950	1,4	320 523	-0,7
Altenkirchen (Ww.)	6	22 468	-1,8	317 070	-0,5
Cochem-Zell	19	54 870	-5,4	272 079	-5,5
Bernkastel-Wittlich	19	58 798	32,7	247 366	15,0
Rhein-Lahn-Kreis	21	61 950	-7,0	236 011	-0,4
Südwestpfalz	8	38 565	21,2	191 727	17,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	6	61 608	0,6	167 927	-3,2
Bad Dürkheim	4	42 661	2,6	165 938	3,5
Kaiserslautern	7	13 498	-4,9	151 436	-0,5
Daun	8	31 107	-1,7	128 152	-4,5
Bad Kreuznach	10	38 067	4,1	121 611	-3,8
Rheinland-Pfalz	252	949 948	1,4	4 456 535	-0,9

1) Urlaubs- und Dauercamping. Nachweis einzelner Landkreise mit mehr als 100 000 Übernachtungen im Jahr 2004.

Aus Datenschutzgründen werden die Ergebnisse für Rheinhessen und die Region Hunsrück/Nahe/Glan zu einer Summe zusammengefasst. Anderenfalls wären Rückschlüsse auf die Gäste- und Übernachtungszahlen der beiden in Rheinhessen erfassten Campingplätze möglich.

### Landkreis Ahrweiler liegt weit vorn

Auf der regionalen Ebene der rheinland-pfälzischen Landkreise und kreisfreien Städte sind Aussagen zum Campingtou-

rismus in Anbetracht der geringen Fallzahlen aus Datenschutzgründen nur mit Einschränkungen möglich. Mit knapp einer halben Million wurde das höchste Übernachtungsaufkommen im vergangenen Jahr im Landkreis Ahrweiler ermittelt. Hier befinden sich 19 Campingplätze. Es folgten der Westerwaldkreis und der Landkreis Bitburg-Prüm mit jeweils rund 400 000 Übernachtungen auf 15 bzw. 29 Plätzen. Jeweils mehr als 300 000 Übernachtungen weisen die Landkreise Trier-Saarburg, Neuwied und Altenkirchen aus.

### Übernachtungsrückgang im ersten Halbjahr 2005

Im ersten Halbjahr 2005 blieb die Zahl der Campinggäste mit knapp 370 000 gegenüber dem ersten Halbjahr 2004 unverändert. Gleichzeitig gingen die Übernachtungen in diesem Zeitraum leicht um 0,4% auf 1,7 Mill. zurück. Ob die Entwicklung durch positive Zahlen in den Saisonmonaten Juli bis Oktober verbessert werden kann, bleibt abzuwarten.

Wolfgang Ellermeyer, Betriebswirt (VWA), leitet das Sachgebiet Handel, Gastgewerbe, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

## Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

### ifo Geschäftsklimaindex steigt

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Trotz des hohen Ölpreises und der Unsicherheit darüber, von wem Deutschland künftig regiert wird, hat sich der ifo Geschäftsklimaindex überraschend widerstandsfähig gezeigt. Während es im August noch einen leichten Rückgang gegeben hatte, stieg der Gesamtindex im September von 94,6 auf 96 Punkte und damit auf den höchsten Stand seit acht Monaten. Experten sehen weiterhin Anzeichen für eine langsam anziehende Konjunktur in Deutschland.

Die vom ifo Institut befragten Unternehmen haben vor allem ihre Geschäftslage deutlich besser beurteilt als noch im August. Der Lageindex kletterte von 93,8 auf 96,4 Punkte. Eine wesentliche Ursache für diese spürbar verbesserte Lageeinschätzung dürften die in den vergangenen Monaten gestiegenen Auftragseingänge – vor allem aus dem Ausland – gewesen sein. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate sind dagegen nahezu unverändert geblieben. Der Erwartungsindex bewegte sich nur wenig von 95,4 auf 95,5 Punkte. Dabei haben die Unternehmen ihre Geschäftsaussichten nach der Bundestagswahl tendenziell ungünstiger eingestuft als davor.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima – nach dem Rückgang im August – deutlich verbessert. Verantwortlich dafür war die im Vergleich zum Vormonat wesentlich günstigere Lagebeurteilung. Die

Einschätzung der Geschäftsaussichten fiel etwas ungünstiger aus als noch im August.

In dem nach wie vor in der Krise steckenden Bauhauptgewerbe ist das Geschäftsklima im Vergleich zum August fast unverändert geblieben. Sowohl der Lage- als auch der Erwartungsindex haben sich kaum bewegt.

Im Großhandel hat sich das Geschäftsklima im September verbessert. Zwar waren die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate ungünstiger, dafür ist aber die Lageeinschätzung deutlich besser ausgefallen.

Auch im Einzelhandel war die Stimmung im September freundlicher. Bei den Einzelhändlern stagnierte im Vergleich zum August die Lageeinschätzung; die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wurden aber deutlich besser beurteilt.

Unverändertes Klima im Bauhauptgewerbe

Bessere Stimmung sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel

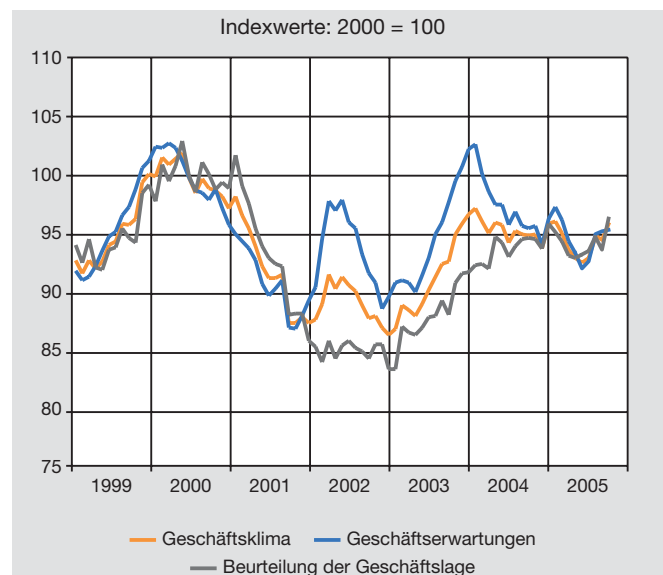
Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im September verbessert

Wesentlich verbesserte Lageeinschätzung, kaum veränderte Einschätzung der Geschäftserwartung

Aufgehelltes Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe

Stand:  
September  
2005

ifo Geschäftsklima Deutschland  
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft<sup>1)</sup>



<sup>1)</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

### Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – weiterer Rückgang im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Juni 2005 gegenüber dem Vorjahr um 3%

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Juni 2005 gegenüber dem Vorjahr wieder schwächer gestiegen als im Mai. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 3%. Im Mai 2005 wurde noch ein Plus von 5,2% registriert, nachdem der Zuwachs im April nur bei 1% gelegen hatte.

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungstechnischer Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie im verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Steigerung der Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Juni 2005 – wie bereits im Mai – von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Diesmal stieg die inländische Nachfrage sogar stärker an als die ausländische. Im Mai war mit +4,1% erstmals in diesem Jahr bei den Inlandsaufträgen eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat zu

verzeichnen gewesen. Diese Entwicklung setzte sich im Juni 2005 mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,2% fort. Die Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen dagegen real nur noch um 1,7% und blieben damit deutlich hinter dem Zuwachs vom Mai (+6,2%) zurück. Zum Jahreswechsel hatten die Steigerungsraten sogar noch bei über 10% gelegen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Juni 2005 real 5,8% weniger Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Zuletzt war im Mai ein Rückgang um 2,6% beobachtet worden. Davor hatte im April 2005 das Minus im Jahresvergleich sogar 11,1% betragen. Bei den Inlandsbestellungen haben sich die starken Rückgänge der letzten Monate weiter abgeschwächt. Sie lagen im Vergleich zum Juni 2004 um 3,4% niedriger. Im April 2005 gingen die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr noch um 12,7% zurück, nachdem im Februar mit –23,2% der stärkste Auftragseinbruch der letzten Jahre registriert worden war. Seit April dieses Jahres sind die Auftragseingänge aus dem Ausland ebenfalls rückläufig; sie sanken im Vorjahresvergleich um 9,8% im April und um 0,7% im Mai. Zuletzt verstärkte sich der Rückgang im Juni wieder auf 7,9% gegenüber dem Vorjahresmonat. Zum Jahreswechsel war es durch einige Großaufträge noch zu einem starken Auftragsplus gekommen.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Juni 2005 im Vorjahresvergleich um 2,8% an, nach zuletzt +1,7% im Mai. Davor war im April erstmals seit Oktober 2003 das Volumen der Auftragseingänge zurückgegangen (–1,2%). Bei den Inlandsbestellungen gab es nach zuletzt deutlichen Steigerungen (Mai: +8,1%) im Juni 2005 mit +9% gegenüber dem Vorjahresmonat sogar einen noch stärkeren

Aufträge im Fahrzeugbau zum fünften Mal in Folge niedriger als im Vorjahresmonat

Auftragseingänge im Maschinenbau weiter leicht im Plus – Inlandsaufträge stiegen bei rückläufigem Auslandsge-schäft



Zuwachs. Im März war hier noch ein Rückgang (–2,9%) registriert worden. Ganz anders verläuft derzeit das Auslandsgeschäft. Erstmals seit Oktober 2004 waren hier im April mit –3% rückläufige Auftragseingänge zu beobachten. Diese Entwicklung setzte sich im Mai und nun auch im Juni 2005 fort: Die Nachfrage aus dem Ausland ging im Vorjahresvergleich um 1,3% zurück.

Steigende Nachfrage aus dem In- und Ausland in der Metallherstellung und -verarbeitung

In der Metallherstellung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) stiegen die Auftragseingänge im Juni 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 4,6%. Nach dem Plus von 3,4% im Mai scheint die rückläufige Entwicklung von Anfang des Jahres (mit Rückgängen von mehr als 5%) überwunden zu sein. Sowohl die Inlandsbestellungen (+3,4% im Vergleich zum Juni 2004) als vor allem auch die Auftragseingänge aus dem Ausland (+6,6%) legten zu. Im Mai 2005 wurden im Inlandsgeschäft (+1,6%) wie im Auslandsgeschäft (+6,2%) noch niedrigere Nachfragezuwächse beobachtet.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit dem Vorjahr durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im Juni 2005 um 8,6% gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats. Damit wurden allerdings die hohen Zuwachsraten nicht mehr erreicht, die seit Ende 2004 auf etwa gleich bleibendem Niveau gelegen hatten – das Plus bei den Auftragseingängen bewegte sich zwischen 13,6% im April und 17,7% im Februar 2005. Die Inlandsaufträge zogen erstmals seit März 2004 im Jahresvergleich stärker an als die Aufträge aus dem Ausland. Die Inlandsnachfrage kam aber nicht mehr an die hohe Steigerungsrate vom Mai 2005 (+12,3%)

heran, sie erhöhte sich gegenüber Juni 2004 um 10%. Der Anstieg bei den Aufträgen aus dem Ausland fiel im Juni 2005 mit 7,7% deutlich schwächer aus als in den Vormonaten. Von Dezember 2004 bis Februar 2005 hatten die Zuwächse hier im Jahresvergleich jeweils über 20% gelegen; zuletzt waren es im Mai immerhin noch 15,2%.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Juni 2005 um 8,6% gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Verglichen mit Mai 2005 schwächte sich damit der Rückgang der Auftragseingänge leicht um 1,2 Prozentpunkte ab. Zuvor hatte es schon im März und April sinkende Auftragseingänge gegeben, nachdem um den Jahreswechsel drei Monate mit positiven Veränderungen zu verzeichnen waren.

Die Zahl der Baugenehmigungen war seit Anfang 2004 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat gesunken. Nachdem im Mai 2005 erstmals nach eineinhalb Jahren mit +2,1% wieder ein leichter Anstieg im Jahresvergleich eingetreten war, setzte sich diese Entwicklung im Juni mit einem Plus von 1,5% gegenüber Juni 2004 fort. Anfang 2005 war es noch zu den mit über 40% höchsten Rückgängen seit Jahren gekommen.

Weiterhin sinkende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei leicht steigender Zahl der Baugenehmigungen

## Umsätze im Einzelhandel leicht gestiegen – weiterhin Einbußen im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Nach der Umstellung der Statistiken in den Bereichen Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe auf einen neuen Berichter-

Berichtskreiswechsel im Handel und Gastgewerbe



statterkreis und der gleichzeitig erfolgten Umbasierung auf das Jahr 2003 stehen in diesen Branchen wieder Ergebnisse der Umsatzentwicklung zur Verfügung.

Die Einzelhandelsumsätze sind im Juni 2005 im Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber Juni 2004 preisbereinigt um 0,3% gestiegen. Damit lag der Umsatzzuwachs wieder niedriger als noch im April und Mai 2005 (jeweils +0,6%). Dennoch war nach den Rückgängen vom Februar und März 2005 bereits zum dritten Mal in Folge eine Zunahme im Jahresvergleich zu verzeichnen.

Leichte Zuwächse im Einzelhandel – erneut Umsatzeinbußen im Großhandel

Die Umsatzentwicklung im Großhandel stellte sich im Juni 2005 wieder rückläufig dar. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat sanken die realen Großhandelsumsätze um 0,9%. Nach der Stabilisierung im Mai kam es damit erneut zu einem Rückgang, der allerdings deutlich schwächer ausfiel als noch zu Beginn des Jahres.

Ungebrochener Abwärtstrend im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im Juni 2005 gegenüber dem Juni des Vorjahres real um 1,9%. Der Rückgang blieb damit leicht unter den Umsatzverlusten vom April (-2,4%) und Mai 2005 (-2,5%).

### Deutlicher Anstieg des Verbraucherpreisindex im September

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungssindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucherpreise im September um 2,7% gestiegen

Der Verbraucherpreisindex erreichte im September 2005 einen Wert von 109. Er lag damit um 2,7% über dem Stand vom September des Vorjahres. Seit Beginn der Berechnung des rheinland-pfälzischen Verbraucherpreisindex im Jahr 1995 wurde keine so hohe Jahresteuersatzrate ermittelt.

Dieser starke Preisanstieg ist aber nicht etwa Anzeichen einer konjunkturellen Über-

hitzung, sondern im Wesentlichen auf die mehrfache Erhöhung der Tabaksteuer und die kräftige Verteuerung von Ölprodukten zurückzuführen. Die Tabaksteuererhöhungen ließen die Preise in der Gütergruppe „alkoholischen Getränke und Tabakwaren“ im Vergleich zum September 2004 um 10,6% ansteigen. Die Entwicklung des Ölpreises führte bei den Gütern im Bereich Verkehr zu einem Preisanstieg um 6,3% und im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ um 3,5%.

### Arbeitslosenzahl fast unverändert

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

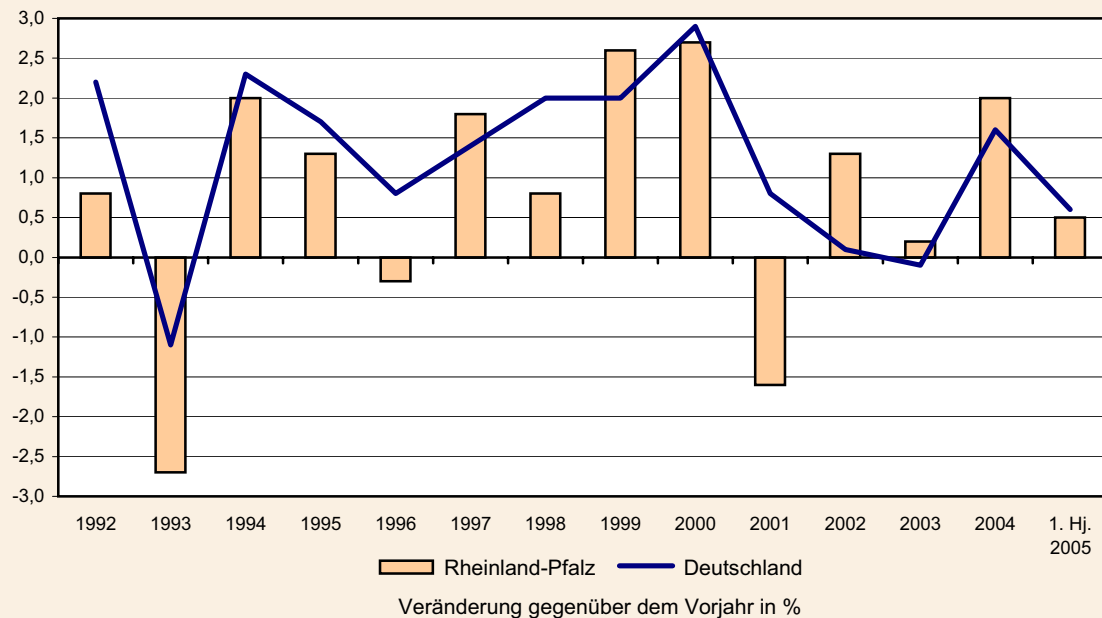
Im August gab es – bedingt durch die Urlaubszeit – wenig Bewegung auf den Arbeitsmärkten. Mitte August 2005 waren in Rheinland-Pfalz rund 175 800 Frauen und Männer ohne Arbeit – etwa 500 mehr als im Juli. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich auf 8,7% und ist damit im Vergleich zum Vormonat unverändert geblieben.

Arbeitslosenzahl hat sich im August nur wenig verändert

Im Vergleich zum August 2004 war die Zahl der Arbeitslosen um rund 20 000 bzw. 13% höher. Dieser deutliche Anstieg ist jedoch kein Indiz für eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung, sondern spiegelt immer noch die Arbeitsmarktreformen zu Beginn des Jahres wider.

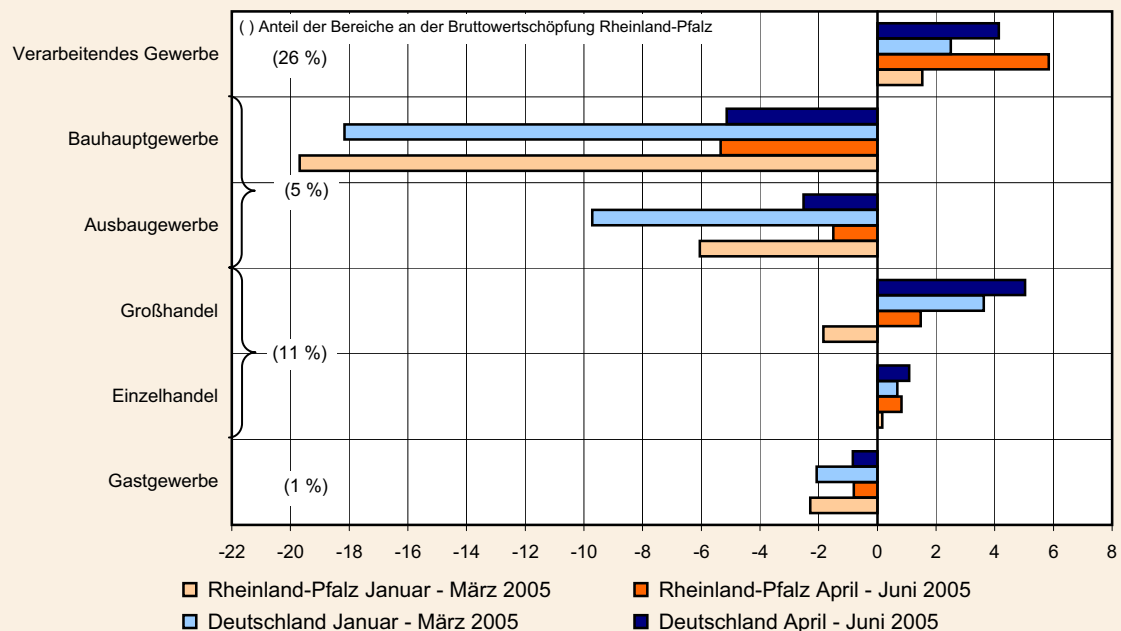
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

### Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland<sup>1)</sup> (Berechnungsstand: September 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2005 im Februar 2006.

### Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland

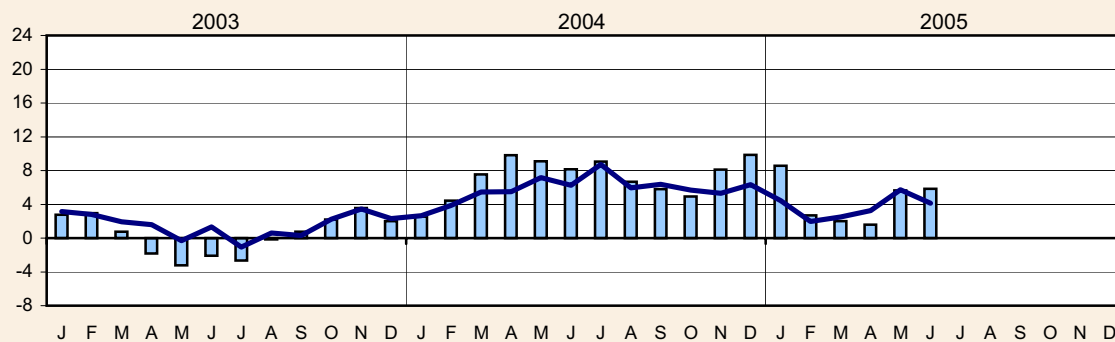


1) Ausbaugewerbe: Quartale.

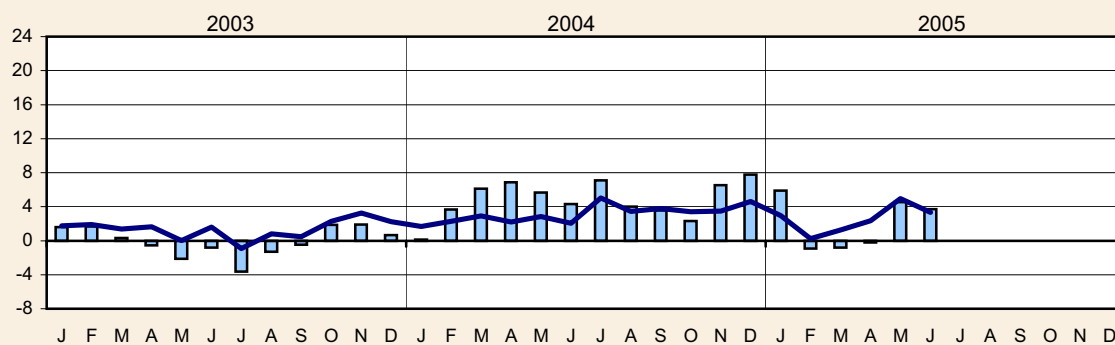
## Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

### Deutschland

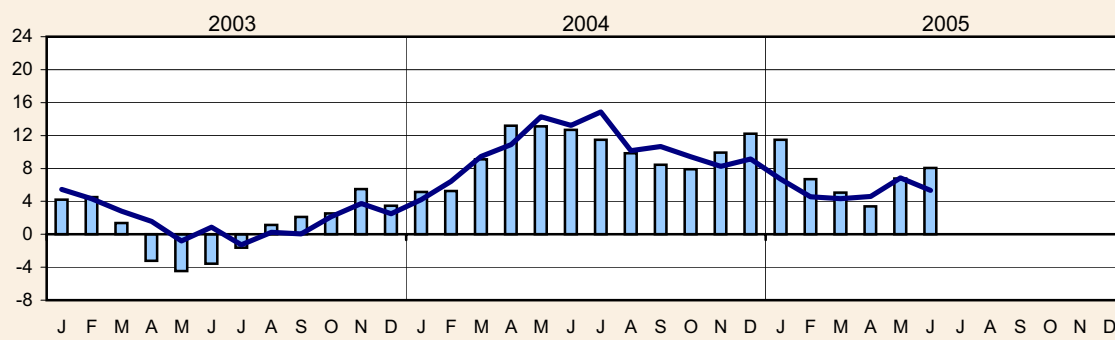
Insgesamt



Inland



Ausland



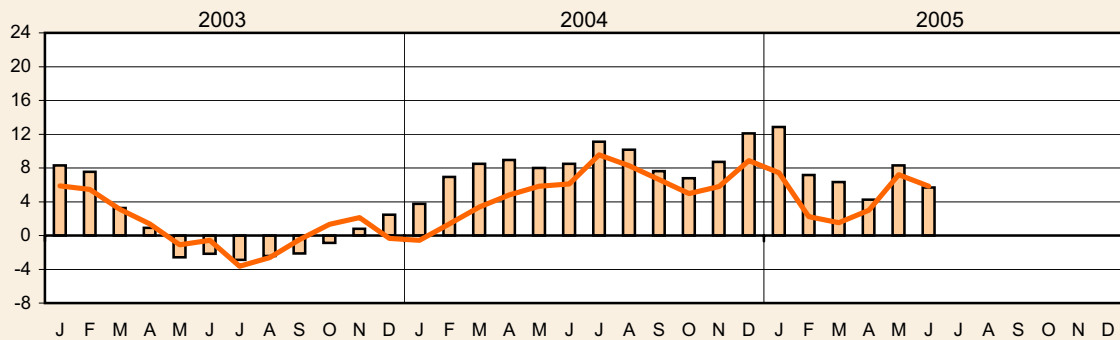
Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

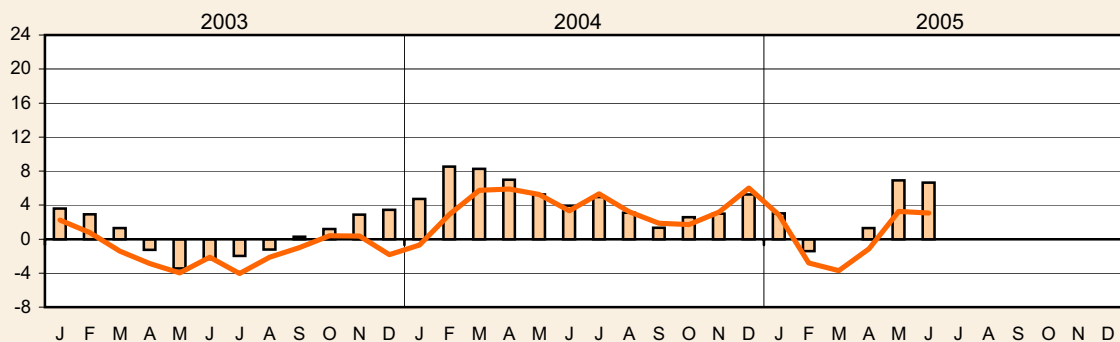
# Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

## Rheinland-Pfalz

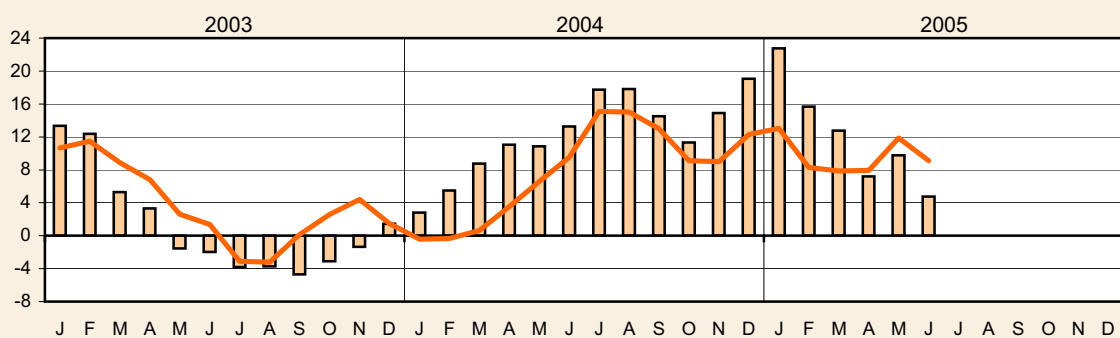
Insgesamt



Inland



Ausland

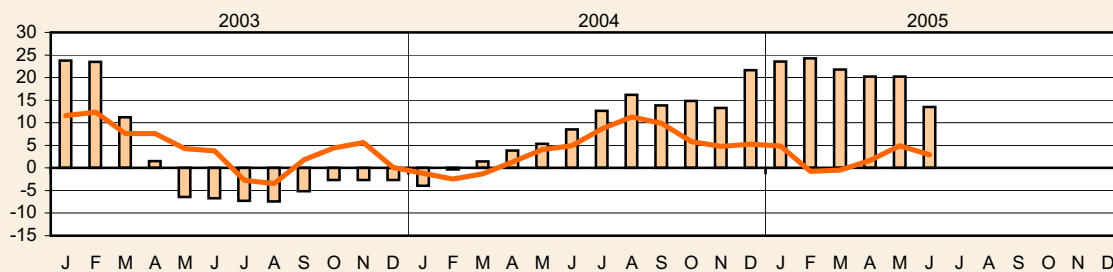


Auftragseingang Gesamtumsatz

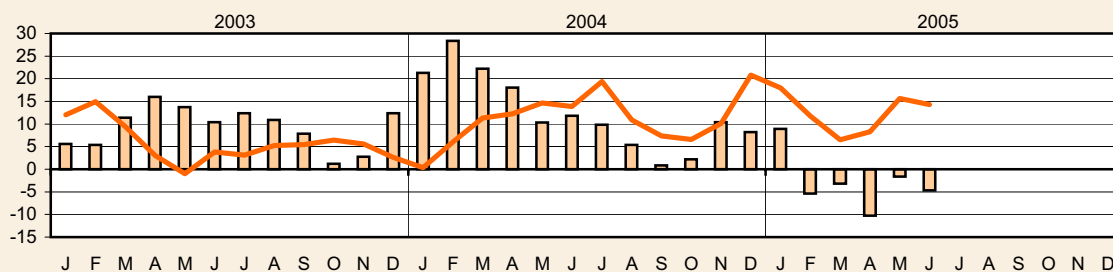
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

## Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

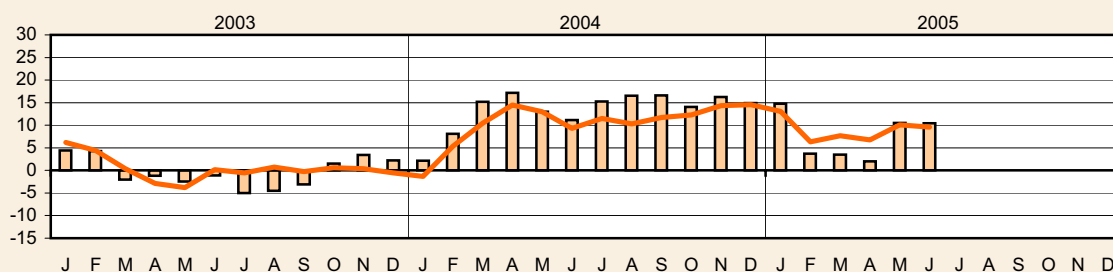
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



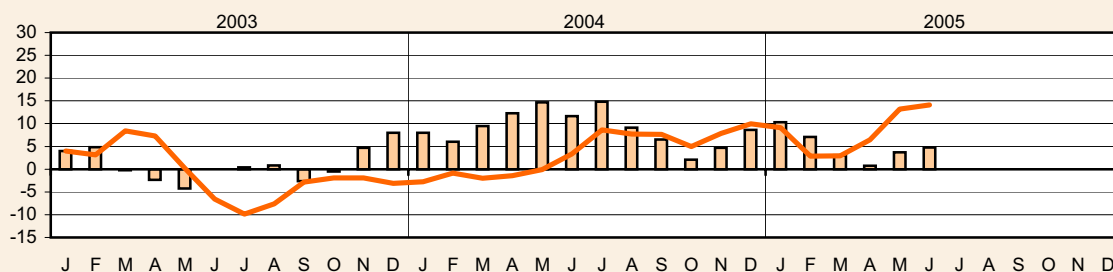
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



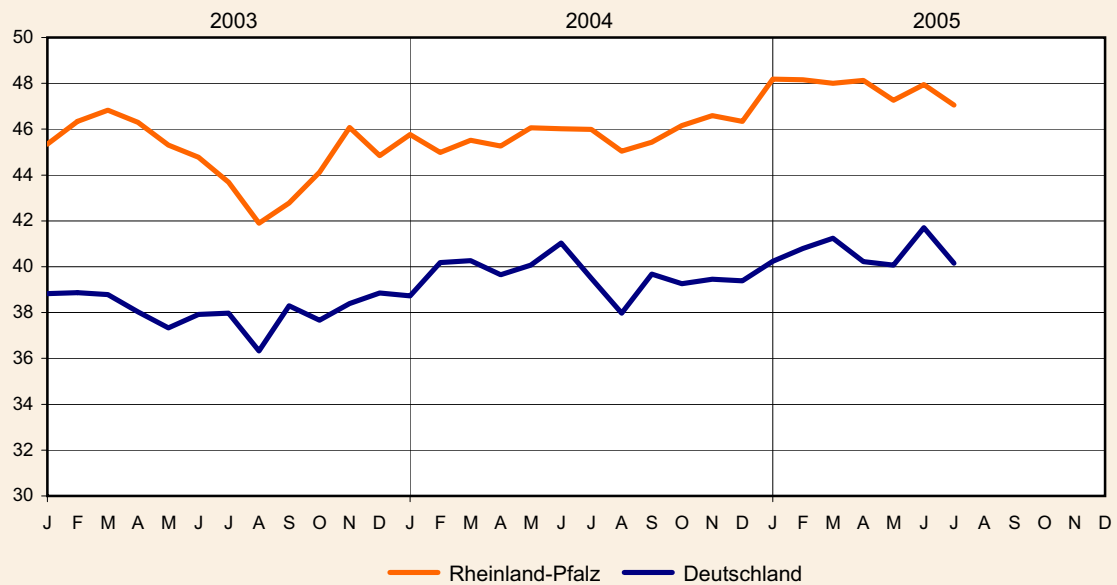
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

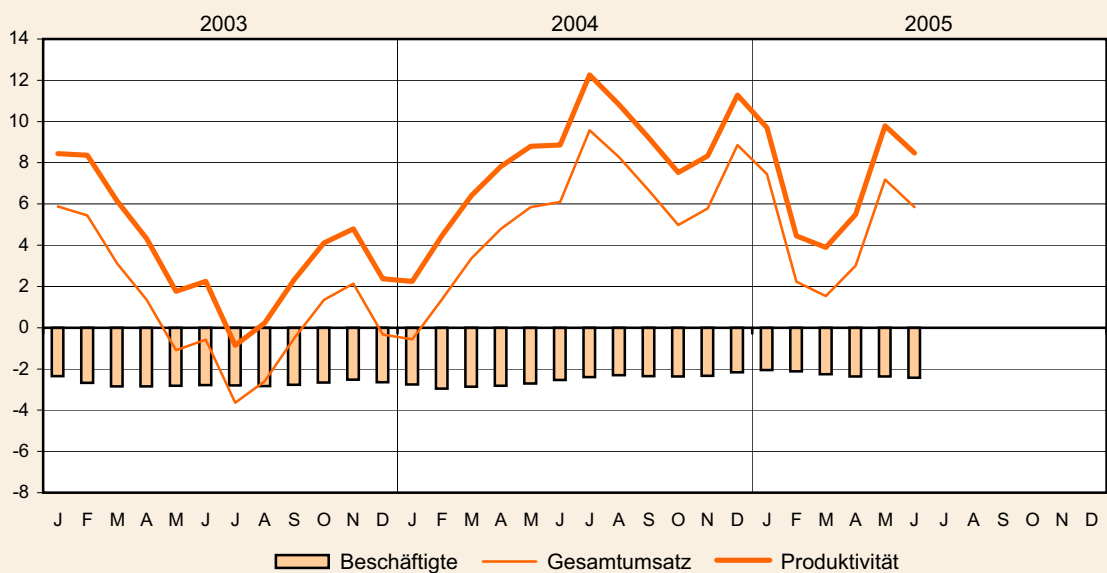
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

### Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

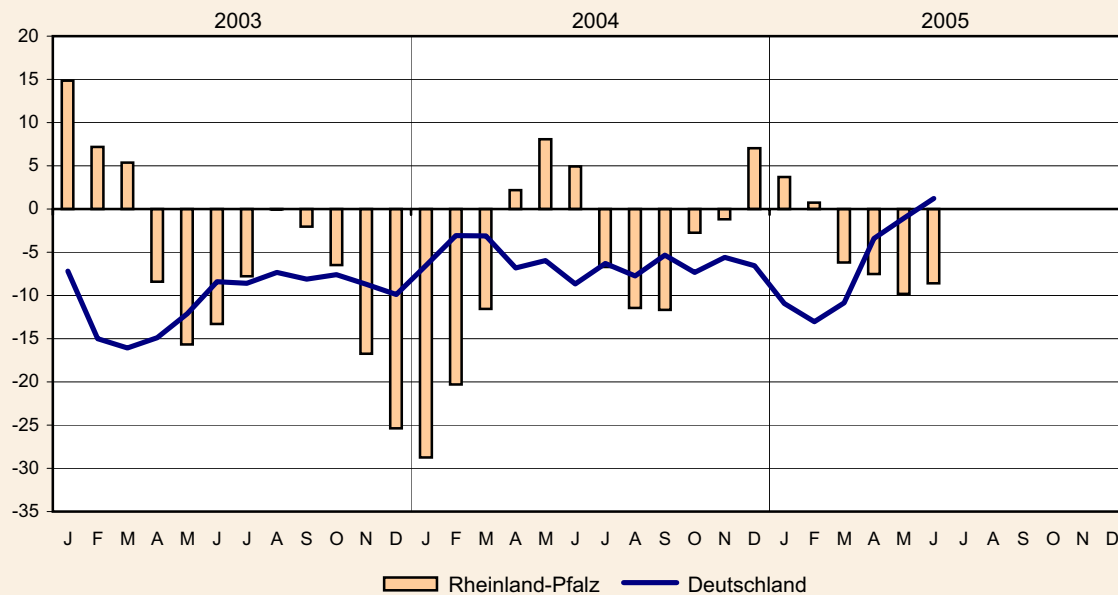


Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

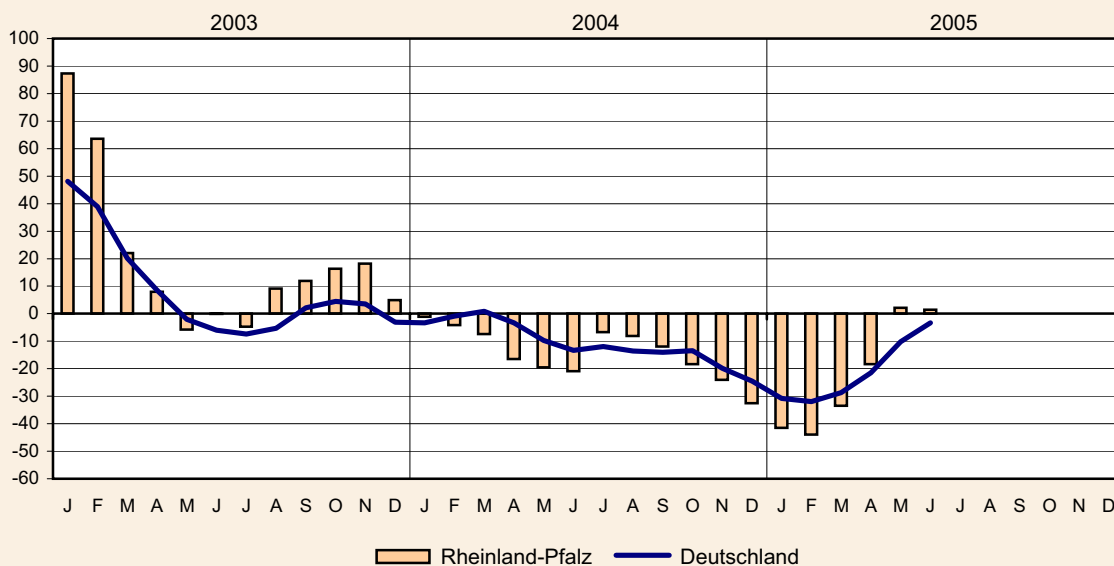


## Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



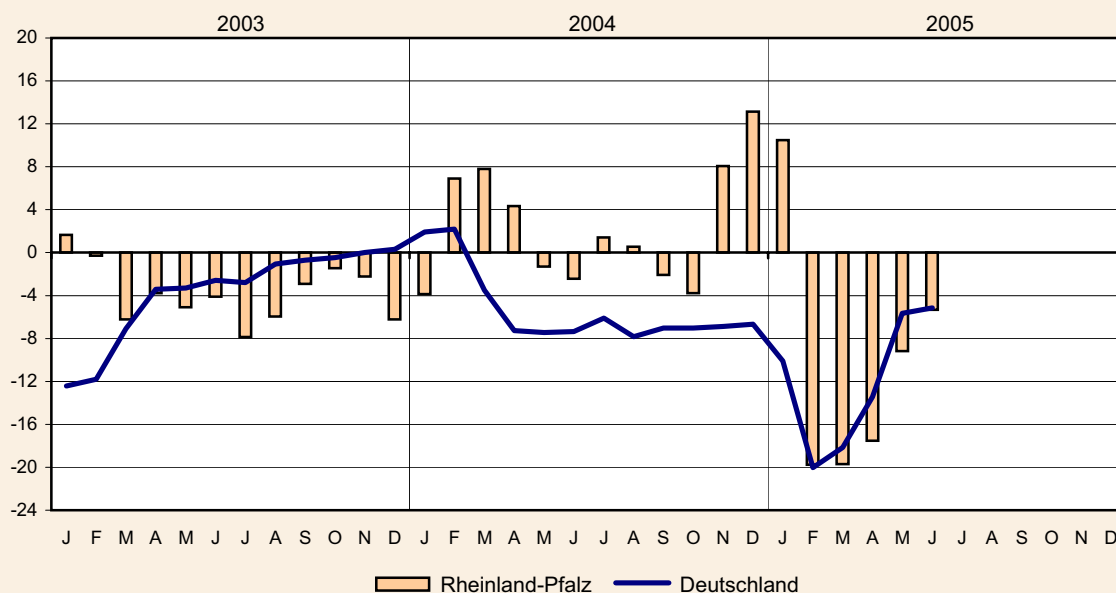
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

## Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

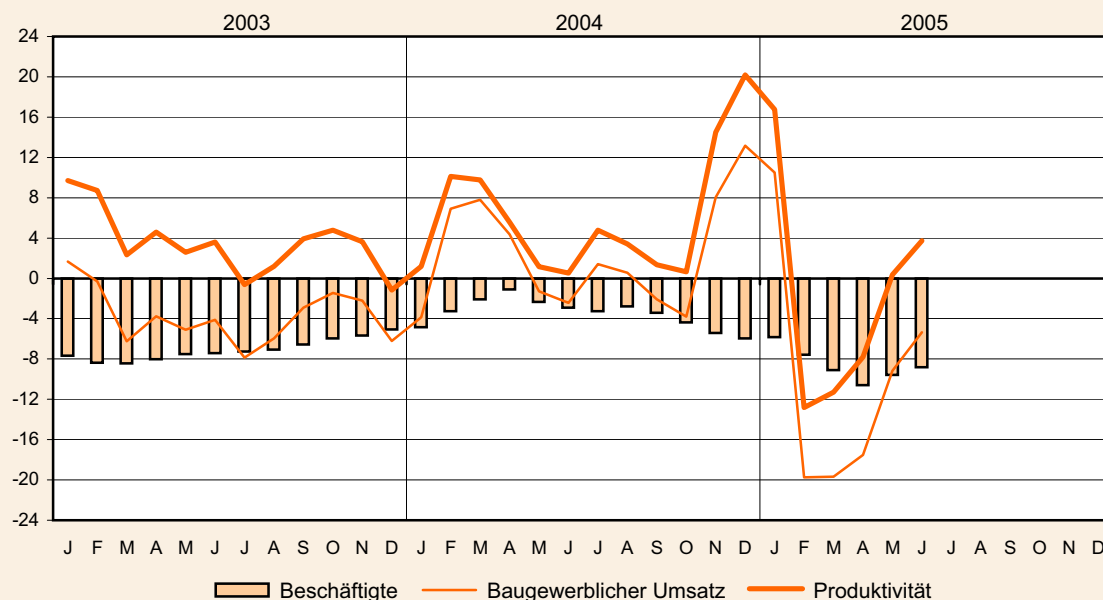
### Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

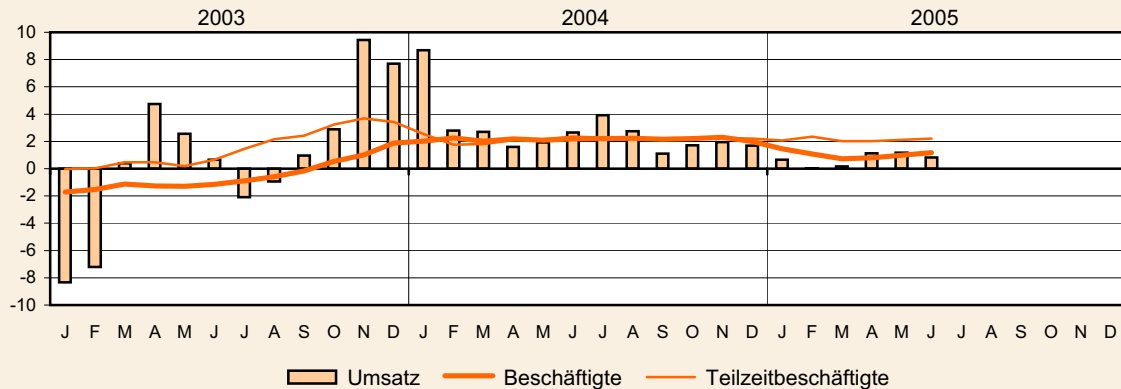
### Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



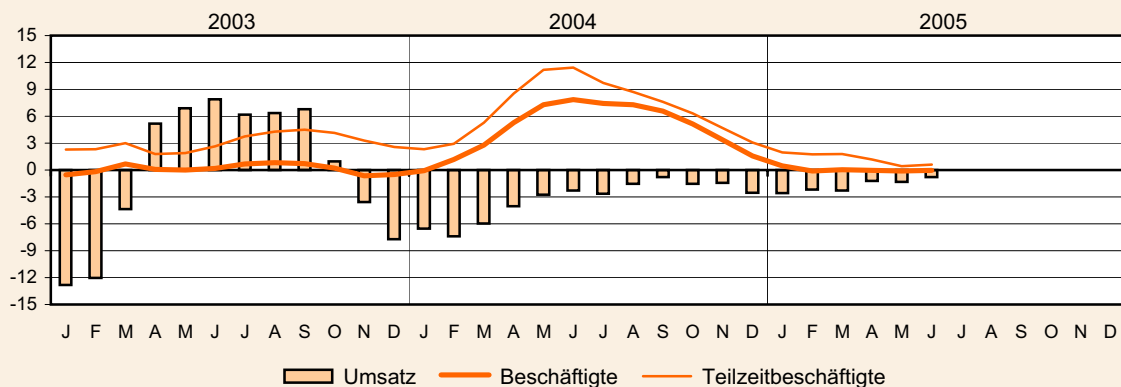
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

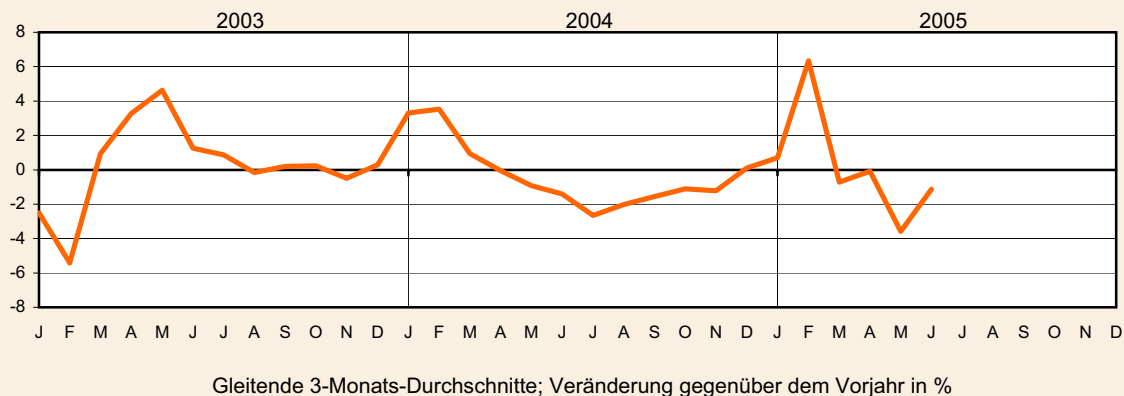
## Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



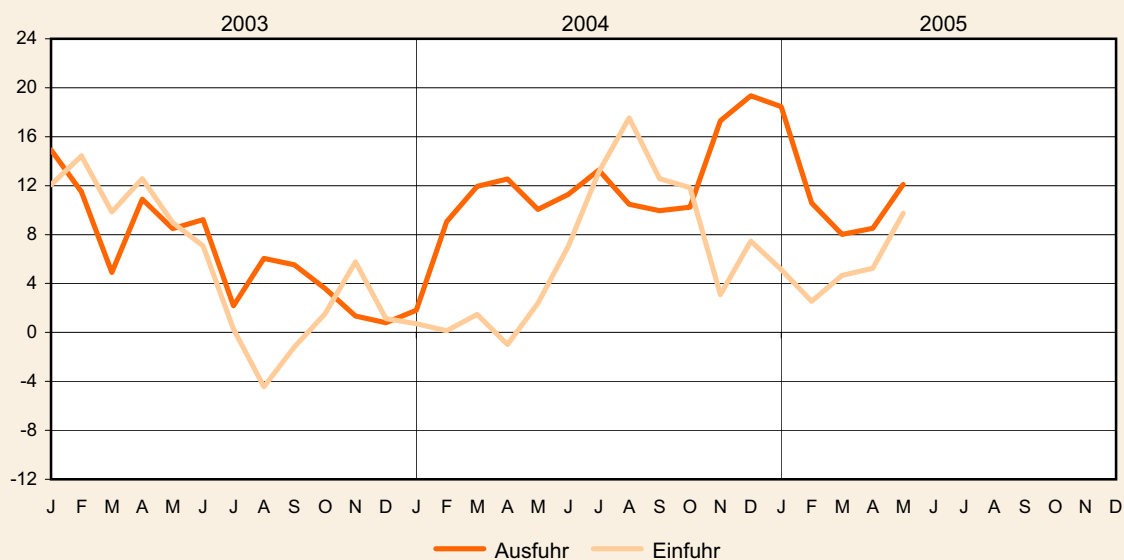
## Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



## Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

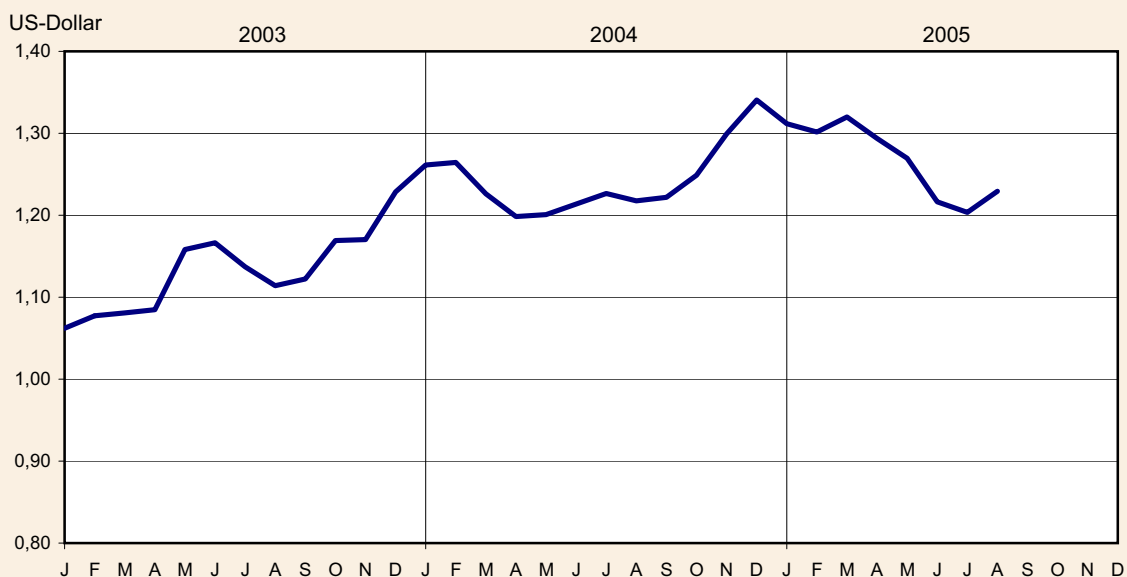


**Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz**  
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



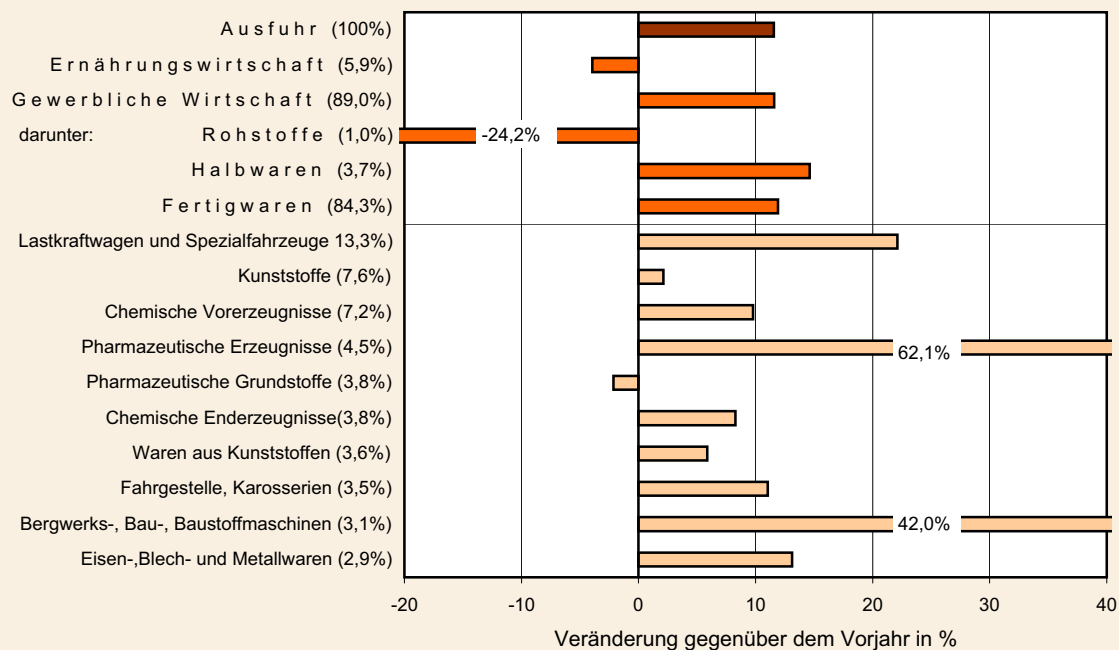
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank**  
**1 EUR = ... US-Dollar**  
(Monatsdurchschnitt)

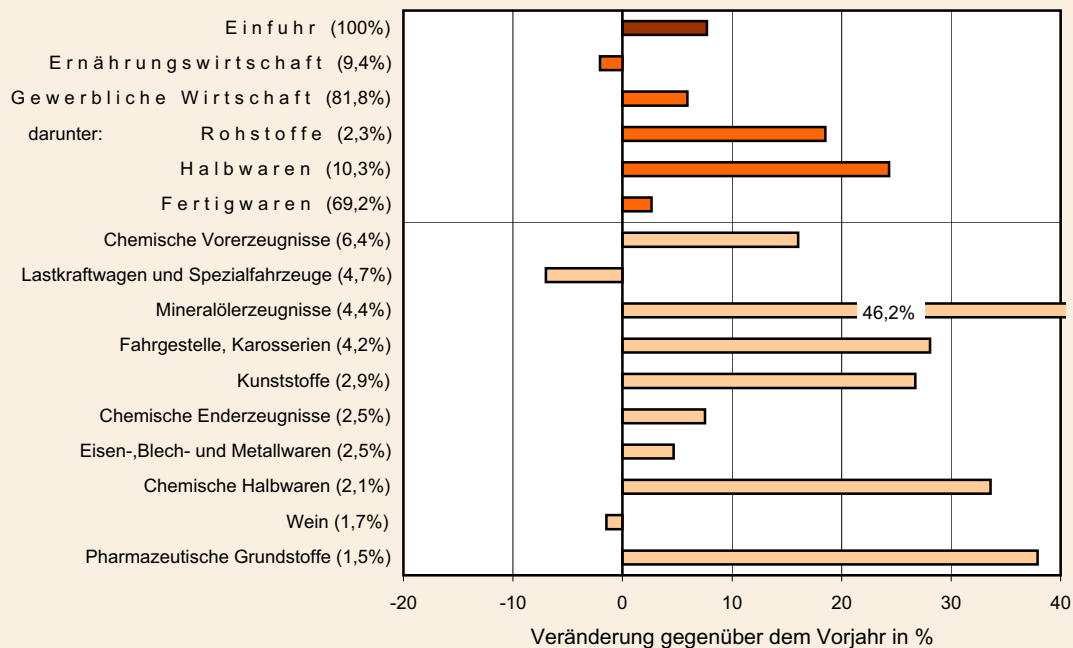


Quelle: Europäische Zentralbank.

**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(Juli 2004 - Juni 2005)

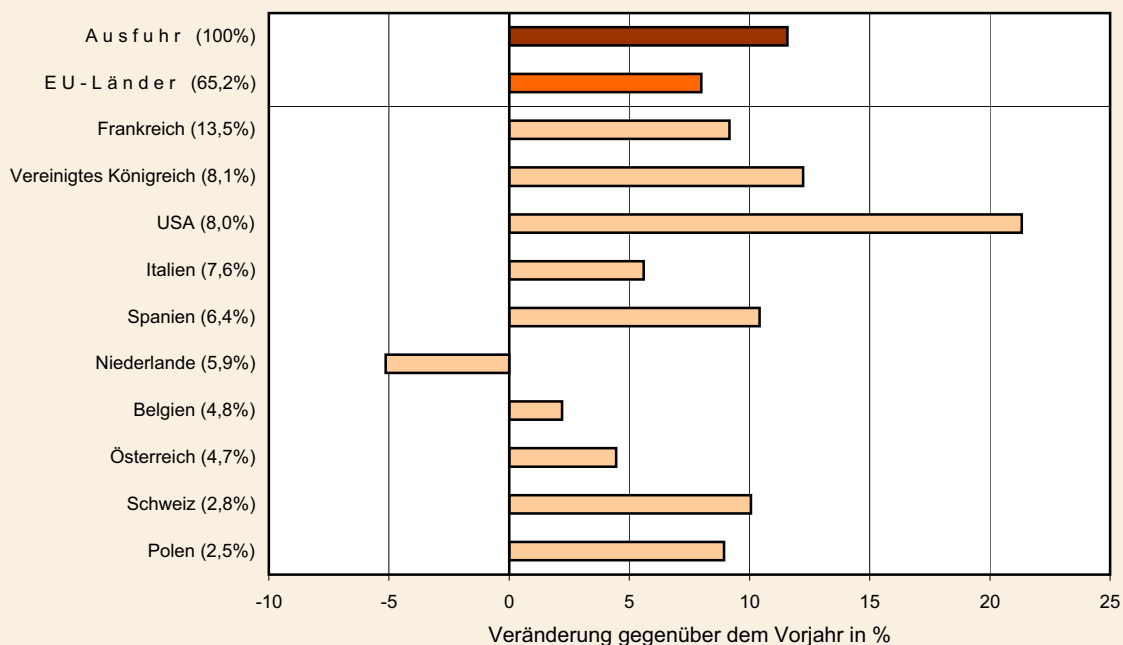


**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(Juli 2004 - Juni 2005)

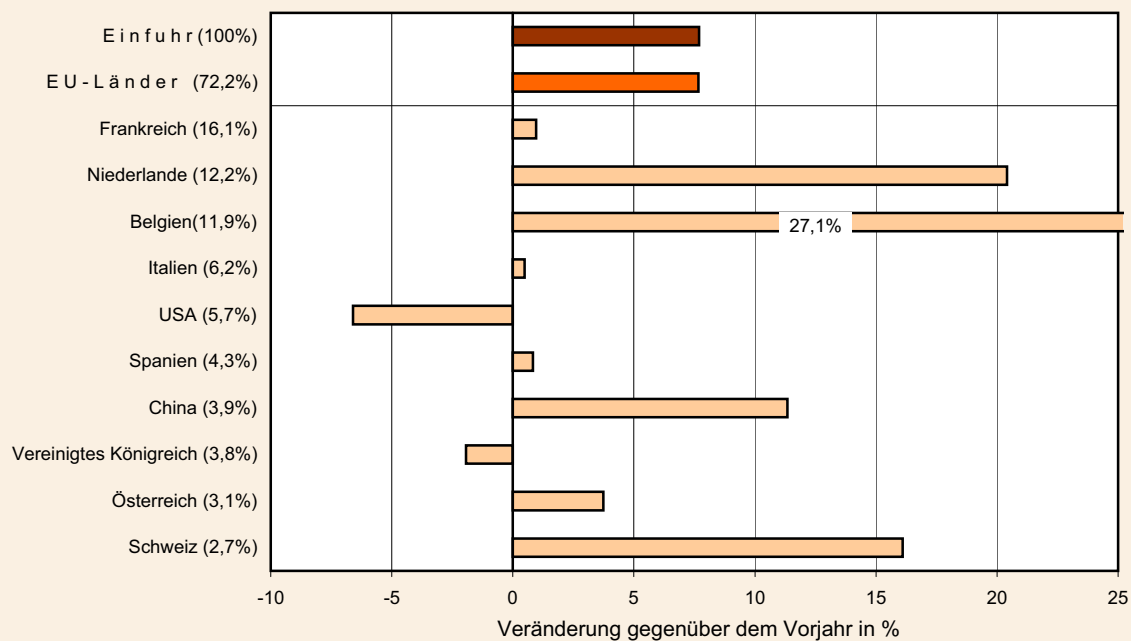


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer<sup>1)</sup>**  
(Juli 2004 - Juni 2005)



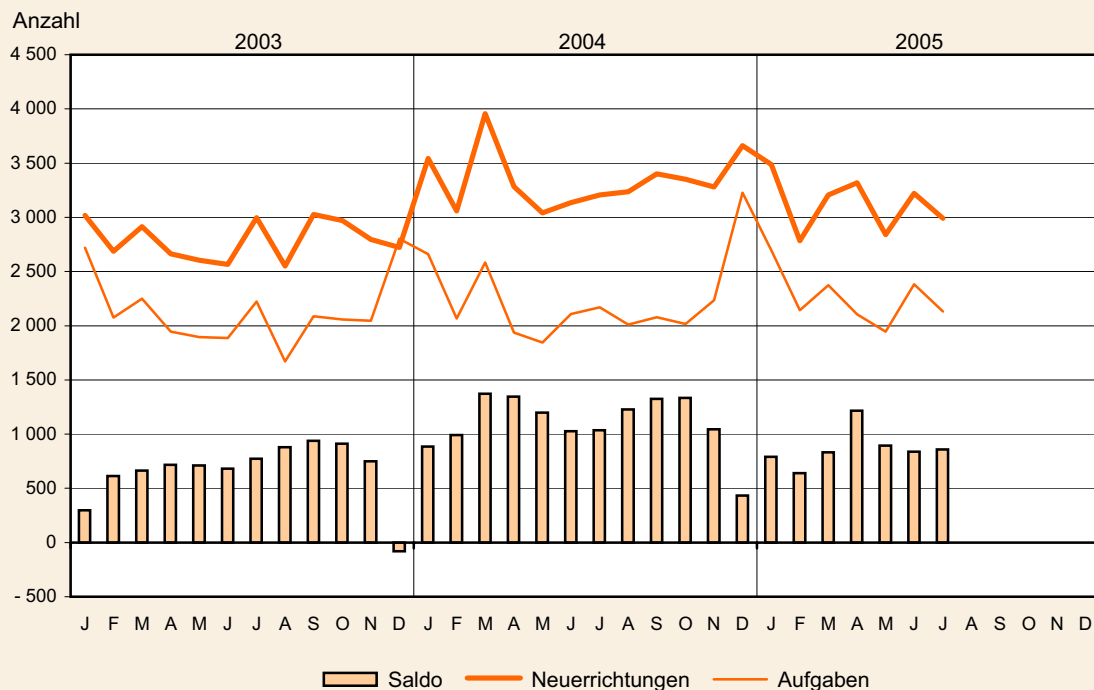
**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer<sup>1)</sup>**  
(Juli 2004 - Juni 2005)



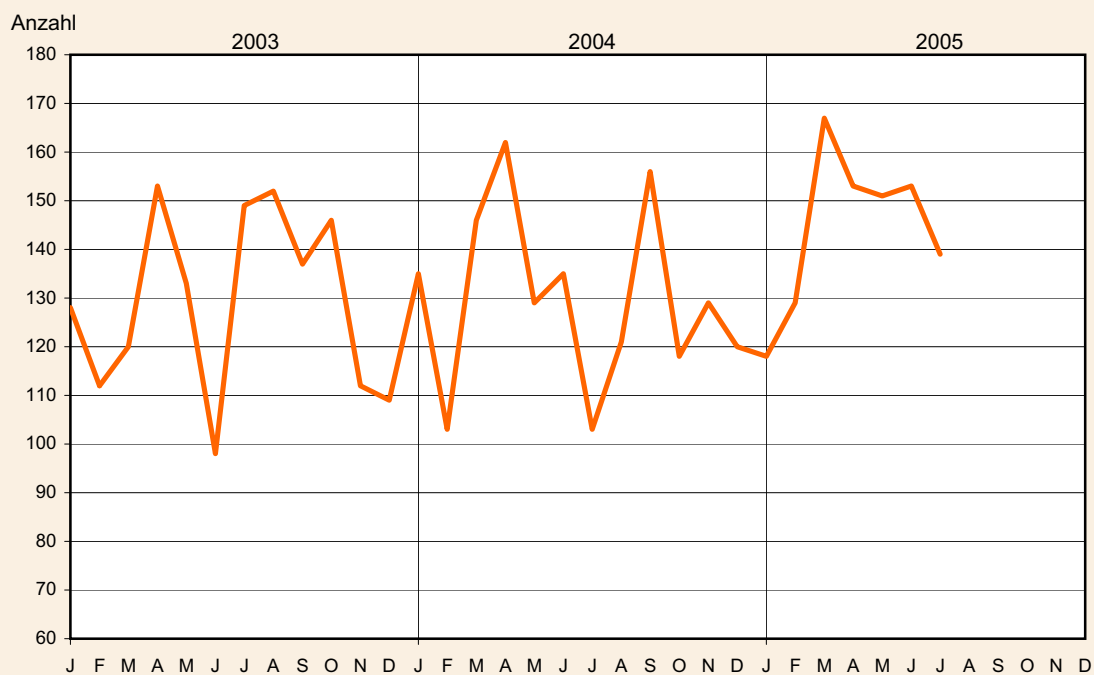
1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.



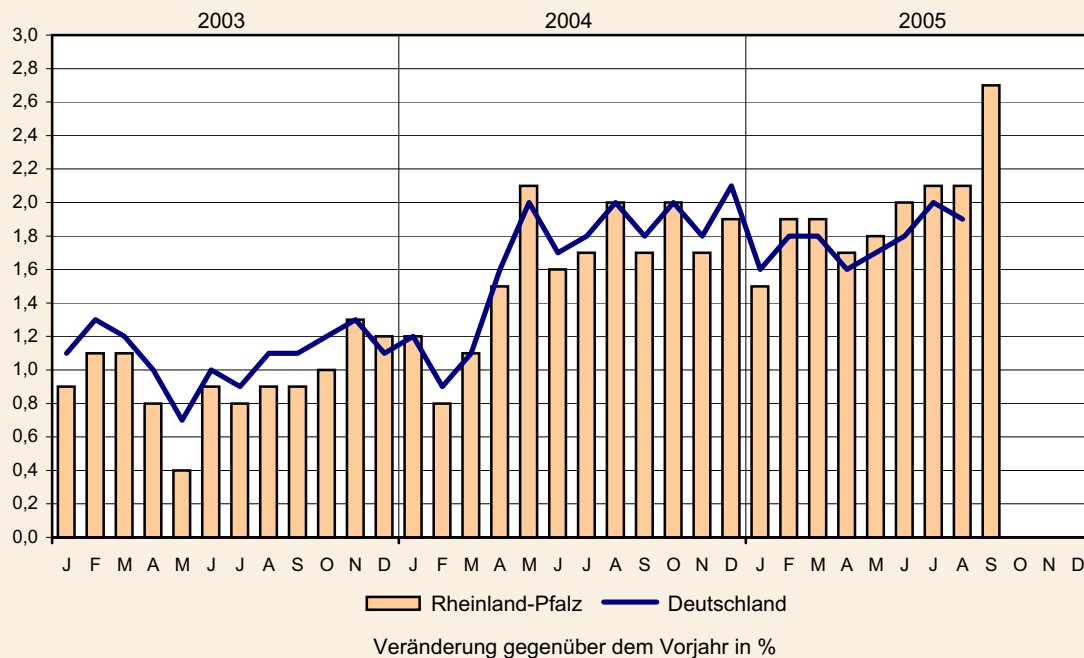
## Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



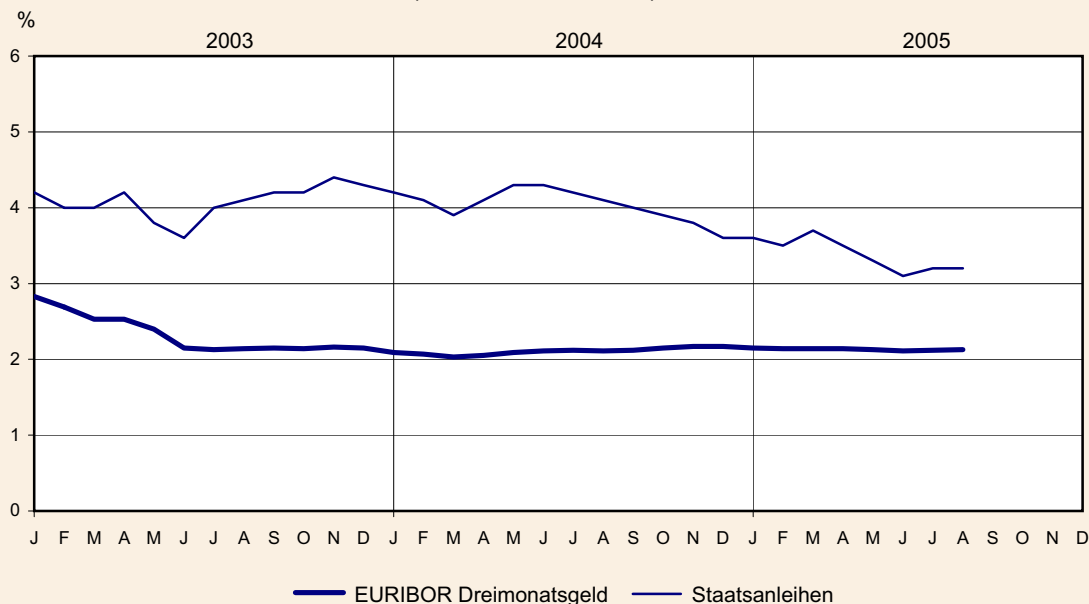
## Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



### Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

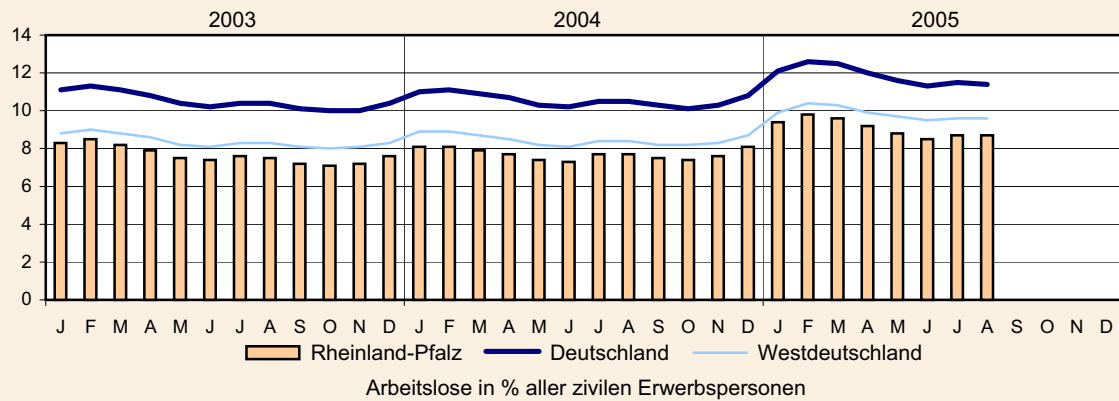


### Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

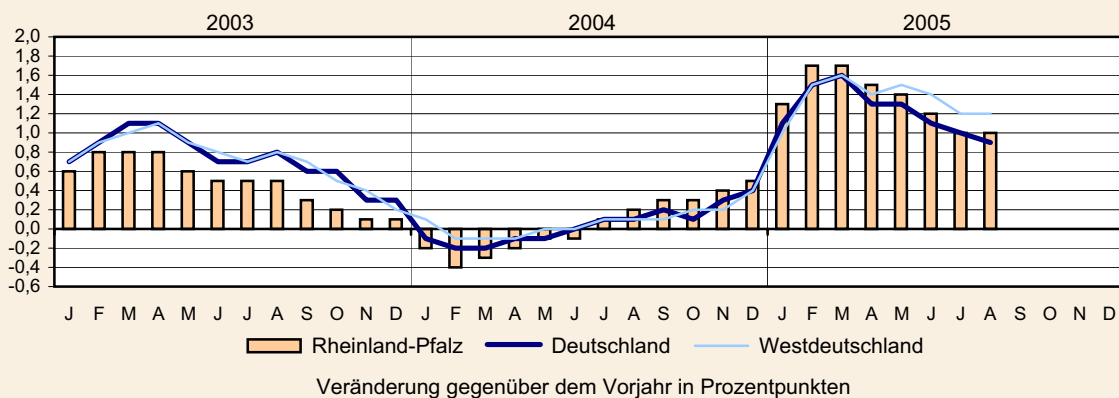


Quelle: Deutsche Bundesbank.

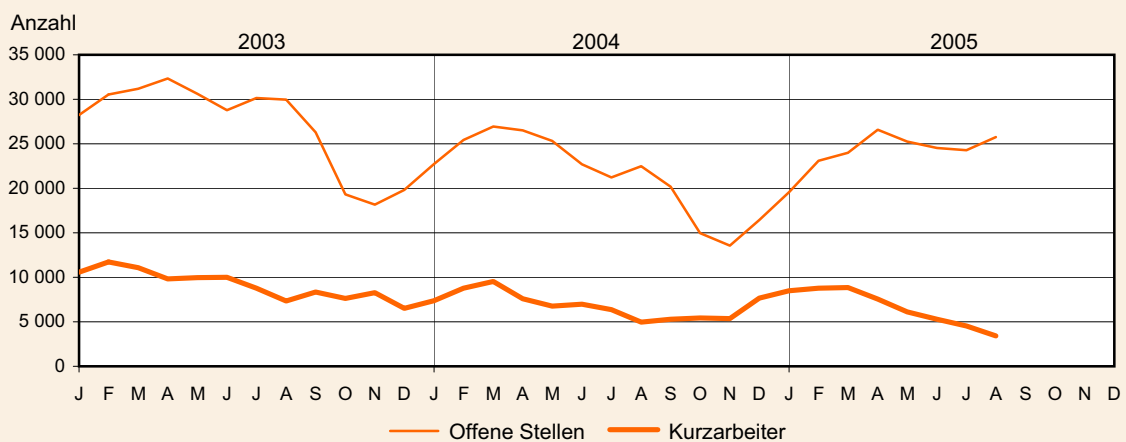
## Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>



## Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>

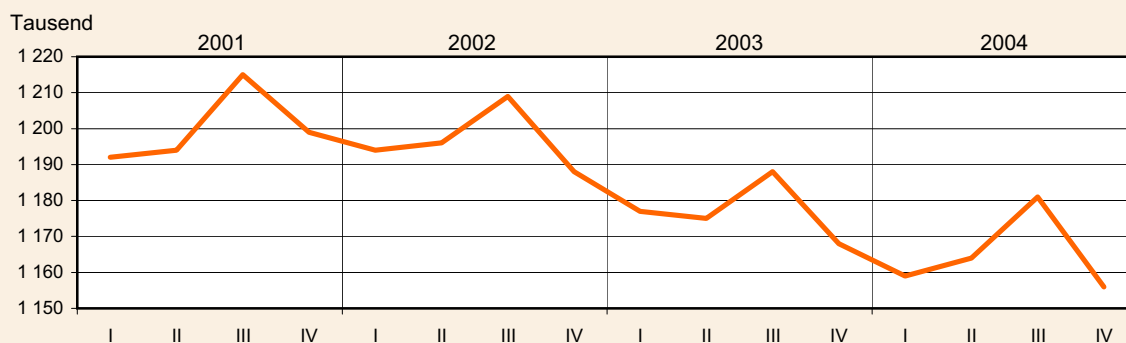


## Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

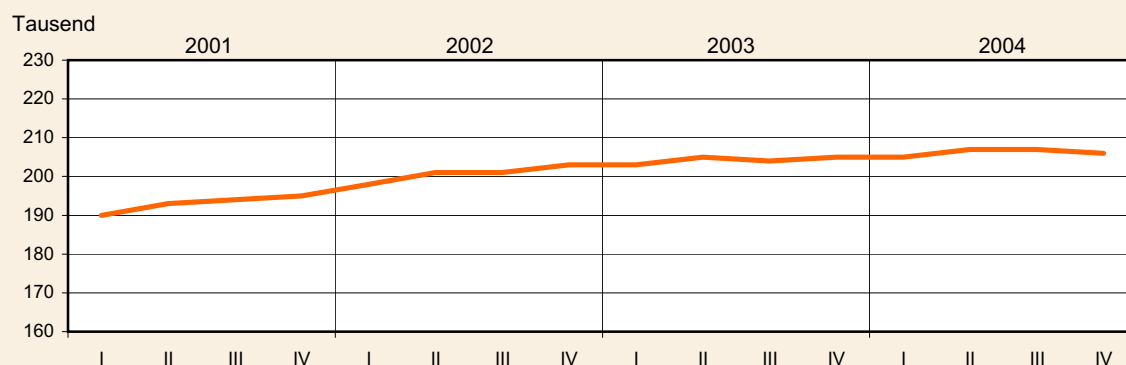


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

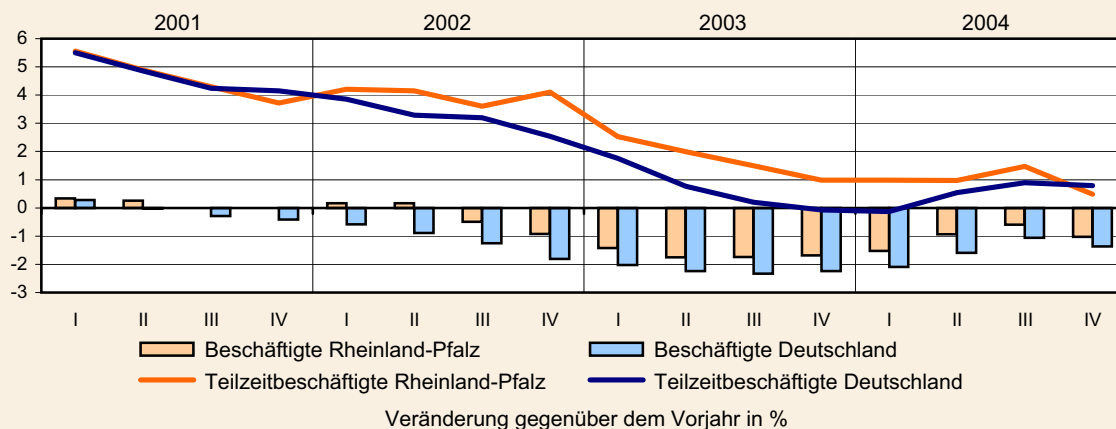
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



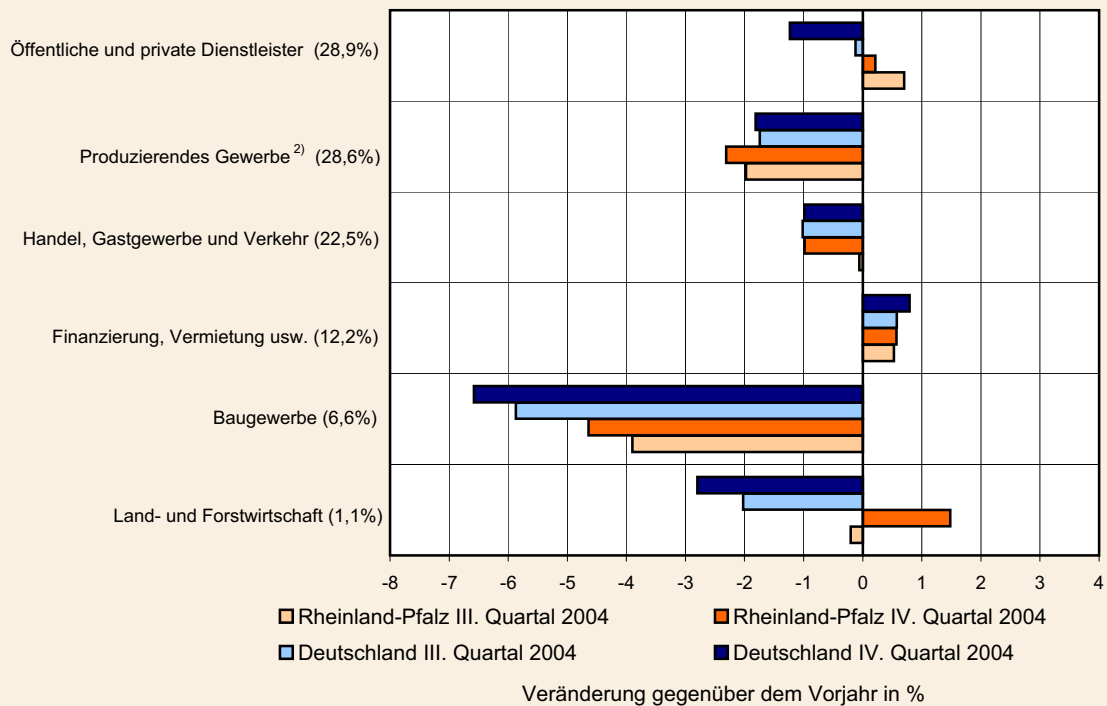
### Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. September 2005.

## Glossar

### Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins\*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

### Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

### Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

### Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

### Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

### Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

### Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

### Erwerbspersonen

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

### EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

### Euro-Referenzkurs

Die Exportquote

### Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-



satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

## Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

## ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

## Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

## Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

## Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

## Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

## Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

## Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

## Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

## Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

## Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



## **Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz**

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 <sup>1)</sup>	4 061 <sup>1)</sup>	4 057	4 057	4 057	4 058	4 057	4 057	4 058
darunter Ausländer <sup>2)</sup>	1 000	313 <sup>1)</sup>	312 <sup>1)</sup>	313	314	315	312	313	314	314
Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>3)</sup>										
* Eheschließungen <sup>4)</sup>	Anzahl	1 677	1 753	1 034	1 800	2 222	683	981	1 090	2 969
* Lebendgeborene <sup>5)</sup>	Anzahl	2 840	2 785	2 613	2 490	2 702	2 472	2 524	2 855	2 665
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,2	7,6	7,5	7,8	7,9	7,3	8,6	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>6)</sup>	Anzahl	3 661	3 464	3 766	3 391	3 312	3 727	4 297	3 577	3 702
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	10,9	10,2	9,6	12,0	12,5	10,7	10,7
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene <sup>6)</sup>	Anzahl	14	12	15	11	12	10	13	10	6
je 1 000 Lebendgeborene <sup>7)</sup>	Anzahl	4,9	4,1	5,7	3,5	4,3	4,0	5,2	3,5	2,3
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 1 153	- 901	- 610	- 1 255	- 1 773	- 722	- 1 037
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 3,3	- 2,7	- 1,8	- 4,0	- 5,1	- 2,2	- 3,0
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	8 077	7 494	7 075	6 246	7 874	8 290	8 479
* darunter aus dem Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	2 346	2 218	2 239	2 032	2 248	1 734	2 388	2 677	2 021
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	7 152	6 654	6 167	6 256	7 195	7 484	6 452
* darunter in das Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	1 849	2 114	2 130	1 898	1 849	1 792	2 009	2 276	1 533
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	925	840	908	- 10	679	806	2 027
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene <sup>9)</sup>	Anzahl	12 821	12 969	13 104	12 265	11 060	10 030	12 374	12 052	13 044
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2001	2002	2003		2004				
		30.6.			30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig										
Beschäftigte am Arbeitsort <sup>10)</sup>	1 000	1 194	1 196	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156
* Frauen	1 000	525	532	527	531	527	524	522	530	523
* Ausländer/-innen	1 000	78	76	72	73	69	69	70	71	66
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	193	201	205	204	205	205	207	207	206
* darunter Frauen	1 000	169	176	179	178	179	179	181	181	180
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft,										
Fischerei	1 000	13	14	13	13	11	12	13	13	12
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	358	351	340	342	338	334	333	335	330
* Baugewerbe	1 000	88	85	80	82	77	74	77	79	74
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	268	271	265	268	262	260	262	268	259
* Finanzierung, Vermietung und										
Unternehmensdienstleistungen	1 000	138	141	141	144	141	141	142	145	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	327	334	335	338	338	337	336	340	339

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt <sup>1)</sup>	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Arbeitslose <sup>2)</sup>	Anzahl	154 664	155 111	148 128	154 915	155 723	178 173	173 065	175 249	175 766
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	63 913	67 771	69 139	81 932	80 404	82 533	84 004
* Männer	Anzahl	88 609	88 800	84 215	87 144	86 584	96 241	92 661	92 716	91 762
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	7 254	7 264	7 101	8 771	8 022	7 653	7 441
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	42 376	43 565	43 505	51 668	49 587	49 355	48 620
* Arbeitslosenquote <sup>2(3)</sup>	%	8,5	8,6	8,2	8,6	8,6	9,9	9,5	9,7	9,7
* Frauen	%	7,8	7,8	7,5	8,0	8,1	9,6	9,4	9,6	9,8
* Männer	%	9,2	9,2	8,8	9,1	9,0	10,0	9,7	9,7	9,6
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	17,2	17,2	17,0	22,4	21,4	21,3	20,9
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	7,5	9,4	9,7	10,3	9,8	11,1	11,9
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	6 983	6 349	4 970	6 104	5 305	4 536	3 408
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	22 692	21 240	22 495	25 267	24 539	24 293	25 766
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	337	268	318	1 232	1 185	1 273	1 331
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	5 101	4 566	4 644	6 069	5 949	6 135	6 205
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>(Baugenehmigungen)</b>										
<b>Baugenehmigungen für Wohngebäude</b>										
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	988	828	561	649	665	536	544	781	629
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	529	606	621	508	527	730	603
3 und mehr Wohnungen <sup>4)</sup>	Anzahl	39	38	32	43	44	28	17	51	26
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	2	-	6	1	-	-	1	-
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	125	97	54	62	100	62	91	145	77
private Haushalte	Anzahl	862	729	507	581	564	474	453	635	552
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	781	885	946	740	696	1 096	858
* Umbauter Raum	1 000 m³	952	810	555	618	637	543	505	737	595
* Wohnfläche	1 000 m²	172	147	101	114	118	98	94	137	110
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	4 406	5 016	5 195	4 215	4 154	6 107	4 793
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	217	184	131	142	144	123	114	203	138
<b>Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude</b>										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	130	129	144	183	117	118	149	139
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	16	19	19	22	13	13	11	15
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	106	105	96	110	141	103	98	127	120
private Haushalte	Anzahl	6	10	14	15	20	1	7	11	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	15	6	25	18	10	13	34
* Umbauter Raum	1 000 m³	661	662	444	731	829	679	509	543	538
* Nutzfläche	1 000 m²	98	98	73	107	130	95	79	94	88
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	67	51	55	84	57	38	49	52
<b>Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)</b>										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 491	1 314	940	1 134	1 150	877	795	1 216	1 002
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	5 460	6 196	6 252	5 069	4 875	7 021	5 613

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeits-suchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1)</sup> darunter	t	10 393	10 830	9 915	10 526	10 000	11 093	10 463	10 221	9 200
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	2 121	2 302	2 178	2 773	2 206	2 280	1 938
* Kälber	t	18	20	19	14	13	13	13	9	9
* Schweine	t	7 595	7 968	7 687	8 126	7 731	8 217	8 136	7 821	7 189
* Eiererzeugung <sup>2)</sup>	1 000	9 621	9 535	9 717	9 492	9 082	10 383	10 038	9 942	10 000
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	68 857	65 277	65 787	66 457	59 535	66 230	66 892
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>3)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 186	2 193	2 196	2 119	2 125	2 118	2 116
* Beschäftigte <sup>4)</sup>	Anzahl	288 559	281 120	280 521	280 752	281 263	274 129	274 017	273 876	274 259
* darunter Arbeiter/-innen <sup>5)</sup>	Anzahl	180 771	175 217	174 986	175 257	176 068	169 924	169 692	169 652	170 203
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	34 681	36 231	36 097	36 520	33 976	36 761	35 212
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	889	884	959	915	846	851	1 039	903	827
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	457	476	434	425	468	461	417
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	434	433	502	439	412	426	571	442	411
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 230	5 508	5 334	5 791	5 513	5 785	5 759	6 254	5 597
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>6)</sup>	Mill. EUR	2 779	2 953	2 894	3 107	2 957	3 014	3 048	3 213	2 845
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 440	1 602	1 497	1 683	1 624	1 898	1 661
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	104	113	102	113	102	117	101
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	896	969	958	975	985	1 026	990
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 724	1 784	1 676	1 732	1 872	1 869	1 595
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	787	905	826	962	896	1 078	905
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 457	2 665	2 535	2 784	2 721	2 999	2 633
Exportquote <sup>7)</sup>	%	44,9	45,8	46,1	46,0	45,9	48,1	47,3	48,0	47,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,6	106,8	100,2	109,8	110,5	114,5	102,8	117,7	109,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	99,3	110,4	109,9	111,6	103,9	119,7	108,2
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	104,7	110,4	114,2	118,4	100,6	118,2	111,5
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	85,4	107,0	92,5	93,9	90,9	95,0	96,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	94,1	104,1	106,5	126,5	108,9	111,3	115,6
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen <sup>8)</sup>	2000=100	102,3	109,4	102,6	116,3	118,7	123,5	116,3	132,5	117,7
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	112,0	111,4	122,5	126,9	97,8	114,0	114,0
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe <sup>3)</sup>	Anzahl	87	86	86	86	86	86	86	88	88
* Beschäftigte <sup>3) 4)</sup>	Anzahl	10 660	10 377	10 388	10 416	10 281	10 148	10 146	10 159	10 120
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3)</sup>	1 000 h	1 363	1 329	1 277	1 344	1 328	1 351	1 213	1 350	1 287
* Bruttolohn- und -gehaltsumme <sup>3)</sup>	Mill. EUR	34	33	31	32	31	33	31	32	31
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen <sup>9)</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	658	526	555	556	534	419	486
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	644	514	541	544	522	404	468

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>Bauhauptgewerbe</b> (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte <sup>2)</sup>	Anzahl	39 526	38 163	39 003	38 361	38 634	34 902	35 098	35 276	35 403
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 967	3 780	3 970	4 305	4 263	3 741	3 528	4 222	3 996
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 618	1 789	1 758	1 463	1 415	1 710	1 657
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	1 000 h	995	931	981	993	1 028	899	846	941	891
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	1 371	1 524	1 477	1 379	1 267	1 571	1 448
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	656	743	719	666	634	785	736
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	90	85	85	89	88	77	77	79	77
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	63	65	66	56	57	58	57
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	22	24	22	21	20	22	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	324	355	370	278	284	339	370
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	108	114	122	94	100	120	127
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	Mill. EUR	92	86	87	92	94	77	73	82	91
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	129	150	154	107	111	137	152
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	55	64	64	47	52	65	61
<b>Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe</b> <sup>4) 5)</sup>										
		2003	2004	2003	2004			2005		
		Durchschnitt		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
Betriebe <sup>6)</sup>	Anzahl	368	332	365	331	331	334	331	319	320
* Beschäftigte <sup>2) 6)</sup>	Anzahl	12 338	11 708	12 381	11 569	11 497	11 999	11 767	11 207	11 488
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 715	3 446	3 467	3 681	3 636	3 330	3 652
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	80	77	86	73	75	78	83	72	77
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	62	52	54	56	59	51	55
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	24	21	22	22	24	20	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	348	195	244	281	335	183	240
<b>HANDEL</b>										
<b>Großhandel</b> <sup>7)</sup>										
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2003=100	100	98,8	97,7	97,4	97,8	96,8	97,0	97,1	97,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	104,0	101,7	101,1	102,1	105,2	106,0	107,0	109,2
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	103,1	98,4	108,1	104,4	105,3	101,5	110,3	103,7
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2003=100	100	101,1	96,2	105,9	102,0	100,6	97,2	105,6	98,7
<b>Einzelhandel</b> <sup>8) 9)</sup>										
* Beschäftigte	2003=100	100	101,3	101,5	101,1	102,3	102,2	102,5	102,7	103,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	100,8	101,1	100,9	102,9	102,9	103,2	103,8	104,6
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	102,1	99,2	101,9	105,0	105,1	102,6	103,1	102,9
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2003=100	100	102,0	98,7	101,6	104,8	104,1	101,6	102,1	102,2
<b>Kfz-Handel u. Tankstellen</b> <sup>8) 10)</sup>										
* Beschäftigte	2003=100	100	100,6	96,6	97,4	97,2	99,0	98,4	98,0	98,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	105,0	90,0	92,2	93,5	99,5	98,0	97,0	98,8
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	103,7	107,3	114,8	106,6	116,7	106,2	113,7	106,4
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2003=100	100	102,4	105,9	113,4	105,1	114,9	104,4	111,6	104,3
<b>GASTGEWERBE</b> <sup>8)</sup>										
* Beschäftigte	2003=100	100	105,1	108,8	108,5	108,1	105,9	108,1	108,6	108,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	108,0	113,3	112,4	110,5	110,3	112,1	113,2	113,0
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	100	96,3	107,3	101,1	104,8	94,1	106,1	100,5	104,1
* Umsatz real <sup>9)</sup>	2003=100	100	95,5	106,8	100,6	103,3	92,9	104,5	98,7	101,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



TOURISMUS <sup>1)</sup>	Einheit	2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gästeankünfte	1 000	561	580	745	733	780	539	770	782
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	159	156	227	115	167	227
* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	2 086	2 005	2 365	1 382	2 164	1 896
* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	458	431	754	273	479	418
<b>VERKEHR</b>									
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>									
		2003	2004			2005			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	2 357	2 262	2 096	2 491	2 489	1 907	2 100	2 421
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 439	1 711	1 728	1 167	1 351	1 665
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	20	24	27	21	16	26
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	10	13	14	14	9	18
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	6	8	7	3	3	7
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	2	3	1	-	1
Fußgänger	Anzahl	3	3	2	-	-	2	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	1 829	2 212	2 281	1 558	1 748	2 184
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	396	473	468	288	317	471
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	188	214	201	154	136	193
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	95	84	112	136	120	55	86	145
Radfahrer	Anzahl	51	45	39	73	73	22	40	64
Fußgänger	Anzahl	40	38	39	34	45	36	40	50
<b>Kraftfahrzeuge</b>									
		2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	13 587	14 452	16 479	14 277	16 088	15 728	17 702
darunter									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	975	865	1 338	1 613	986	1 506	1 204	1 517
* Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	14 525	11 583	11 940	13 536	12 181	13 194	13 196	14 799
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	738	732	852	675	824	790	848
* Zugmaschinen	Anzahl	200	239	255	304	265	348	281	337
<b>Personenbeförderung</b>									
		2003	2004	2003	2004			2005	
		Durchschnitt	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	.	69 121	.	71 535	70 036	62 460	72 451	66 493
Personenkilometer <sup>4)</sup>	Mill.	.	643	.	623	654	517	776	573
<b>Binnenschifffahrt</b>									
		2003	2004			2005			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 165	1 146	1 241	1 140	1 242	1 259
* Gütersendungen	1 000 t	756	808	817	811	847	830	976	905
<b>AUSSENHANDEL <sup>5)</sup></b>									
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>									
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 638	2 572	2 753	2 711	2 924	2 786	3 074
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	156	145	196	175	164	163	173
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 349	2 304	2 413	2 396	2 620	2 483	2 756
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	27	18	103	16	14	15	17
* Halbwaren	Mill. EUR	83	99	90	91	90	90	95	103
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 223	2 196	2 219	2 291	2 516	2 373	2 636
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	694	672	680	729	750	657	825
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 529	1 524	1 539	1 562	1 767	1 716	1 811

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL <sup>1)</sup> Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 933	1 907	2 005	1 972	2 108	2 088	2 189	2 321
* darunter in EU-Länder <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 590	1 721	1 710	1 783	1 734	1 828	1 830	1 893	2 053
Belgien	Mill. EUR	142	127	126	138	119	144	143	146	153
Luxemburg	Mill. EUR	31	35	32	26	38	34	32	34	50
Dänemark	Mill. EUR	33	32	33	27	34	35	40	34	36
Finnland	Mill. EUR	20	20	20	17	22	23	24	22	21
Frankreich	Mill. EUR	317	356	367	345	372	372	384	366	460
Griechenland	Mill. EUR	23	27	28	29	39	48	38	58	42
Großbritannien	Mill. EUR	190	215	197	203	230	222	221	210	269
Irland	Mill. EUR	11	12	13	13	12	15	12	10	13
Italien	Mill. EUR	186	200	200	192	216	196	214	208	227
Niederlande	Mill. EUR	154	156	129	234	137	157	136	167	150
Österreich	Mill. EUR	114	124	131	125	118	123	122	126	127
Schweden	Mill. EUR	44	52	52	50	42	61	47	90	73
Spanien	Mill. EUR	153	168	163	159	175	178	187	181	202
Portugal	Mill. EUR	19	19	29	15	17	17	20	16	22
* Afrika	Mill. EUR	50	61	57	56	69	60	68	73	59
* Amerika	Mill. EUR	260	300	287	339	306	403	275	446	286
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	214	261	219	326	206	353	192
* Asien	Mill. EUR	271	319	298	329	341	319	331	337	447
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	36	44	52	59	44	41	44
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	23	24	22	34	23	29	28
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 647	1 559	1 566	1 756	1 638	1 827	1 666	1 864
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	171	183	185	180	169	164	169	167
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 321	1 246	1 229	1 403	1 320	1 498	1 346	1 530
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	47	44	50	50	24	66	63	67
* Halbwaren	Mill. EUR	165	188	156	140	201	180	202	192	236
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 085	1 047	1 039	1 152	1 116	1 229	1 090	1 227
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	289	264	264	295	295	339	326	348
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	797	783	775	857	821	890	764	879
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 318	1 222	1 253	1 398	1 311	1 469	1 338	1 478
* darunter aus EU-Ländern <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 133	1 189	1 095	1 126	1 266	1 198	1 314	1 190	1 324
Belgien	Mill. EUR	163	200	175	181	193	203	214	198	201
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	25	22	29	31	26	45	34
Dänemark	Mill. EUR	31	29	17	36	34	28	27	31	42
Finnland	Mill. EUR	8	6	5	6	5	8	9	8	8
Frankreich	Mill. EUR	240	265	230	283	283	203	304	224	260
Griechenland	Mill. EUR	4	4	4	5	2	5	3	5	3
Großbritannien	Mill. EUR	70	62	64	58	68	52	83	60	67
Irland	Mill. EUR	20	16	9	11	14	13	13	6	8
Italien	Mill. EUR	111	103	97	94	102	102	117	102	102
Niederlande	Mill. EUR	174	195	147	170	243	251	225	221	293
Österreich	Mill. EUR	50	50	68	46	52	44	50	52	61
Schweden	Mill. EUR	37	33	27	48	41	63	51	34	50
Spanien	Mill. EUR	69	71	74	69	85	72	72	67	76
Portugal	Mill. EUR	14	10	8	10	8	13	10	7	9
* Afrika	Mill. EUR	24	30	36	21	42	33	39	26	27
* Amerika	Mill. EUR	138	132	147	124	144	137	146	131	173
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	113	99	119	106	105	104	136
* Asien	Mill. EUR	147	162	150	164	162	154	169	167	177
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	26	27	25	30	28	34	28	32
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	4	9	4	4	5	7
GEWERBEANZEIGEN <sup>3)</sup>		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
	Anzahl	3 278	3 879	3 485	3 604	3 722	3 885	3 397	3 822	3 546
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	2 317	2 570	2 700	2 665	2 479	3 004	2 700
* Gewerbeabmeldungen										

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –

2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl	399	456	444	438	419	557	490	576	564
davon										
* Unternehmen	Anzahl	129	130	129	135	103	153	151	153	139
* Verbraucher	Anzahl	155	201	205	173	193	273	203	254	283
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	100	113	102	115	109	119	109	160	129
* sonstige natürliche Personen, <sup>1)</sup>										
Nachlässe	Anzahl	16	13	8	15	14	12	27	9	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	121	118	90	112	116	149	114	122	113
HANDWERK <sup>2)</sup>		2003	2004	2003	2004			2005		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte <sup>3)</sup>	2003=100 <sup>4)</sup>	98,1	81,4	96,6	93,1	92,7	95,4	93,0	90,4	90,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 <sup>5)</sup>	100,0	88,1	109,2	85,4	98,2	98,4	104,9	79,2	96,3
PREISE		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	104,3	106,0	106,3	106,5	106,1	108,1	108,5	108,7	109,0
VERDIENSTE <sup>6)</sup>		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 531	2 571	2 504	2 599	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608
* Männer	EUR	2 602	2 643	2 574	2 675	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677
* Frauen	EUR	1 909	1 935	1 910	1 930	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,38	15,55	15,48	15,67	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70
* Männer	EUR	15,79	15,95	15,91	16,09	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,96	17,05	16,99	17,20	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23
angelernte Arbeiter	EUR	15,12	15,45	15,36	15,60	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51
Hilfsarbeiter	EUR	12,60	12,66	12,68	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77
* Frauen	EUR	11,78	11,95	11,82	11,90	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,97	11,09	11,02	11,04	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,9	38,0	37,2	38,2	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2
Arbeiter	h	37,9	38,1	37,2	38,3	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3
Arbeiterinnen	h	37,3	37,3	37,2	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,4
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 686	3 775	3 766	3 785	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843
* Männer	EUR	3 957	4 056	4 053	4 069	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121
* Frauen	EUR	2 888	2 955	2 927	2 946	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 394	3 474	3 442	3 475	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559
Männer	EUR	3 882	3 976	3 945	3 981	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060
Frauen	EUR	2 821	2 879	2 848	2 872	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954
* technische Angestellte	EUR	3 909	4 013	4 020	4 028	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072
Männer	EUR	3 991	4 094	4 104	4 110	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152
Frauen	EUR	3 136	3 245	3 225	3 233	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 780	2 878	2 871	2 857	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929
* Männer	EUR	3 068	3 169	3 164	3 139	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217
* Frauen	EUR	2 393	2 484	2 476	2 474	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 791	2 902	2 893	2 883	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951
Männer	EUR	3 133	3 251	3 246	3 223	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296
Frauen	EUR	2 401	2 495	2 486	2 487	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 246	3 329	3 323	3 324	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT <sup>1)</sup>	Einheit	2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>	Mill. EUR	112 680	112 290	112 393	112 230	112 953	113 075	114 728	115 919	116 079
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 677	13 598	12 574	12 674	12 524	12 154	12 506	12 650	12 259
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 931	10 550	10 702	10 424	9 987	9 817	9 525	9 438	9 491
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 072	88 142	89 117	89 132	90 442	91 104	92 697	93 831	94 329
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 124	106 069	106 242	106 093	106 903	107 220	109 173	110 271	110 514
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 391	92 487	92 997	93 207	93 794	94 260	94 486	95 392	96 140
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 734	13 582	13 245	12 886	13 109	12 960	14 687	14 879	14 374
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 556	6 221	6 151	6 137	6 050	5 855	5 555	5 648	5 565
<b>Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken</b>	Mill. EUR	80 199	84 173	86 842	86 538	87 046	87 280	89 470	92 709	93 280
Sichteinlagen	Mill. EUR	20 241	22 733	24 439	23 574	24 394	24 049	24 721	25 589	26 843
Termineinlagen	Mill. EUR	24 329	25 982	26 769	27 559	27 485	28 049	28 883	29 961	29 618
Sparbriefe	Mill. EUR	5 581	5 215	5 130	5 044	5 061	5 182	5 349	5 371	5 342
Spareinlagen	Mill. EUR	30 049	30 243	30 504	30 361	30 106	30 000	30 517	31 788	31 477
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	77 570	81 610	84 429	83 882	84 093	84 568	86 930	89 707	90 189
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	75 384	79 251	81 863	82 012	82 095	82 700	84 934	88 014	88 483
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 186	2 360	2 566	1 870	1 998	1 868	1 996	1 693	1 706
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 629	2 563	2 413	2 656	2 953	2 712	2 540	3 002	3 091
<b>STEUERN</b>		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
<b>Aufkommen nach Steuerarten</b>										
<b>Gemeinschaftsteuern</b>	Mill. EUR	2 084	2 091	2 231	1 784	1 857	2 616	2 434	1 867	2 266
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	917	440	449	1 165	1 048	472	788
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	483	494	457	788	503	471	765
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	-	-	341	318	-	-	329
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	248	- 69	- 34	- 46	348	- 49	- 28
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	46	30	11	206	19	31	15
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	6	10	9	45	7	14	37
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	-	-	56	38	-	-	25
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	134	- 25	6	172	171	5	- 2
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	-	-	- 22	110	-	-	- 4
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 314	1 344	1 408	1 451	1 386	1 396	1 477
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	327	352	418	402	350	354	416
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	987	992	990	1 049	1 036	1 041	1 062
<b>Zölle</b>	Mill. EUR	96	123	107	117	125	119	122	124	139
<b>Bundessteuern</b>	Mill. EUR	108	86	107	95	83	76	114	91	85
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	44	53	64	52	32	52	60	56
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	47	23	22	36	55	23	22

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch <b>STEUERN</b>	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
<b>Landessteuern</b>	Mill. EUR	77	99	92	81	75	101	162	87	80
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	0	1	1	0	2	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	30	17	8	10	17	98	17	12
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	15	16	16	15	16	14	12	16	17
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	33	35	38	36	35	47	39	38	39
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	14	12	17	9	15	5	12	8
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	4	0	0	2	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	4	4	3	4	4	4
		2003	2004	2003	2004			2005		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
<b>Gemeindesteuern</b>	Mill. EUR	350	404	341	355	447	367	445	438	415
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	3	4	5	5	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	97	99	88	91	107	107	90	92	110
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	240	291	243	251	323	245	346	333	288
sonstige Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. EUR	10	9	6	8	13	9	6	8	13
<b>Steuerverteilung</b>										
<b>Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.</b>	Mill. EUR	546	600	663	468	609	546	777	543	569
Gewerbesteuer (netto) <sup>2)</sup>	Mill. EUR	160	230	113	227	262	173	257	291	220
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	247	230	405	127	191	222	379	130	193
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	28	47	11	31	29	41	17	28
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
<b>Steuereinnahmen des Landes</b>	Mill. EUR	577	598	637	481	616	805	935	465	582
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	92	81	75	101	162	87	80
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	263	261	346	131	294	469	395	144	277
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	205	155	159	288	283	163	149	272
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	2	3	106	- 29	- 14	- 20	148	- 21	- 12
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	14	22	16	8	- 0	100	- 5	7	1
Zinsabschlag	Mill. EUR	10	11	3	4	28	20	3	6	16
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	17	19	67	- 12	- 8	86	86	2	- 1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	220	224	200	218	244	224	378	187	223
Umsatzsteuer	Mill. EUR	155	160	141	160	191	166	301	146	172
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	64	58	59	52	58	76	41	51
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	8	5	0	16	1	3	-	14	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	6	0	1	-	6	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	7	0	24	2	5	-	22	1
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	0	5	0	1	-	5	0
<b>Steuereinnahmen des Bundes</b>	Mill. EUR	1 116	1 071	1 136	939	1 102	1 361	1 299	1 038	1 243
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	107	95	83	76	114	91	85
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	317	314	403	187	350	524	460	203	359
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	683	667	627	640	667	758	725	730	797
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	8	5	0	16	1	3	-	14	1

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

## September

### STATISTISCHE BERICHTE

#### Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2004  
(Gebietsstand 31.12. 2004)  
Bestellnr.: A1033 200422

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 30. September 2004  
(vorläufige Ergebnisse)  
Bestellnr.: A6013 200443

#### Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang September 2005  
(Berichtszeitraum Anfang – Ende August)  
Bestellnr.: C2013 200502

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland – Getreide- und Winterrapsernte 2005 –  
(vorläufiges Ergebnis)  
Bestellnr.: C2023 200500

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im August 2005  
Bestellnr.: C2033 200504

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung April – Juni 2005  
Bestellnr.: C3053 200542

Agrarstrukturhebung 2003 – Betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Standarddeckungsbeiträge, sozialökonomische Betriebstypen und Art der Gewinnermittlung der landwirtschaftlichen Betriebe  
Bestellnr.: C4093 200306

#### Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2005  
Bestellnr.: E1023 200507

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Juli 2005  
Bestellnr.: E1033 200507

Bauhauptgewerbe im Juni 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau  
Bestellnr.: E2023 200506

Ausbaugewerbe im 2. Quartal 2005 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe  
Bestellnr.: E3023 200542

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juli 2005  
Bestellnr.: E4023 200507

#### Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe 2004  
Bestellnr.: G1013 200400

Aus- und Einfuhr im April 2005  
Bestellnr.: G3023 200504

#### Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2005  
Bestellnr.: H1023 200505

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern nach Gemeinden am 1. Januar 2005  
Bestellnr.: H1053 200500

#### Sozialleistungen

Wohngeld im Jahr 2004  
Bestellnr.: F2043 200400



## Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – Kassenergebnisse für das 2. Vierteljahr 2005  
Bestellnr.: L2023 200542

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2005  
Bestellnr.: L3033 200500

Der Umsatz und seine Besteuerung 2003  
Bestellnr.: L4013 200300

## Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im August 2005  
Bestellnr.: M1013 200508

## Umwelt

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wasser-gefährdenden Stoffen 2004  
Bestellnr.: Q1053 200400

## SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Bundestagswahl am 18. September 2005 in Rheinland-Pfalz – Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse in der Wahlnacht  
Download unter [www.statistik.rlp.de/analysen](http://www.statistik.rlp.de/analysen)

## Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

CD Hebesätze der Realsteuern – Ausgabe 2004  
Bestellnr.: L4015C 200400

Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995–2002 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3 (E-Mail-Versand)  
Bestellnr.: P1105 200300

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450,  
Telefax: 02603 71-194322,  
E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de).

Unter der Internetadresse [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) steht die überwiegende Zahl der aktuellen statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

## Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)

Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Achim Steinhäuser und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

---

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.